

Stenographisches Protokoll.

73. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Dienstag, den 20. April 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen). — 2. Wahl der Kommission zur Überprüfung der Geburung mit den Sachabriistungsgütern.

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 2105).

Ausdrift der Staatsregierung,

betreffend den Gesetzentwurf über die Gebühren der österreichischen Wehrmacht (Heeresgebührengebot) (814 der Beilagen [Seite 2105]).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), be-

treffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen — Generaldebatte — Redner: Generalberichterstatter Dr. Otto Bauer [Seite 2106], die Abgeordneten Dr. Dinghofer [Seite 2111], Dr. Seipel [Seite 2118], Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch [Seite 2122], die Abgeordneten Kraft [Seite 2128], Paulitsch [Seite 2133], Friedmann [Seite 2137], Dr. Adler [Seite 2141]).

Wahl der Kommission zur Überprüfung der Geburung mit den Sachabriistungsgütern (Seite 2151).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Antrag

der Abgeordneten Geisler, Haueis, Wiesmaier und Genossen, betreffs der sofortigen Finanzznahme der Schaffung einer Altersversorgung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Kleinbauern (815 der Beilagen).

Anfrage

des Abgeordneten Kollmann und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend den Schleichhandel mit Produkten der Tabakregie (Anhang I, 335/I).

Zur Verteilung gelangen am 20. April 1920:

die Anfragebeantwortungen 133, 134 und 135.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Seik, zweiter Präsident Hauser, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Proff, Schönsteiner.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Eldersch für Inneres und Unterricht, Dr. Ramek für Justiz, Dr. Reisch für Finanzen, Paul für Verkehrswesen, Hanisch für soziale Verwaltung, Dr. Ellenhagen.

Unterstaatssekretäre: Glöckel und Miklax im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. Eisler im Staatsamte für Justiz, Dr. Waß im Staatsamte für Heereswesen, Dr. Reisch im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 16. ist in der Kanzlei zur Einsicht aufgelegen, unbestanden geblieben und gilt daher als genehmigt.

Der Abgeordnete Zdl hat sich krank gemeldet.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage der Staatsregierung angekündigt wird. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführerin Proff (liest):

„Auf Grund der Ermächtigung des Kabinettsrates vom 16. April I. J., beehe ich mich in der Anlage den Entwurf des Gesetzes über die Gebühren der österreichischen Wehrmacht (Heeresgebührengesetz) (814 der Beilagen) samt Begründung mit dem Erfuchen um gefällige ehesten Einbringung in der Nationalversammlung vorzulegen.

Wien, 18. April 1920.

Der Staatssekretär:

Dr. Julius Deutsch.“

Präsident: Wenn bis zum Schlusse der auf die Verteilung der Vorlage folgenden nächsten Sitzung kein Begehr nach § 35 G. O. nach

Vornahme einer ersten Lesung gestellt wird, werde ich diese Vorlage dem Finanz- und Budgetausschüsse zuweisen.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Erster Punkt ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Im Sinne meiner bereits in der letzten Sitzung angekündigte Vorschläge werde ich nach § 68 G. O. dem Hause nunmehr den Antrag unterbreiten, die zweite Lesung des Staatsvoranschlag in circa zwölf Sitzungen vorzunehmen und die Spezialdebatte in zehn Abschnitte zu gliedern. Diese Abschnitte wären:

1. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen I Oberste Volksorgane, II Gerichte öffentlichen Rechtes, III Staatsrechnungshof, VII Staatskanzlei, XIV Äußeres.

2. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen IV Staatschuld, V Überweisungen, VI Pensionen, X Finanzen, XXI Pauschalreserven, XIX Kriegsmaßnahmen.

3. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe VIII Inneres, Unterricht, Kultus.

4. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe IX Justiz.

5. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen XV Heereswesen, XX Liquidation.

6. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen XI Land- und Forstwirtschaft, XV Volksernährung.

7. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppen XII Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, XVIII Sozialisierung.

8. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe XIII Soziale Verwaltung.

9. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend die Gruppe XVII Verkehrsweisen.

10. Abschnitt der Spezialdebatte, umfassend das Finanzgesetz samt dem II. Nachtrag.

Von den Sitzungstagen sind zwei für die Generaldebatte und je einer für jeden Abschnitt der Spezialdebatte in Aussicht genommen.

Schließlich schlage ich vor, die Maximalrededauer für jeden Redner in der Generaldebatte und in der Spezialdebatte auf eine Stunde zu beschränken.

Wird gegen meine Vorschläge eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, dann bringe ich sie zur Abstimmung.

Ich bitte unter Einem diejenigen Mitglieder, die diesen Vorschlägen zustimmen, sich von den Sitzten zu erheben. (Geschieht.) Sie sind angenommen.

Ich eröffne die Generaldebatte und lade den Herrn Generalberichterstatter Dr. Bauer ein, die Verhandlung einzuleiten.

Generalberichterstatter Dr. Otto Bauer: Hohes Haus! Die Grundlagen der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses, deren Ergebnis ich dem Hause vorzutragen habe, war der Staatsvoranschlag, den die Regierung im Juli v. J. ausgearbeitet hat. Seit dem Juli haben sich aber unsere wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig geändert. In diese Epoche fällt eine völlige Revolution unseres Geldwertes, wodurch der Wertmaßstab ein anderer geworden ist und daher die ursprünglichen Ansätze im Staatsvoranschlag überholt sind.

Die Regierung hat selbst diesen Tatsachen Rechnung getragen und hat im November einen Nachtrag ausarbeiten lassen, der dem hohen Hause vorgelegt und dem Finanz- und Budgetausschusse zugewiesen wurde. Der ursprüngliche Staatsvoranschlag und dieser erste Nachtrag bildeten die Grundlage der Arbeiten des Finanz- und Budgetausschusses. Nur dieser Voranschlag samt dem ersten Nachtrage konnten im Budgetausschusse im einzelnen durchberaten werden und nur darüber liegen dem

hohen Hause die Berichte der Herren Spezialberichterstatter vor.

Indessen konnte sich der Finanz- und Budgetausschuss bei dem Abschluß seiner Beratungen nicht der Tatsache verschließen, daß in der Zeit vom November bis Ende Februar die Geldentwertung weitere Fortschritte gemacht hatte, daher auch das Bild unserer Staatsfinanzen abermals so wesentlich verändert wurde, daß ein Finanzgesetz, welches nur auf Grundlage des Nachtrages vom November ausgearbeitet gewesen wäre, kein zutreffendes Bild unseres Staatshaushaltes mehr geboten hätte. Aus diesem Grunde hat der Finanz- und Budgetausschuss von der Regierung eine Aufstellung jener größeren Veränderungen in unserem Staatshaushalte eingeholt, die sich in der Zeit von November bis Ende Jänner ergeben haben, und die Herren finden diese Aufstellung beigedruckt im Berichte über das Finanzgesetz, der dem hohen Hause vorliegt und den Gegenstand unserer heutigen Beratungen bildet.

Diese Aufstellung war die Grundlage, auf Grund deren der Finanz- und Budgetausschuss das Finanzgesetz entworfen hat, und sie hat insoferne in dem Berichte des Finanz- und Budgetausschusses bereits ihre Bewertung gefunden. Dagegen war es den Herren Spezialberichterstattern nicht möglich, diese Neuauflistung zum Gegenstande ihrer Berichte zu machen. Die Berichte der Herren Spezialberichterstatter konnten nur auf Grund des Nachtrages vom November bearbeitet werden. Ich mache ganz besonders bei der Einleitung der Budgetdebatte auf diese unvermeidliche Disparität aufmerksam. Die Veränderungen, die sich seit Ende Jänner abermals ergeben haben und sehr groß sind, konnten natürlich auch in dem Berichte des Finanz- und Budgetausschusses noch nicht ihren Niederschlag finden, sondern der Finanz- und Budgetausschuss mußte es der Regierung überlassen, diese Veränderungen durch einen weiteren dritten Nachtrag zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen und unserer Beschlusffassung vorzulegen.

Der Staatsvoranschlag, der uns vorliegt, zeigt Staatsausgaben in der Höhe von 133 Milliarden Kronen, also ungefähr 2600 K auf den Kopf der Bevölkerung, und einen Geburtenabgang von 88 Milliarden Kronen, also von ungefähr 1500 K auf den Kopf der Bevölkerung. Ein solches Defizit ist sicherlich furchtbar und erschreckend. Doch können wir uns darüber nicht täuschen und es wäre töricht, wenn man Täuschungen darüber in der Öffentlichkeit zuließe, daß dieses Defizit, so furchtbar es an sich ist, doch selbst nur ein Symptom einer viel schwereren, viel tieferen Krankheit des Volkstörpers ist. Denn das Defizit im Staatshaushalte ist nichts anderes als eine bloße Folge des Defizits in unserer Volkswirtschaft überhaupt.

Wenn wir die einzelnen Ansätze des Staatshaushaltes analysieren, gelangen wir sehr bald zur Erkenntnis, daß es die Passivität unserer Volkswirtschaft, das heißt, die Tatsache ist, daß wir bei weitem nicht so viel zu produzieren vermögen, als wir selbst bei der größten Einschränkung unseres Konsums zu konsumieren gezwungen sind, daß diese Passivität unserer Volkswirtschaft die wirkliche und entscheidende Ursache auch der Passivität unseres Staatshaushaltes ist.

Wenn ich zum Beispiel auf den Voranschlag der Staatsbahnen oder auf den Voranschlag der anderen großen Staatsbetriebe verweise, ist es augenfällig, daß alle diese Voranschläge verfaßt sind unter der bestimmenden Tatsache der Kohlemot. Unser ganzes Eisenbahnbudget würde natürlich in allen seinen Ansätzen wesentlich anders aussehen, wenn uns nicht die Kohlemot zu einer so furchtbaren Verkehrsdroßelung zwänge. Dasselbe gilt auch von den anderen Staatsbetrieben.

Beispielsweise stehen der Voranschlag des Salzmonopols und der Voranschlag der Tabakregie unter der bestimmenden Tatsache der Not an Kohle und anderen Rohstoffen. Ebenso ist der Voranschlag der indirekten Abgaben, der Verbrauchsabgaben in unserem Voranschlage bestimmt durch die Tatsache unserer unzulängliche Versorgung mit Waren, welche mit Verbrauchsabgaben belegt sind.

Zeigt sich schon in diesen Tatsachen der engste Zusammenhang zwischen der Passivität unserer Volkswirtschaft und der Passivität unseres Staatshaushaltes, so gilt das aber noch in einem ganz anderen Sinne. Es kann natürlich für niemanden einem Zweifel unterliegen, daß der katastrophale Rückgang des Geldwertes, der sich schon während des Krieges und in erhöhtem Maße nach dem Kriege ergeben hat, nichts anderes ist als eine Folge, wenn man will, ein Symptom dieser Passivität unserer Volkswirtschaft.

Wir haben auf der einen Seite einen ungemeinen Warenhunger, der nicht gedeckt werden kann durch die Erträge unserer Exporte und der natürlich zu dem drängenden Angebot von Kronen im Auslande führen müßte, daß die tiefste und letzte Ursache des Rückganges des Kronenkurses war, und wir haben auf der anderen Seite im Innlande eine Produktion, die hinter dem Bedarf weit zurückbleibt, einen Gütervorrat, der den Bedarf bei weitem nicht zu decken imstande ist. Wir haben daher den Kampf aller um diesen kleinen Gütervorrat, es reißt alles an der zu kurzen Güterdecke, jeder will einen möglichst großen Teil davon an sich reißen und aus diesem unvermeidlichen, eben aus der Passivität unserer Wirtschaft hervorgehenden Kampf aller gehen die allergrößten Belastungen für den Staat hervor, vor allem in der Form, daß der Staat auch seinen eigenen Angestellten, also jenem Riesenheer von

214.000 Staatsangestellten es möglich machen müßte und möglich machen muß, an diesem Kampfe um die Güterdecke doch auch so teilzunehmen, daß sie nicht gar zu sehr zu kurz kommen, woraus sich jenes gewaltige und schnelle Ansteigen des Personalaufwandes in unserem Staatshaushalt ergeben hat. Wir haben nach dem Besoldungsübergangsgesetz einen Personalaufwand von 43 Milliarden gehabt, wir haben dann im März abermals einen Aufwand von ungefähr 12 Milliarden bewilligt, so daß wir schon bei einem Personalaufwand von $5\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen stehen, was im Verhältnis zur Zahl unserer Bevölkerung, im Verhältnis zur Größe unserer Staatseinnahmen allerdings als eine furchtbar hohe Zahl erscheint, eine Zahl, die eben nichts anderes ist als das Resultat jenes Kampfes aller um einen viel zu kleinen Gütervorrat, der den Bedarf aller in Wirklichkeit zu befriedigen nicht imstande ist, ein Resultat also jenes Mißverständnisses zwischen unserer Produktion und unserem Konsum, ein Resultat der Passivität unserer Volkswirtschaft.

Aus dieser Erwägung ergibt sich schon unmittelbar — und der Finanz- und Budgetausschuß konnte sich der Kraft dieses Argumentes nicht verschließen —, daß es aussichtslos erscheint, mit bloß staatsfinanziellen Mitteln des Defizits in unserem Staatshaushalte Herr zu werden. Die Staatseinnahmen sind im letzten Ergebnis immer abhängig von der Größe des Reinertrages der Volkswirtschaft. Eine passive Volkswirtschaft kann ein aktives Budget nicht hervorbringen. So unerlässlich es selbstverständlich auch ist, daß wir den staatsfinanziellen Fragen die größte Aufmerksamkeit zuwenden, so werden wir uns nicht darüber täuschen, daß jede reichlichere Kohlenversorgung, jede reichlichere Versorgung mit Kunstdünger, damit wir unserem Boden die Nährkräfte wieder geben können, und mit Lebensmitteln, damit wir unsere Bevölkerung die Arbeitskraft wieder geben können, für unsere Volkswirtschaft und damit auch für unser Budget mehr bedeutet, als irgendeine staatsfinanzielle Maßregel, und sei sie noch so radikal, bedeuten könnte. Aber mit diesem Argument soll durchaus nicht in Abrede gestellt sein, daß daneben Ursachen unseres Defizits in unserem Budget selbst, das heißt also, in der Struktur unserer staatlichen Verwaltung liegen. Wir haben den gewaltigen staatlichen Apparat der alten großen Monarchie geerbt. Der Staatskörper ist auf ein Fünftel seines früheren Umfangs zusammengezrumpft, aber der alte Verwaltungs- und Herrschaftsapparat ist zum großen Teil geblieben. Daß unsere ganze Verwaltungsorganisation diesem kleinen Staatskörper nicht mehr angepaßt ist, daß sie für ihn zu groß, zu kompliziert, zu mannigfaltig gegliedert ist, das ist selbstverständlich. Es ist ganz sicher, daß ein so kleiner Staat, wie wir es jetzt sind, niemals zu einer solchen

Berwaltungsgliederung gekommen wäre. Ich weiß nicht, ob wir drei Instanzen hätten, wenn wir immer ein so kleiner Staat gewesen wären, wie wir es sind. Ich bin sicher, daß wir keine solche Ressortgliederung gehabt hätten, wenn wir immer ein so kleiner Staat gewesen wären. Wir waren da eben die Erben einer wohlgegliederten, sehr ausgiebig gegliederten Verwaltungsorganisation, die dem alten großen Körper angepaßt war, die aber für unseren kleinen Staat und seine wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht angemessen ist.

Es ist ganz klar, daß daraus unmittelbar die Verpflichtung für die gesetzgebende Körperschaft und für die Regierung hervorgeht, daß allmählich abzubauen. Wenn in der Öffentlichkeit zuweilen darüber geflagt wird, daß die Nationalversammlung gerade in dieser Beziehung nichts geleistet habe, so ist das, glaube ich, ein nicht ganz gerechter Vorwurf. Wir haben eine ganze Reihe von Maßregeln getroffen, durch die wir diesen allmählichen Abbau des allzu großen staatlichen administrativen Körpers eingeleitet haben. Ich darf an das Militärabbaugebund erinnern, das in der Zwischenzeit seit der Beratung des Budgetausschusses geschaffen worden ist, ich erinnere insbesondere auch daran, daß die Nationalversammlung den Abbau der Liquidationsverwaltung unter direkte parlamentarische Kontrolle gestellt hat. Für die Liquidation sind in unserem Budget nicht weniger als 24 Milliarden Kronen, das heißt, ein Sechstel unseres Aufwandes ausgesetzt, worin sich so recht anschaulich zeigt, wie groß eben die Lasten sind, die wir als die unfreiwilligen Erben der Einrichtungen des alten Staates tragen. Und wir dürfen wohl hoffen, daß die parlamentarische Kontrolle, die eingesetzt worden ist, es ermöglichen wird, gerade diesen zum großen Teil unproduktiven Verwaltungsapparat schnell abzubauen.

Es sind von vielen Seiten Wünsche geäußert worden, daß man weiter gehe, daß man einer besonderen Kontrolle, sei es einer parlamentarischen Kontrolle, sei es einer Kontrolle durch Fachmänner der Verwaltung, auch andere Verwaltungszweige unterwerfe, um die notwendige Sparsamkeit überall durchzusetzen. Das Eingehen auf diese Vorschläge wäre nichts anderes als ein Weitergehen auf einer Bahn, die die Nationalversammlung tatsächlich schon betreten hat.

Aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß mit diesen kleinen Mitteln allein, mit der Erzwingung der notwendigen Sparsamkeit in den einzelnen Verwaltungszweigen allein wir die Reduzierung des Verwaltungsapparates auf das notwendige Maß nicht bewirken können, sondern daß es da allerdings eines systematischen und planmäßigen Umbaues bedürfte. Wir stehen, hohes Haus, vor der Verfassungsreform, die ja zu den größten

und nächsten Aufgaben des hohen Hauses gehört, und es ist allgemeine Meinung, daß die Verfassungsreform ohne wesentliche und einschneidende Reformen auch unserer Verwaltungsorganisation nicht möglich sein wird. Aber ich glaube, daß es Pflicht des Finanz- und Budgetausschusses und seines Referenten ist, bei dieser Gelegenheit der Budgetberatung mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Verfassungsreform und die Verwaltungsreform nicht nur staatsrechtliche, sondern in hohem Maße auch finanzielle Fragen sind, nicht nur deswegen, weil es bei dieser Gelegenheit notwendig sein wird, den Grund zumindest für die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Staaate und den Ländern, die unabsehbar ist, zu legen, sondern vor allem auch deshalb, weil wir sorgfältig darauf bedacht werden sein müssen, die Neugestaltung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse und unserer Verwaltungsorganisation auch unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß unsere Verwaltungsorganisation nicht weiter kompliziert, sondern vereinfacht, nicht verteuert, sondern verbilligt werden muß.

Hohes Haus! Die volkswirtschaftliche Lage hat sich seit Anfang März, seit dem Zeitpunkt, in dem der schriftliche Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, der dem Hause vorliegt, erstattet worden ist, nicht unwe sentlich geändert. Der schriftliche Bericht, den ich damals dem hohen Hause vorzulegen die Ehre hatte, steht noch unter dem Einfluß der Tatsache des starken Missverhältnisses zwischen der Kaufkraft der Krone im Inlande und dem Kurs der Krone im Auslande, das damals eine der bestimmenden Tatsachen unseres Wirtschaftslebens und damit auch unserer Staatsfinanzen gewesen ist.

Es ist bekannt, daß sich seither die Verhältnisse nicht unwe sentlich verändert haben. Die Regierung hat es für unabsehbar erachtet, die Preise der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel den Einkaufspreisen im Auslande einigermaßen anzupassen und hat daher sehr bedeutende Preiserhöhungen durchgeführt. Die Folge war, wie dies ja selbstverständlich zu erwarten gewesen ist, daß die Löhne breiter Arbeiterschichten, die Gehalte von Beamten und Angestellten sowohl im öffentlichen als im privaten Dienste bedeutend erhöht werden mußten und daß unter dem Druck dieser allgemeinen Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Löhne, der Gehalte, der Tarife u. dgl., durch welche dann wieder die Gehaltserhöhungen bedekt wurden, eine sehr bedeutende allgemeine Preissteigerung eingetreten ist. Während also unser Leben im Inlande im Zeichen dieser mächtigen Teuerungswelle stand, hat gleichzeitig der Kurs der Krone auf dem Geldmarkt eine sehr günstige Entwicklung genommen, er ist bedeutend gestiegen und dadurch ist jenes Miss-

verhältnis zwischen der Kaufkraft der Krone im Inlande und dem Kurs der Krone auf dem ausländischen Geldmarkt, von dem im schriftlichen Bericht ausführlich die Rede ist, zunächst verschwunden. Die Lage hat sich so geändert, daß, während vor wenigen Wochen noch der Ausländer hierher kam und es hier außerordentlich billig fand und wir hier die bekannten Erscheinungen des Ausverkaufs hatten, wir heute vielfach schon das entgegengesetzte Bild sehen: daß die Ausländer klagen, daß sie auch bei Umrechnung in ihr Geld hier teurer leben als in ihrer Heimat und daß diese Tatsache in allererster Linie für die Exportindustrie unerwünscht fühlbar geworden ist oder wenigstens zu werden beginnt.

Diese Tatsache beweist, daß wir auch das staatsfinanzielle Problem heute etwas anders sehen müssen, als wir es noch vor wenigen Wochen gesehen haben. Wenn wir vor wenigen Wochen jene Preiserhöhung für die staatlich bewirtschafteten Waren durchgeführt haben, wenn man von der Notwendigkeit der Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise sprach, so konnte man das volkswirtschaftlich sehr wohl rechtfertigen. Es ist klar, daß das Mißverhältnis zwischen der inneren Kaufkraft und dem äußeren Geldwert nicht zu groß werden kann, ohne daß sich der Staat selbst blockiert. Wenn wir hier die Preise tief unter dem Weltmarktniveau halten, machen wir selbst eine Einfuhr unmöglich. Heute aber ist dieses Mißverhältnis verschwunden und wir haben heute eine Stufe erreicht, auf der eine weitere Senkung der Kaufkraft des Geldes im Inlande die weitere Hebung des Kursniveaus der Krone im Auslande schlechthin unmöglich machen würde, weil wir dann zu dem entgegengesetzten Mißverhältnis kämen. Das Problem erscheint also heute nicht mehr so sehr wie früher als ein Problem des Kurses, es erscheint nicht mehr als das dringendste Bedürfnis, den Kurs zu heben, sondern als Voraussetzung für jede Hebung des Kurses erscheint es vor allem notwendig, das weitere Sinken der Kaufkraft des Geldes im Inlande zu bekämpfen und womöglich die Kaufkraft der Krone im Inlande zu heben.

Es ist ein in der Öffentlichkeit weit verbreiterter Eindruck, daß es mit dem Erfolg um die Hebung des Kurses der Krone im Auslande dringend notwendig gewesen wäre, vielleicht auch durch jene kleinen Mittel, die der Staatsgewalt zur Verfügung stehen, eine Senkung des Preisniveaus im Inlande zu fördern. Ich bin gewiß der letzte, der überschäzen würde, was mit Mitteln der staatlichen Zwangsgewalt Preiserscheinungen gegenüber ausgerichtet werden kann. Die ganze Wirtschaftsgeschichte beweist, wie ohnmächtig der obrigkeitsliche Befehl gegenüber der Wirklichkeit wirtschaftlicher Gesetze ist. Aber ganz wirkungslos ist die Aktion der Staatsgewalt

dann nicht, wenn sie sich nicht gegen eine wirtschaftlich unmittelbar notwendige Entwicklung kehrt, sondern nur eine durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst geforderte Preisbewegung zu fördern, zu beschleunigen, durchzusehen sucht. In dieser Lage wären wir, wie mir scheint, in der letzten Zeit doch gewesen. Es scheint mir, daß der Rückgang des Kronenkurses auf den ausländischen Märkten unvermeidlich eine gewisse Senkung des Preisniveaus der aus dem Auslande bezogenen Waren hier auf dem inländischen Markt herbeiführen muß, und daß daher die Aktion, die den Kurs der Krone mit Erfolg im Auslande gehoben hat, ihr Gegenbild hätte finden müssen in einem etwas schärferen Zugreifen gegenüber den Preiserscheinungen auch im Inlande. Es scheint mir, daß da vielleicht eine gewisse Beziehung notwendig wäre, sagen wir beispielsweise zwischen dem Staatsamt für Finanzen und dem Kriegswirtschaftsamt, an der es vielleicht gefehlt hat. Indessen sind das die kleinen Mittel, die ich nur nebenbei und beispielsweise erwähnt habe.

Das Entscheidende sind natürlich ganz andere Fragen. Das Entscheidende scheint mir vor allem zu sein, daß wir bei dem heutigen Verhältnis zwischen dem Kronenkurs und der Kaufkraft der Krone im Inlande die Fragen der staatlichen Preispolitik, also die Festsetzung der Preise der staatlich bewirtschafteten Artikel, anders zu beurteilen haben, als es noch vor einigen Wochen oder Monaten durchaus zulässig oder notwendig gewesen sein möchte. Heute mit weiteren Preiserhöhungen für staatlich bewirtschaftete Waren vorzugehen, wäre sicherlich eine Sache von größter Verantwortlichkeit, denn jede weitere Teuerungswelle, die hier im Inlande hervorgerufen wird, würde die weitere Erholung des Kronenkurses im Auslande unmöglich machen, ja unter Umständen, wenn sie zu weit ginge, sogar die Behauptung des glücklich errungenen jetzigen Kursniveaus erschweren. Ich glaube daher, daß aus der Betrachtung der gegenwärtigen Lage sich zwingend der Wunsch ergibt, daß in jener aufsteigenden Bewegung der Preise, die durch den Staat selbst hervorgerufen wurde, nun Halt gemacht werden muß und daß da nur mit größter Vorsicht vorgeschritten werden kann. Vor allem aber ergibt sich nicht nur für die Regierung, sondern auch für das hohe Haus und für die Öffentlichkeit aus dieser Betrachtung der zwingende Schluß, daß wir jetzt mehr denn je unsere Hauptaufgabe darin erblicken müssen, die Kaufkraft der Krone im Innern zu heben, daß jetzt mehr, denn je die Schaffung neuer zusätzlicher Kaufkraft durch eine weitere Notenausgabe so weit, als das nur irgend möglich ist, eingeschränkt und die Abschöpfung der schon geschaffenen Kaufkraft durch den Staat möglichst gefördert werden muß.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhange als eines der Mittel hierzu die staatliche Anleihe-

politik erwähnen. Es ist sicherlich ein Zustand, den wir alle täglich beklagt haben und beklagen, daß der Staat das Defizit in seinem Haushalte nicht anders als durch fortwährende Banknotenausgabe zu bedecken gezwungen gewesen ist. Es ist leicht, darüber zu klagen, es ist leicht, den Wunsch auszusprechen, daß man dem ein Ende machen und die Banknotenpreise einstellen möge, aber das sind natürlich fromme Wünsche, solange man dem Staate nicht andere Einnahmsquellen erschließt.

Demgegenüber erscheint es schon als ein notwendiger und wesentlicher Fortschritt, wenn der Staat seinen Kreditbedarf nicht mehr durch Ausgabe von Banknoten, sondern durch die Begebung von Staatsanleihen zu bedecken sucht, wenn er also nicht mehr neue zusätzliche Kaufkraft schafft, sondern die vorhandene Kaufkraft aufzufangen versucht. Dazu ist die Prämienanleihe, die aufgelegt worden ist, ein erster Schritt, ein erster Versuch. Der Finanz- und Budgetausschuß war durchaus und einmütig der Meinung, daß nicht nur in staatsfinanzieller, sondern auch in volkswirtschaftlicher Beziehung ein Erfolg dieses ersten Versuches von wesentlicher Bedeutung wäre.

Auf der anderen Seite aber werden wir gezwungen sein und sind wir gezwungen, die Abschöpfung der geschaffenen zusätzlichen Kaufkraft vor allem mit den Mitteln der Steuer- und Abgabenpolitik zu versuchen. Dem Hause liegen die Steuergesetze vor und der Finanz- und Budgetausschuß hat insbesondere die Arbeit an einem dieser Gesetze, an der großen Vermögensabgabe, schon weit gefördert. Der Gesetzentwurf ist, wie dem hohen Hause bekannt ist, im Unterausschuß fertig und ich hoffe, daß seine Beratung im Finanz- und Budgetausschusse noch in dieser Woche wird beginnen können.

Man kann sicherlich und hat vielfach in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft über die Zweckmäßigkeit einer solchen Operation gestritten, wie es die große Vermögensabgabe ist, und hat noch mehr gestritten über die Art, wie sie durchgeführt werden soll. Aber ich glaube, darüber kann es unter Sachkundigen keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben, daß, wenn man eine Vermögensabgabe machen will, man die Vorbereitungen nicht ohne Not auch nur einen Tag verschleppen darf, daß man sie dann so rasch als möglich machen muß. Darüber kann kein Zweifel sein, daß der Schwebezustand, in dem der Volkswirtschaft diese große Operation droht, aber niemand ihre Form, niemand ihre Tragweite, die Art des Eingriffes mit Sicherheit voraussehen kann, möglichst abgekürzt werden muß. Insbesondere darf ich vielleicht darauf verweisen, daß schon der bloße Umstand, daß die Frage der Heranziehung ausländischen Kapitals für den Wiederaufbau unserer Volkswirt-

schaft erschwert bleibt, solange der Stichtag für die Vermögensabgabe nicht festgesetzt ist, ein zwingendes Argument für die Beschleunigung der Arbeit des hohen Hauses in dieser Hinsicht ist. Für uns hier scheint aber in diesem Zusammenhange die Beschleunigung dieser Aktion wie auch die Erledigung der anderen Steuervorlagen deswegen vor allem so dringend, weil, wie ich mir auszuführen erlaubt habe, es von größter Bedeutung zu sein scheint, gerade in der gegenwärtigen Phase durch Abschöpfung zusätzlicher Kaufkraft dem Rückgang des inneren Wertes der Krone entgegenzuwirken, ihn womöglich zu heben, weil nur das es möglich machen kann, daß das Kursniveau, das die Krone im Auslande erlangt hat, nicht nur behauptet, sondern auch weiter erhöht wird.

Hohes Haus! Es ist sicherlich von höchster Bedeutung, daß sich die ganze Bevölkerung des schweren Ernstes unserer staatsfinanziellen, unserer budgetären Lage bewußt werde, sich bewußt werde vor allem der Gemeingefährlichkeit der Bedeutung des Defizits durch das sehr einfache, aber um so gefährlichere Mittel der ständigen Banknotenausgabe. Es ist notwendig, daß die ganze Bevölkerung die Notwendigkeit schwerer Opfer für den Staatshaushalt erkenne und daß auch der Staat energisch dort zugreife, wo diese Opfer gebracht werden können. Die Republik darf für sich in Anspruch nehmen, daß die traurige Lage unserer Staatsfinanzen wenigstens in der Hauptache nicht ihre Schuld ist. Es ist das Erbe des Krieges, das wir übernommen haben, das Erbe des Krieges, der unseren Boden ausgejogen, der in unseren Bergwerken, auf unseren Eisenbahnen und in unseren Fabriken Raubbau getrieben, der uns von allen Kohlen- und Rohstoffquellen abgesperrt hat, der die letzte Ursache der Passivität unserer Volkswirtschaft und damit auch der Passivität unseres Staatshaushalttes ist. Es ist klar, daß wir uns aus dieser Lage nur sehr schwer und nur sehr mühselig, nur durch allgemeine Arbeitswilligkeit und allgemeine Opferwilligkeit herausarbeiten können, klar vor allem, daß wir uns nicht herausarbeiten können durch Anwendung staatsfinanzieller Mittel allein, sondern, daß das Problem der Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalt kein bloßes staatsfinanzielles, sondern vor allem ein volkswirtschaftliches ist, daß es vor allem die Überwindung des Mißverhältnisses zwischen unserer Produktion und unserem Konsum, daß es mit einem Worte die Vergrößerung unserer Produktion, die Steigerung der Produktivität und der Intensität unserer Arbeit erfordert.

Es ist klar, daß wir das nicht allein zu leisten vermögen. Dieser Staat, den die Großmächte aus ihren machtpolitischen Erwägungen heraus zu einer Selbständigkeit verurteilt haben, die nicht sein eigener Wille gewesen ist, kann nur mit Unter-

stützung dieser Großmächte zur Steigerung seiner Produktion überhaupt kommen. Denn wir können nicht produzieren ohne Kohle, wir können nicht die Produktivität unserer Arbeit steigern ohne Kunstdünger, wir können nicht unsere Fabriken in Gang setzen ohne Rohstoffe. Aber klar ist allerdings auch, daß wir das Wesentlichste davon selbst zu leisten haben. Es ist sicher, daß der Arbeitsertrag in hohem Maße abhängt von der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitswilligkeit jener Millionen Menschen, die die Arbeit leisten. Ich glaube aber nicht, daß man, wie man in der Öffentlichkeit manchmal glaubt oder sich zu glauben stellt, die Produktivität unserer Arbeit steigern kann durch Klagen über schlechte Arbeitsmoral oder durch Moralpredigten, die zu besserer Arbeitsmoral auffordern. Vor allem und in erster Linie ist der menschliche Körper eine Maschine und das Gesetz der Erhaltung der Energie gilt leider auch für den deutschösterreichischen Arbeiter. Es ist auch für ihn wahr, daß er nicht mehr Arbeit verausgaben kann, als man ihm an Energie zuführt, daß also vor allem ein physiologisches Problem vorliegt. Und wenn wir so oft hören, daß Vertreter des Auslandes uns raten, mehr zu arbeiten, dann werde es uns besser gehen, so darf man wohl darauf antworten, daß die erste Voraussetzung ist, daß man uns auch die Möglichkeit bietet, jenen Raum zu an unserer Arbeitskraft, der durch fünf Jahre getrieben worden ist, wieder gut zu machen, unsere Arbeitskraft wieder physisch arbeitsfähig zu machen. Mit der physiologischen Arbeitsfähigkeit wird sich die psychologische Arbeitslust in hohem Maße von selbst einstellen.

Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß das nicht das ganze Problem ist. Es ist der menschliche Organismus auch eine Maschine, aber er ist nicht nur eine Maschine, es sind fühlende und denkende Menschen, die die Arbeit leisten, und wenn es anders wahr ist, daß die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalte in erster Linie ein volkswirtschaftliches Problem, ein Problem der Steigerung unserer Produktion ist, so ist es eben darum gewiß auch ein psychologisches Problem. Nur meine ich nicht, daß man etwa vermehrte Arbeitswilligkeit oder vermehrte Arbeitsintensität zu erzwingen vermag. Man muß sie mit ganz anderen Mitteln erarbeiten. Die großen, breiten Massen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, deren Arbeit allein uns aus der schweren wirtschaftlichen Katastrophe des Krieges herausführen kann, sie werden uns herausführen, wenn sie in diesem Staate ihr Gemeinwesen und in dieser Volkswirtschaft die Voraussetzungen ihrer eigenen Wohlfahrt zu erkennen imstande sind. (Sehr richtig!)

Wenn es wahr ist, daß die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte, daß die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserer

Volkswirtschaft überhaupt, deren schwere Krankheit sich in dem Budget, das dem hohen Hause jetzt vorliegt, spiegelt, vor allem ein volkswirtschaftliches, ein Produktionsproblem ist, dann ist es auch, glaube ich, wahr, daß es vor allem daran ankommen wird, das Vertrauen dieser breiten arbeitenden Massen in Stadt und Land für diesen Staat zu gewinnen und zu festigen, so daß sie sich mit ihm eins fühlen, daß sie mit williger Hand und mit willigem Hirn die Arbeit leisten, die allein uns aus der Katastrophe herausführen kann. Deswegen meine ich, daß wir, wenn wir diesen Staatsvorschlag betrachten, in dem großen Defizit, das vor uns liegt und das ein Symptom unseres ganzen schweren Krankheitsprozesses ist, nicht nur eine staatsfinanzielle Erscheinung sehen sollen, sondern darin sehen sollen ein volkswirtschaftliches und eben darum ein wesentlich und vor allem soziales Problem. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident **Hausler** (der während der vorstehenden Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte sind gemeldet, kontra: die Herren Abgeordneten Dr. Dinghofer, Kraft, Dr. Straffner, Größbauer, Dr. Waher, Dr. Schürff, Kittinger, Dr. Schönauer, Friedmann; pro: die Herren Abgeordneten Dr. Seipel, Paulitsch, Födermayr, Dr. Alfred Gürtler, Dr. Adler, Dr. Goldmund, Stricker, Steinegger, Pärer, Tomschik, Luttenberger, Deutner, Buchinger, Hasner, Spalowsky.

Ich erteile das Wort dem ersten Kontrahredner, Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer.

Abgeordneter Dr. **Dinghofer**: Hohes Haus! In allen öffentlichen Körperschaften der ganzen Welt ist es üblich, die Beratung über den Haushalt dazu zu benutzen, um die allgemeine Lage, in der sich der betreffende Staat oder die betreffende Körperschaft befindet, zu beleuchten. Ich werde mich daher zunächst nicht mit den staatsfinanziellen Fragen beschäftigen; es wird während der Budgetdebatte noch genug Gelegenheit geben, auf sie zurückzukommen. Ich werde mich mit der allgemeinen Lage befassen, und zwar in der Richtung, wie es eigentlich bei uns steht, wie die allgemeine Weltlage ist und welche Rückwirkungen sie auf uns ausübt. Selbstverständlich kann ich das nur in sehr gedrängter Weise ausführen, da ja die Redezeit beschränkt worden ist. Wir hätten erwartet, daß die hohe Regierung heute vor allem die Gelegenheit ergreift, uns ein Bild über die allgemeine politische Lage zu geben. Vielleicht hielt sie es nicht für notwendig, weil ja bekanntlich unser Herr Staatskanzler ohnehin in der Öffentlichkeit durch seine vielen Reden wiederholt die Meinung der Regierung zum Ausdruck gebracht hat.

Von unserem Standpunkt aus müssen wir den Ausführungen eines vorausschicken, was uns von grundlegender Bedeutung zu sein scheint, und das ist die Frage, ob dieser Staat für sich allein eine Existenzberechtigung und Existenzfähigkeit hat oder nicht. Diese Frage ist von ungeheurer Bedeutung und ich bedauere es, daß unsere Regierung dieser Frage möglichst aus dem Wege geht und uns in dieser Beziehung nie Klarheit gegeben hat.

Wir sagen es ganz offen: Wir haben die Überzeugung, daß diesem Zwangstaat, der von den Feinden gegen unseren Willen geschaffen wurde, jede Lebensmöglichkeit fehlt. Nicht bloß deshalb, weil wir zu wenig Lebensmittel haben, um unsere Bevölkerung ernähren zu können, sondern weil wir leider keine der materiellen Voraussetzungen besitzen, die zur Erhaltung und Festigung eines derartigen Staatsgebildes notwendig sind. Und so sinken wir unaufhaltsam immer tiefer und tiefer, immer mehr und mehr dem Abgrunde entgegen, wenn nicht eine entscheidende Wandlung in dieser Beziehung eintritt.

Nicht nur der Mangel an Lebensmitteln ist es, was uns so hart drückt — wir erzeugen ja höchstens ein Viertel von dem, was wir für die Bevölkerung brauchen —, es fehlen uns auch andere Voraussetzungen. Darin, daß wir zu wenig Lebensmittel haben, liegt auch die Ursache, warum wir keine Reserven anlegen können, darin liegt die Ursache, warum wir fortwährend vor der Gefahr der bittersten Hungersnot stehen. Bei dem Eintritt des kleinsten Ereignisses, wenn irgendwo ein Streik ausbricht, insbesondere im Transportwesen, stocken sofort die Zufuhren aus dem Ausland, von denen wir abhängig sind. In einem solchen Momente steht die Bevölkerung vor der größten Gefahr und, wie ich zugeben muß, die Regierung vor den größten Schwierigkeiten. Wir haben ja das erst wieder in den letzten Tagen erlebt, wo wir wieder in einer derartigen großen Gefahr geschwebt haben. Wir sind aber weiters dadurch auch von den ausländischen Zufuhren abhängig. Wenn diese versagen, kommen wir wieder in die größte Verlegenheit. So ist es jetzt in den letzten Tagen geschehen, daß sich Jugoslawien auf einmal bemüht hat, uns den Austauschvertrag, den wir mit ihm geschlossen haben, zu kündigen, und zwar ohne Einhaltung der einmonatigen Frist, welche vertragsmäßig vereinbart worden ist. Dass man uns und unserem Staat nicht einmal die Vertragsrechte hält, ist außerordentlich bedrückend, ein Gefühl, welches uns so recht den Hammer, die Kleinheit und die Bedeutungslosigkeit zeigt, in welche unser Staat geraten ist.

Was die Rohstoffe aubelangt, so können wir sagen, daß uns so ziemlich alles mangelt, wessen wir bedürfen. Lediglich Erz und Holz besitzen wir.

Aber die Volkswirtschaftler haben auch hier festgestellt, daß alle Produktion an Erz und Holz kaum hinreicht, um damit den Lebensmittelbedarf auch nur für ein oder zwei Monate decken zu können.

Andere wieder meinen, es wäre unsere Rettung, wenn wir in Lohn arbeiten. Diese Frage ist zweifellos zu beherzigen, aber schließlich und endlich wird sich doch nicht alles in Lohn erarbeiten lassen, was wir aus dem Auslande zu unserem notwendigen Lebensbedarf brauchen.

Wir scheitern in der Hauptfache in unserer staatlichen und wirtschaftlichen Existenz daran, daß wir in absehbarer Zeit nicht in die Möglichkeit versetzt werden können, genügend Kohle zu bekommen. Der Jahresbedarf an Kohle wäre für uns 12 Millionen Tonnen; 2 Millionen erzeugen wir und 10 Millionen müssen wir aus dem Auslande einführen und natürlich auch bezahlen. Gerade die Kohlenfrage ist es, unter der wir am meisten leiden und durch die wir am wenigsten in die Möglichkeit versetzt werden, tatsächlich unseren Staat zu einem gesunden Leben zu bringen. Hätten wir Kohle, dann könnten die Industrien arbeiten, dann hätte die Arbeiterschaft Beschäftigung, es könnten die Eisenbahnen fahren, kurz und gut, es wäre viel leichter möglich, wirklich auf eine gesunde Basis zu kommen.

Zu allen diesen Dingen kommt noch als erschwerend unsere Bevölkerungsgliederung hinzu: ein Drittel Produzierende steht zwei Dritteln Konsumierenden gegenüber, ein Verhältnis, welches die Tragkraft der Volkswirtschaft außerordentlich gefährdet, und ich bezweifle, ob alle die Steuern, welche jetzt und in der nächsten Zeit aus diesem Hause heraus zur Sanierung unserer Wirtschaft geboren werden sollen, wirklich werden, ich bezweifle, ob unsere Volkswirtschaft sie auch wirklich bezahlen kann.

Zu all dem kommen die finanziellen Folgen des Krieges und des Zusammenbruches. Und so sehen wir eine fortwährend steigende Welle der Teuerung, deren Ende bis heute nicht abgesehen werden kann. An all dem mag wohl in erster Linie der unglückselige Friedensvertrag von St. Germain schuld sein, zu dessen Unterzeichnung wir, die Großdeutsche Vereinigung, nicht die Zustimmung gegeben haben. Wir haben diese Zustimmung deshalb versagt, weil wir damals die Überzeugung hatten, daß aus diesem Vertrage heraus unmöglich geordnete Zustände entstehen können. Sie, die Majorität, haben diesen Vertrag genehmigt, weil Sie meinten, die Verantwortung gegenüber den Kriegsgefangenen nicht länger tragen zu können, weil Sie meinten, daß auf Ihre Genehmigung sofort die Ratifikation der anderen Mächte erfolgen wird. In beiderlei Richtungen haben Sie sich getäuscht.

(Sehr richtig!) Die Ratifikation ist bis heute von drei Hauptmächten noch nicht erfolgt und die Kriegsgefangenen sind leider auch bis heute noch nicht zurückgekommen. (Sehr richtig!) Die Situation wäre durch die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung gar nicht geändert worden, insbesondere wenn man weiter in Betracht zieht, daß es sich ja nicht um eine Verweigerung der Unterschrift an dem Vertrage gehandelt hat, sondern lediglich um weitere Verhandlungen, um alle die unmöglichsten Bestimmungen aus diesem Vertrage herauszubringen, welche eben unsere Lebensexistenz untergraben, welche eine Gefundung unserer wirtschaftlichen und unserer politischen Verhältnisse eben nicht gestatten.

In diesem Vertrage ist meines Erachtens der Artikel, der uns am schwersten trifft, derjenige, der dahin geht, daß unsere Unabhängigkeit und unsere Unveränderlichkeit garantiert wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Geschichtslüge: Wir wollen gar nicht unabhängig sein, wir wollen gar nicht unveränderlich sein, sondern im Gegenteil, wir stehen auf dem Standpunkte, daß man uns genau so wie den anderen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zuerkenne (Sehr richtig!), auf Grund welches wir entscheiden werden, wem wir eigentlich angehören wollen.

Der französische Berichterstatter im Kammerausschuß hatte — ich glaube, es war Mitte Februar — anlässlich der Beratung, ob Frankreich seine Zustimmung zu diesem Vertrage von St. Germain geben sollte, vollkommen recht, wenn er sagt, dieses Österreich, dieses verminderte Österreich mache einen sehr wenig dauerhaften Eindruck (Sehr richtig!), er hatte vollkommen recht, wenn er die Fragen aufgeworfen hat, ob Österreich überhaupt selbständige lebensfähig ist, und wenn es nicht selbständig lebensfähig ist, welchem Staate oder welcher Staatengruppe es sich anschließen soll.

Das sind auch die Hauptfragen, welche uns, sollte man meinen, in erster Linie berühren, welche wir in erster Linie entscheiden müssen, und ich glaube wohl der Überzeugung aller Ausdruck geben zu können, daß wir längst wissen, daß dieser Staat nicht lebensfähig ist. (Sehr richtig!) Diese eineinhalb Jahre Prüfungszeit, die jetzt unsere Bevölkerung in der bittersten Not und in bitterstem Elend, in diesem Jammerdasein durchgemacht hat, haben ja diesen Beweis in der klarsten Weise erbracht, nur wird leider aus dieser Tatsache, wie es bei uns so häufig der Fall ist, nicht die entsprechende Schlufffolgerung gezogen. (Sehr richtig!) Wir müssen eben unser ganzes Denken und Tun darauf einstellen, daß wir diesen Zustand ändern, denn etwa, die Fürsorgemaßnahmen, welche uns das Ausland in warmherziger, dankenswerter Weise zuteil werden läßt und die unsere verzweifelte Lage etwas lindert, sind begrenzt, sie sind nicht von ewiger Dauer, und es

ist ganz unmöglich, daß wir auf diese Weise für absehbare Zeit unser Leben weiter fristen können.

Wir müssen zu einer selbständigen Wirtschaftsmöglichkeit kommen, und wenn wir die Überzeugung haben, daß wir allein nicht existabel, nicht lebensfähig sind, so drängt sich von selbst die Frage auf: Ja, welches Gebilde soll denn dann geschaffen werden, in dem wir uns wohl fühlen können, in dem wir unsere Tüchtigkeit, unsere Arbeitskraft und unseren Fleiß zur Geltung bringen können?

Da denken manche, daß es vielleicht möglich sei, im Völkerverständigungsgedanken die Staaten Europas überhaupt zu vereinigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage, das ist ein Lüftschloß, ein Lüftschloß, welches der realen Grundlage entbehrt und auf das wir unsere Zukunft nicht bauen dürfen. So viel ist auch sicher, daß wir aus eigener Kraft unsere Lage nicht ändern können und daß wir daher vom Auslande, von den machtpolitischen Bestrebungen der Entente usw. abhängig sind. So schaut in Wirklichkeit die garantierter Unabhängigkeit aus, wir sind eben sehr abhängig, abhängig von der allgemeinen Weltlage und aus diesem Grunde hat besonders für unsere Verhältnisse die Außenpolitik eine spezielle Bedeutung.

Wenn wir die außenpolitischen Fragen an unserem Auge vorüberziehen lassen, so sehen wir in dieser Richtung vor allem, daß sich in den letzten Monaten große, große Veränderungen vollzogen haben. Der Oberste Rat in der alten Form, wie er früher bestanden hat, besteht nicht mehr. An seine Stelle ist die Gesandtenkonferenz getreten. Amerika hat sich von der europäischen Politik zurückgezogen. Es ist ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit amerikanische Truppen auf dem europäischen Festlande zu kämpfen bereit wären. Weiter können wir beobachten, daß in der großen Weltpolitik der Schwerpunkt sich von Paris nach London verschoben hat und daß infolgedessen auch in der weltpolitischen Auffassung für uns ganz schwerwiegende Änderungen vor sich gehen müssen.

Wir können erkennen, daß England und Italien wirklich ernstlich bestrebt sind, einen Friedenszustand herzustellen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Völkern, insbesondere auch mit Deutschland wieder herzustellen und auf diese Weise die Folgen des Krieges zu lindern und in absehbarer Zeit aufzuheben. Diesen englisch-italienischen Bestrebungen stehen leider noch immer die französischen gegenüber, die französische Politik, welche eine Politik der Gewalt ist. Wir sehen das insbesondere Deutschland gegenüber. Es war eine Politik der Gewalt, wenn Frankreich seine Truppen, und noch dazu schwarze Truppen, in den Kern, in das Herz von Deutschland entsendete, es ist eine Politik der Gewalt, wenn Frankreich droht, daß es wieder die

Hungerblockade über das arme, gepeinigte deutsche Volk verhängen werde, wenn Deutschland nicht sofort seine Entwaffnung vollzieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine solche Politik, eine Politik der Gewalt können wir nicht mitmachen. Wir können uns nur an jener Seite finden, welche die Politik des Friedens macht. Bei Frankreich gesellt sich noch immer zu dem Gefühl des Hasses und der Rache auch das Gefühl der Schwäche. Aus dieser französischen Politik ergeben sich verschiedene Bestrebungen, welche uns auf das tiefste interessieren müssen. Wir sehen in der Tschechei einen französischen Stützpunkt gegen das Deutsche Reich. Wir sehen auch in der Errichtung des polnischen Staates etwas Ähnliches. Wir sehen, daß auch Österreich in diesem Sinne zum Werkzeug Frankreichs gemacht werden soll, und wir sehen weiter, daß Bestrebungen vorhanden sind, das Deutsche Reich auseinanderzureißen und die Reichseinheit zu gefährden. Nord- und Süddeutschland sollen geteilt werden, ein süddeutsches Reich soll neu gebildet werden, dann sei Frankreich bereit, auch uns den Anschluß an Deutschland zu gestatten. Ich sage Ihnen ganz offen, daß meiner Überzeugung nach dies das größte Unglück wäre, welches dem deutschen Volke geschehen könnte. (Sehr richtig!) Mögen unsere Leiden in diesem Staate noch so groß sein — um einen derartigen Preis dürfen wir die Heimkehr zu unserem Vaterlande nicht verlangen!

Wenn ferner Frankreich uns als sein Werkzeug haben will, so ist die Gegenfrage erlaubt: Was kann es uns denn bieten? Kann uns Frankreich lebensfähig machen? (Ruf: Nein!) Auch dafür ist die Antwort sehr leicht: Ich sage ja, es kann uns lebensfähig machen, aber nur unter der Voraussetzung, daß uns Frankreich das im Friedensvertrage weggenommene Gebiet wieder zurückgibt. Diesen Verzicht müßte es von der Tschechei verlangen, eine Sache, welche unmöglich ist. Es müßte ferner seine Hysterie gegen Deutschland fallen, ebenfalls ein Verlangen, für das es wenigstens vorläufig infolge der Stimmung seiner Bevölkerung noch nicht reif ist. Anders liegt die Situation bei England. England ist heute in Europa, ich möchte sagen, gesättigt. Es ist der englischen Politik gelungen, seine mächtigsten Wettbewerber um die Weltherrschaft, Deutschland und Russland, los zu werden, und es ist England gelungen, daß diese beiden Wettbewerber, Deutschland und Russland, in absehbarer Zeit mit der englischen Machtphäre nicht mehr in Konkurrenz treten können. England hat durch die Besitzergreifung Konstantinopels den Schlüsselstein seines Machtgebäudes gelegt. Darum finden wir es begreiflich, daß es zu seiner alten Handelspolitik zurückgekehrt ist, und hoffen wir, daß es infolge des Machtinflusses von England auch ehestens gelingt, daß

auch bei Frankreich in dieser Richtung Einkehr gehalten wird, die Wirtschaftsfragen wieder den politischen Machtfragen vorangestellt werden und eine allgemeine wirtschaftliche und handelspolitische Verknüpfung unter allen Völkern wieder zustande kommt. Denn dies ist die erste Voraussetzung zum Aufbau von Europa, zum Aufbau der Wirtschaft der ganzen Welt. (Zustimmung.)

Was Russland anbelangt, so scheint es mir notwendig zu sein, hier festzustellen, daß es unstrittbar ist, daß wir mit Russland so lange keine engere Verbindung eingehen können, als dessen wirtschaftliche Richtung aus Liebe zu Theorien die Produktion vernichtet. Aber wir sehen — vorausgeehzt, daß die spärlichen Berichte, welche wir aus Russland erhalten, überhaupt richtig sind —, daß auch in dem jetzigen System, das in Russland herrscht, bereits starke, starke Wandlungen vor sich gehen. Man kehrt wieder zur Produktion zurück, man ruft wieder deutsche Ingenieure, Direktoren usw. in das große russische Reich und setzt sie wieder in die ihnen gebührenden Stellungen ein. So wird es kommen, daß sich Russland, trotz der furchtbaren Wunden, die es erlitten hat, verhältnismäßig bald aus seinen Wirrnissen wieder erholen wird. Ich halte es für außerordentlich notwendig, daß wir möglichst bald trachten, mit Russland wieder in wirtschaftliche Verbindung zu kommen. (Zustimmung.)

Die wirtschaftliche Verbindung zwischen uns und Russland war seinerzeit eine nicht geringe. Ich verweise nur darauf, welch große Bedeutung die oberösterreichische Sensenindustrie für die Deckung des russischen Bedarfes hatte. Darum möchte ich unserer Regierung auf das wärmste empfehlen, daß sie endlich daran gehe, wie es bereits die anderen Staaten gemacht haben, eine wirtschaftliche Kommission nach Russland zu entsenden, um die Verbindung mit ihm aufzunehmen. Ich gebe ja zu, daß der Austausch der Waren mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Verhältnisse noch nicht möglich ist, aber es ist jedenfalls notwendig, daß wir in dieser Frage nicht ins Hintertreffen kommen. Denn man sage, was man will, unser Heil liegt, was die wirtschaftliche Erholung anbelangt, weniger im Westen als im Osten. (Sehr richtig!) Ich habe die Überzeugung, wenn in Russland geordnete Zustände eingetreten sind, dann müssen sich in natürlicher Folge Deutschland, Österreich usw. mit Russland zusammenfinden. Auf diesem Wege wird unsere Genesung und Erholung am leichtesten möglich sein.

Was nun unsere unmittelbaren Nachbarn anbelangt, so tritt uns hier eine ganz merkwürdige Erscheinung entgegen. Wir selbst haben bekanntlich den Militarismus, wir können sagen, vollständig abgebaut. Mir wäre es am liebsten gewesen, wenn wir auch das Söldnerheer nicht auffstellen. Anders

liegt es in unserer Umgebung. Unsere Nachbarn rüsten noch weiter, so daß sie durch den Militarismus den schwersten finanziellen Lasten ausgesetzt sind. Ein Redner im englischen Unterhause hatte vollkommen recht, wenn er sagte, daß diese Rüstungen in der Tschechei durchaus nicht ohne Bedenken sind. Je mehr gerüstet wird, desto größer ist die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung.

Wir können uns diese Rüstungen in der Tschechei nur aus einem Grund erklären, den wir ruhig aussprechen können, weil sie sich eben nicht gegen uns kehren: Die Tschechei traut Ungarn nicht. Die ungarischen Verhältnisse sind eben derartige, daß sie für die Zukunft auch noch eine gewisse Gefahr bedeuten.

Den Ungarn wurde von den Tschechen die Slowakei weggenommen, von den Rumänen Siebenbürgen, von den Südlawen Kroatien usw. und viele Kreise Ungarns stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß es vielleicht doch möglich sei, das Reich der Stephanskronen in seinem alten Umfang wieder herzustellen. Derartige Anschemungen bedeuten aber eine gewisse Gefahr, die auch uns, bei all unserer Friedensliebe gegenüber allen unseren Nachbarn nicht gleichgültig sein kann.

In den Ländern unserer weiteren Umgebung finden wir überall noch ungelöste Zustände. Die Türkei, Rumänien, Südlawien sind noch durchaus nicht konsolidiert, ebensowenig die Ukraine, am wenigsten Russland. Alle diese Umstände, die ich hier sozusagen im Telegrammstil angeführt habe, zeigen uns, daß der furchtbare Krieg, der über vier Jahre in Europa und Afien, ja in der ganzen Welt getobt hat, in Wirklichkeit noch nicht zu Ende ist, daß auch heute die Gefahr irgendwelcher Verwicklungen noch nicht beseitigt ist. Sie sehen also, daß die Weltmächte bei ihren Beratungen in San Remo in diesen Tagen schwere Arbeit zu leisten haben, um der Welt endlich den Frieden zu sichern.

Wenn wir nun, von der Überzeugung ausgehend, daß wir allein nicht existieren können und nicht lebensfähig sind, die Frage aufwerfen, welchem Staat oder welcher Staatengruppe wir uns anschließen sollen, so scheint mir die Antwort darauf auch nicht schwer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es kaum mehr einige ernst politisch denkende Menschen gibt, welche an eine vollständige Herstellung der alten Monarchie glauben. Sie ist unmöglich, sie ist ausgeschlossen, aber für uns, ehrlich gestanden, auch gar nicht wünschenswert. Es kann aber sein, daß in manchen Kreisen immerhin die Meinung besteht, wenn schon nicht mehr die alte Monarchie zusammengeleimt werden kann, so sei es doch vielleicht möglich, einzelne Teile dieser Monarchie wieder zusammen-

zubringen, um auf diesem Wege ein lebensfähiges Gebilde zu schaffen; und je nach der politischen Auffassung neigen die einen zur ungarischen Seite, die anderen zur italienischen, die dritten zur jugoslawischen und die vierten vielleicht zur tschechischen Seite hin.

Ich will mich über diese Probleme nicht weiter verbreiten, und zwar aus dem Grunde, weil alle derartigen Kombinationen mir zwecklos erscheinen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß durch die Auseinanderreißung der österreichisch-ungarischen Monarchie selbständige Bestandteile geschaffen worden sind, die gar nicht daran denken, sich wieder in diesen alten Käfig hineinzugeben, der ja schon seinerzeit als ein Zwangskäfig empfunden wurde. Für uns gibt es meiner Meinung nach nur eine Möglichkeit und die besteht darin, daß wir endlich die Schlussfolgerungen aus unseren Beschlüssen vom 12. November 1918 und 12. März 1919 ziehen, nämlich, daß wir endlich mit allen Mitteln all unser Sinnen und Streben in der Richtung konzentrieren, die Angliederung an das Deutsche Reich auch wirklich durchzuführen. (Zustimmung.)

Es war außerordentlich bedauerlich, daß gerade vor einem Jahr, als der damalige Staatssekretär des Außenr. die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen hatte, aus diesen Ergebnissen nicht die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen wurden und der Anschluß nicht wirklich vollzogen worden ist.

Ich gebe zu, daß man vielleicht den Einwand erheben kann, daß wir durch den Friedensvertrag von Saint-Germain wieder hätten auseinandergerissen werden können. Ich glaube aber nicht daran. Einen derartigen Faustschlag gegen das Selbstbestimmungsrecht hätten nicht die Engländer und noch weniger die Amerikaner mitgemacht, wenn es auch vielleicht die Franzosen gewollt hätten. Nehmen wir aber an, es wäre eingetreten, so wäre doch gewiß die Situation keine schlechtere geworden, als sie jetzt ist.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Eingliederung in das Deutsche Reich nicht in Teilstaaten erfolgen soll, sondern daß wir ihm als einheitlicher Bundesstaat eingefügt werden sollen. (Sehr richtig!) Wir sind uns aber auch weiter darüber klar, daß eine derartige Eingliederung nicht von uns allein aus möglich ist. Mit unserem Willen allein ist es nicht getan. Es sind selbstverständlich außenpolitische Machtfragen und die außenpolitische Situation von schwerwiegendstem Einfluß und auch die Machtstellung des deutschen Volkes als einer Gesamtheit ist ebenfalls von richtunggebender Bedeutung.

Wir befinden uns in einem merkwürdigen Verhältnisse. Wenn man unser öffentliches Leben etwas näher betrachtet, so findet man, daß nahezu

die gesamte Bevölkerung, vom Staatskanzler angefangen bis zum letzten Staatsbürger, mit der Einverleibung in das Deutsche Reich einverstanden ist. Nur einzelne Out sider sind vorhanden, weniger in den Ländern draußen als vielleicht in Wien selbst, welche anderer Meinung sind und glauben, daß Wien dadurch speziell verlieren würde, obwohl ich persönlich die Überzeugung habe, daß gerade der Anschluß der einzige Weg ist, auf dem Wien sich seine Bedeutung für die Zukunft erhalten kann. Obwohl nun der Anschlußwille ein allgemeiner ist, sehen wir nun, daß von Seiten der Regierung eine andere Politik gemacht wird: Nach ihr soll ja nicht vom Anschluß gesprochen werden, es könnten dadurch irgendwelche Komplikationen und Verstimmungen mit den Weltmächten hervorgerufen werden. Als wenn die anderen diesen Willen gar nicht kennen würden! (Sehr richtig!) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ausland weiß sehr genau, wie es um uns steht, es ist oft besser informiert als unsere eigenen Staatsbürger. Wie wir im Auslande bewertet werden, das haben wir an dem Stande unserer Valuta, an unserer Geldentwertung, ja sehr genau gesehen und sehen es noch heute.

Ich habe gesagt, wir sind dagegen, daß der Anschluß an das Deutsche Reich gebietsweise, länderei-weise erfolgen soll, und zwar schon aus dem Grunde, weil es ein Fehler, ja wirtschaftlich und politisch unhaltbar wäre, wenn wir wieder in die mittelalterliche Kleinstaatenzerrüttung fallen würden. Ich gebe zu, daß es begreiflich erscheint, wenn unsere Länder gegen das Zentralparlament und gegen die Zentralregierung Misstrauen haben und großes Misbehagen äußern. Es ist das begreiflich, weil die Bewohner der Länder fühlen, daß hier in Wien eine Politik gemacht wird, welche mit dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung nicht übereinstimmt. Andererseits mögen aber die Länder bedenken, daß genau so wie dieser Staat für sich allein nicht leben kann, auch die einzelnen Länder allein nicht leben können. Es gibt einzelne Länder, welche ihre Selbständigkeit nicht 14 Tage lang aushalten würden. Daher sind die Trennungsbemühungen nur in dem Sinne aufzufassen, daß die Länder eben hoffen, auf diesem Wege rascher den Anschluß an den Staat zu erreichen, in welchem sie ihr zukünftiges Heil erblicken.

Demgegenüber stehen wieder bekanntermaßen die Weltmächte, welche zum Ausdruck gebracht haben, daß sie einer derartigen Trennung nie und nimmer ihre Zustimmung geben wollen. Sehr merkwürdig ist freilich hierbei die Begründung. Der Oberste Rat behauptete am 17. Dezember 1919, er widerstehe sich deshalb jedem Versuch, der geeignet ist, die Integrität des österreichischen Gebietes der politischen oder der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs zu beeinträchtigen, weil

dadurch das europäische Gleichgewicht gestört werden könnte. (Heiterkeit.) Nun, meine verehrten Damen und Herren, dafür fehlt mir ehrlich gestanden der Glaube. Eine solche Bedeutung haben wir leider nicht mehr.

Gestatten Sie mir noch, bei dieser Gelegenheit auch einen Standpunkt zu kennzeichnen, der zwar nicht unmittelbar hierher, aber schließlich auch zur Länderfrage gehört. Das ist die Frage, ob sich Wien und Niederösterreich trennen sollen. Es mag Ihnen vielleicht wertvoll sein, hier die Äußerungen eines Mannes zu hören, der weder Wiener noch Niederösterreicher ist, sondern aus einem andern Lande stammt. Ich bin der Meinung, Wien und Niederösterreich sollen sich nicht trennen, die Zweiteilung soll nicht erfolgen. Wien und Niederösterreich sind in ihrer Bevölkerung gleichartig und gehören zusammen und ich halte es für einen Fehler, sie deshalb trennen zu wollen, weil die Trennung aus parteipolitischen Gründen in der einen oder anderen Art empfehlenswert erscheint. Wir müssen doch bedenken, daß wir schließlich und endlich nur Zeitkinder sind, daß aber derartige Fragen doch nicht auf Jahre, sondern auf Jahrzehnte, ja vielleicht auf Jahrhunderte gelöst werden. Wir müssen weiter bedenken, daß auch die anderen Länder ein großes Interesse an Wien trotz ihrer scheinbaren derzeitigen feindseligen Stellung gegen Wien haben müssen und es insgesamt viel besser wäre, wenn von diesen Sonderbestrebungen, von der Zweiteilung Wiens und Niederösterreichs, abgesehen wird, beziehungsweise sie nicht zu standekäme.

Wenn wir uns nun über die allgemeine politische Lage klar geworden sind, so ist die Frage unschwer zu beantworten, welchen Zweck und welchen Sinn die Reisen unseres Herrn Staatskanzlers in Wirklichkeit gehabt haben, beziehungsweise haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Richtung möchte ich sagen, daß wir durchaus keine Gegner dieser Reisen sind. Wir halten es für ganz richtig und meinen, daß es dringend notwendig ist, mit den anderen Staaten möglichst rasch in Verbindung zu kommen. Nur haben wir den für die Öffentlichkeit von der Regierung unterstrichenen Vorwand nicht recht begriffen. Als Grund wird immer die Durchführung des Friedensvertrages vorgeschoben. Ja, haben wir denn wirklich Grund, darauf zu drängen, daß dieser Friedensvertrag mit allen seinen Härten durchgeführt wird? Haben wir denn wirklich Grund, selbst einen Vertrag zur Durchführung anzuregen, von dem unser damaliger Berichterstatter behauptet hat, daß er ein Todesurteil für uns ist, von dem selbst der Staatskanzler behauptet hat, daß seine Belastung für uns unerträglich ist? Um so mehr erscheint mir es notwendig, diese Frage aufzuwerfen, als ja bekanntermaßen die Ratifikation dieses Friedens-

vertrages auch seitens der anderen Mächte noch nicht erfolgt ist. Aber, wie gesagt, wir sind keine Gegner dieser Reisen, nur warnen wir davor, daß sie in ihren Wirkungen überschätzt werden. Ich habe die Überzeugung, daß wir durch diese Reisen nicht zu retten sind, daß wohl unsere Situation erleichtert werden kann, daß wir uns wieder einige Monate weiter fortsetzen können, aber etwas Dauerndes wird dadurch nicht geschaffen.

In sehr merkwürdiger Erinnerung ist uns noch die Pariser Reise, über die der Herr Staatskanzler am 20. Dezember 1919 berichtet hat. Er hat damals erzählt, daß in einer Hinsicht das Ergebnis dieser Reise einen vollen Erfolg bedeutet habe, nämlich in politischer Hinsicht. Und diesen vollen politischen Erfolg hat unser Staatskanzler darin gesehen, daß er in Paris freundlich und wohlwollend aufgenommen worden ist. Er war außerordentlich freudig überrascht, als er nach der Rückkehr des damaligen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau aus London eine Einladung vorfand, wonach er Clemenceau in seiner Privatwohnung besuchen durfte. Und Renner konnte nicht umhin, Clemenceau seine menschliche und seine politische Bewunderung zum Ausdruck zu bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Empfindung, es wäre besser gewesen, wenn damals Staatskanzler Dr. Renner diese Rede nicht gehalten hätte. Doch etwas anders lagen die Ergebnisse der Reise in die Tschechei und nach Italien. Das ist auch ganz natürlich. Mit unseren Nachbarn müssen wir uns doch in irgendeiner Weise zunächst verständigen. Nur glaube ich hier zum Ausdruck bringen zu müssen, daß trotzdem immerhin eine gewisse Zurückhaltung für uns erforderlich ist. Bei den Verhandlungen mit der Tschechei dürfen wir nicht vergessen, daß $3\frac{1}{2}$ Millionen unserer Brüder und unserer Schwestern in diesem Staatsgebiete sich befinden, wir dürfen nicht vergessen, daß es tschechische Politiker waren, denen wir in erster Linie die harten Bestimmungen unseres Friedensvertrages verdanken. (Sehr richtig!) Wir dürfen aber weiter auch nicht vergessen — und ich lehne jede Gefühlspolitik ab —, daß wir gegenüber der Tschechei die Schwächeren sind und daß wir daher allen Grund haben, mit der Tschechei in entsprechende nachbarliche Verhältnisse zu kommen. Wenn das dem Herrn Staatskanzler durch seine Vereinbarungen und auf Grund seiner damaligen Reise gelungen ist, so kann es uns recht sein.

Eine große Bedeutung haben wir der Reise unseres Staatskanzlers nach Italien zugemessen. Wir haben die Überzeugung, daß die italienischen und die deutschösterreichischen Interessen parallel laufen und nahezu keine Gegensätze aufweisen. Aber wir haben es nicht verstanden, daß unser Staatskanzler bei diesen Vereinbarungen zwei Punkte

nicht erwähnt hat, die uns von außerordentlicher Bedeutung schienen. Er hat weder die südslawische Frage berührt, noch hat er meines Wissens — wenigstens ist das aus dem offiziellen Berichte nicht hervorgegangen — die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich erklärt. Es scheint mir das eine Unterlassung zu sein. Ich kann die Einwendung nicht zugeben, daß die südtiroler Frage eine innerpolitische Frage Italiens ist. Welche Verwaltung derzeit Italien in Südtirol einführt, das ist eine innerpolitische Frage, aber ob Südtirol wieder den Tirolern zurückgegeben werden soll, das ist keine innerpolitische Frage und das ist eine Frage, über die wir nicht hinweggehen können. Ich gebe wohl zu, daß dadurch die Verhandlungen etwas erschwert worden wären. Ich kann aber nicht zugeben, daß die Verhandlungen dadurch vielleicht gescheitert wären. Es lassen sich auch Standpunkte und insbesondere außenpolitische Fragen nach den diplomatischen Gewohnheiten in einer Form zur Sprache bringen, welche nicht unbedingt den Abbruch der Beziehungen nach sich ziehen müssen. Es wäre daher meines Erachtens notwendig gewesen, daß der Herr Staatskanzler wenigstens zum Ausdruck gebracht hätte, daß wir nie und nimmer in Deutschösterreich daran denken, auf Südtirol zu verzichten, daß wir nach wie vor dessen Rückgabe an unser Vaterland und an unsere Heimat anstreben werden.

Es wäre aber meines Erachtens mit Rücksicht auf die Haltung Italiens auch notwendig gewesen, die Anschlußfrage an Deutschland einer engeren Beratung zu unterziehen. Denn es ist klar, den Anschluß an das Deutsche Reich können wir, wie ich schon erwähnt habe, aus eigener Kraft nicht erreichen. Wir können ihn auch nicht durch die Mithilfe Deutschlands, wir können ihn nur durch die Mithilfe der Weltmächte auf dem Wege des Völkerbundes erringen. Denn an eine gewaltsame Eingliederung denkt kein vernünftiger Mann. In dieser Beziehung kann uns am meisten Italien helfen, nachdem Italien bekanntlich anschlußfreudlich ist. Es ist daher bedauerlich, daß in dieser Richtung anscheinend keine Vereinbarungen getroffen wurden.

Wie wir hören, soll nun der Herr Staatskanzler auch andere Reisen unternehmen, er soll nach Belgrad, Bukarest, vielleicht auch nach Budapest fahren. Da fällt uns Eines auf: Wenn die hohe Regierung schon das Bedürfnis hat, die Nachbarn zu besuchen, warum wird unser grösster Nachbar, das Deutsche Reich, nicht besucht? (Sehr richtig!) Wir sehen darin einen großen Fehler. Wer war es denn, der uns in der bittersten Not, obwohl es ihm selbst schlecht gegangen ist, doch ausgeholfen hat? Das Deutsche Reich war es, und es hat sich immer als unser aufrichtigster und bester Freund erwiesen, daher halte ich es für notwendig, auch wenn die Verhältnisse noch so traurig

liegen, daß diese freundschaftlichen, diese brüderlichen Beziehungen zwischen Diesseits und Jenseits aufrecht erhalten bleiben und möglichst gepflegt werden.

Aus alldem sehen wir, daß eine gewisse Unsicherheit in den politischen Bemühungen und Beziehungen unserer Regierung vorliegt, eine Unsicherheit, die nicht zu unserem Vorteil ist. Denn wir mögen uns doch nicht einbilden, daß das Ausland unsere Lage nicht kennt. Auch Frankreich kennt genau die Stimmung in unserem Lande und weiß genau, daß wir allein nicht leben können, es weiß genau, daß neun Zehntel der Bevölkerung die Eingliederung an das Deutsche Reich anstreben. Daher ist es meines Erachtens notwendig, daß endlich der Glaube von Frankreich genommen werde, wir seien als Werkzeug gegen Deutschland, gegen die vermeintliche deutsche Gefahr zu gebrauchen, daß von Frankreich der Glaube genommen werde, wir könnten andauernd einen politischen Faktor in seiner Politik der Furcht und Rache gegenüber dem Deutschen Reich bilden. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Zunutung, die uns von französischer Seite gemacht wird, gerade keine Schmeichelei ist, entspricht sie auch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Andererseits bin ich aber der Meinung, daß wir gerade im Rahmen des Deutschen Reiches für Frankreich nicht von unwesentlicher Bedeutung sein könnten. Wir könnten zu einem Faktor werden, der die Hand zu einem Ausgleich zwischen dem französischen und dem deutschen Volke bieten könnte. Dazu wären wir ganz gewiß gerne bereit, wir würden in dieser Beziehung unser Möglichstes leisten. Das wäre eine große Tat; denn hätten sich Deutschland und Frankreich endlich einmal auf einer gemeinsamen, gutnachbarlichen Linie gefunden, so wäre Europa für die Zukunft von einer ungeheuren Gefahr befreit.

In diesen festumschriebenen Bahnen soll sich meines Erachtens die äußere und innere Politik der Regierung bewegen. Mit der nötigen Klarheit und mit der nötigen Entschiedenheit soll unsere Regierung dafür eintreten. Das ist heute das Gebot der Stunde und das wäre der Weg, der unser armes, gebeinigtes und arg gequältes Volk aus seinen Leiden, aus diesem Jammerdasein herausführen kann; das wäre der Weg, der ihm die Möglichkeit bietet, seine Tüchtigkeit, seine Schaffensfreude und seine Arbeitskraft zur Geltung zu bringen; das wäre der Weg, der unserem Volk wieder die Lebensfreude geben kann. Wir kennen keinen anderen Weg der dauernden Rettung aus unserer verzweiflungsvollen Lage. Solange aber die Regierung diesen Willen nicht durch energische Tat-handlungen zum Ausdruck bringt, solange sie nicht fest und klar diesem Ziele zusteuert, solange ist die

Großdeutsche Vereinigung nicht in der Lage, dieser Regierung das Vertrauen auszusprechen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordneter Professor Seipel. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Seipel: Hohes Haus! Das Finanzgesetz, das wir am Schlusse dieser Budgetdebatte genehmigen sollen, veranschlagt die gesamten Staatsausgaben für das Verwaltungsjahr 1919/20, wie Sie bereits alle wissen, auf mehr als 13 Milliarden Kronen. Zur Bedeckung dieser Staatsausgaben werden beinahe $4\frac{1}{2}$ Milliarden in Aussicht genommen. Zugleich soll durch dieses Finanzgesetz der Staatssekretär für Finanzen und in ihm die Regierung weitgehende Kreditvollmachten erhalten, nämlich zu denjenigen, die bereits in den Gesetzen vom 4. Juli und vom 21. November 1919 sowie vom 23. Jänner 1920 enthalten sind, noch die Ermächtigung, in der Zeit bis zum 30. Juni d. J. Kreditoperationen bis zum Höchstbetrage von 1600 Millionen Kronen durchzuführen. Es wird dann endlich in diesem Finanzgesetze dem Staatssekretär für Finanzen aus dem Titel des Überganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft die Befugnis eingeräumt, ohne Rücksicht auf den Gesamtwert und den Schätzwert des einzelnen Objektes unbewegliches Staatseigentum zu veräußern, zu belasten oder in Bestand zu geben.

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Zahlen sowohl als Vollmachten legen uns nahe, daran zu denken, wie groß die Verantwortung ist, die wir Mitglieder der Nationalversammlung in diesem Augenblicke tragen. Die Größe unserer Verantwortung zwingt uns dann aber auch, uns zunächst die Frage zu stellen, ob denn der Wert dieses Staates für die Bevölkerung in einem inneren Verhältnisse zu der Größe jener Lasten steht, welche wir der Bevölkerung notwendig aufzubürden müssen, wenn wir dem gegenwärtigen Staatsvoranschlag unsere Zustimmung geben sollen. Und es erhebt sich dann für uns die weitere Frage — und nur wenn wir diese Frage mit ja beantworten können, können wir auch mit gutem Gewissen der Regierung die gewünschten Vollmachten ausstellen —, nämlich die Frage, ob die Regierung und die Nationalversammlung alles, wirklich alles tut, um diesem armen Volke und unserem Staat aufzuholen.

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Das letztemal ist in diesem Hause vor zehn Jahren eine Budgetdebatte abgeführt worden. Damals hat allerdings dieses Haus noch die Volksvertretung des alten großen Staates beherbergt. Die Zeiten haben sich seit damals sehr wesentlich geändert. Der alte

Staat war ja schon lange krank gewesen, die Bevölkerung war vielfach mißmutig und verzagt, die Verfassung des alten Staates überaus reformbedürftig. Aber dieser Staat, er hat seine Geschichte gehabt, er hat seine Traditionen gehabt und er hat ganz besonders die Tradition gehabt, da zu sein und in dieser Tradition ist schon ein Ansporn gelegen gewesen für diesen Staat, auch weiter zu leben. Das alles ist seitdem anders geworden.

Wir beraten den Staatsvoranschlag für einen jungen, kleinen Staat, für einen Staat, in dem alles erst im Werden ist, in dem nichts feststeht, nicht einmal der Zusammenhalt der Länder zu einem Staat. Es gibt in diesem Staat keine Tradition des Daseins, des Lebens und daraus erklärt sich auch, daß bei vielen Bewohnern dieses Staates kein rechtes Staatsgefühl aufkommen mag. Wir wundern uns nicht darüber, wenn es viele gibt, die sich gar nicht mehr die Mühe nehmen wollen, sich um diesen Staat zu kümmern, die mit ihrem Gedanken schon bei einem anderen, größeren Staat sind, von dem aus unsere Ländergruppe ja ganz gut mitregiert werden könnte. (Sehr richtig!)

Fragen wir uns, warum denn so wenig Staatsgefühl bei uns aufkommen will, so ist gewiß eine Ursache, daß dieser Staat zwar schon weit übers Jahr eine Konstituante, aber noch keine Konstitution hat. (Sehr richtig!) Solange dieser unser Staat ohne Verfassung ist, gleicht er einem Weichtier, einer Muschel oder einer Schnecke, die durch irgendwelche widerige Umstände gehindert worden ist, die schützende Schale zu bilden; und nun ist dieser Staat natürlich allen Verlebungen ausgesetzt und er ist in Gefahr, in eine formlose Masse auseinander zu fließen.

Ja, aber warum hat denn dieser unser Staat noch immer keine Verfassung? Ich brauche Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren, nicht die Schwierigkeiten auseinanderzusehen, welche die Regierung und die Nationalversammlung gehindert haben, rascher im Werke der Verfassung vorwärtszuschreiten. Ich erinnere Sie daran, daß der Friedensschluß allzu lange auf sich warten ließ; daß der Friede noch immer nicht von den uns bisher feindlichen Hauptmächten ratifiziert worden ist; daß noch immer die große Volksabstimmung in Kärnten ausständig ist, auf die es ja in Zukunft sehr viel für uns ankommt wird; daß wir noch immer nicht in der Lage gewesen sind, das uns zugesprochene Burgenland an uns zu ziehen. Ich erinnere dann weiter an alle die vielen Augenblicksorgen, namentlich an die Verpflegungs- und Kreditsorgen, die uns immer wieder mehr beschäftigt haben, als unsere Hauptaufgabe, die Verfassung.

Aber alles das erklärt doch nicht ganz, daß wir im Werke der Verfassung noch nicht weiter-

gekommen sind und Sie alle wissen es, meine sehr geehrten Frauen und Herren, welche Ungeduld breite Schichten der Bevölkerung deswegen schon erfaßt haben. (Sehr richtig!) Es ist ja für uns in der Nationalversammlung gewiß unerfreulich, daß die Länder die Initiative an sich gezogen haben, daß sie sich bei improvisierten Länderkonferenzen eifriger mit der Verfassungsfrage beschäftigen als die konstituierende Nationalversammlung (Sehr gut!), aber hohes Haus, wir dürfen auch nicht übersehen, die Länder haben uns lange Zeit gelassen, sie haben lange Geduld gehabt, aber schließlich haben sie das Vertrauen verloren und ich muß sagen, es ist ja im Grunde doch ein gutes Zeichen, wenn diese Länder so sehr bemüht sind, das Werk der Verfassung zu fördern. Daraus dürfen wir ja doch wohl die Hoffnung schöpfen, daß diese Länder beisammen bleiben und einen Staat bilden wollen, wenn nur endlich dieser Staat sich einmal selber aufruft, indem er sich seine Verfassung gibt. (Sehr richtig!)

Wir haben, als im Oktober des vorigen Jahres die zweite Koalition gebildet wurde und wir neuerdings eine Regierung zu berufen hatten, in diese Regierung einen unserer Kollegen hineinberufen als einen Staatssekretär ohne Portefeuille mit dem besonderen Aufgabenkreise der Mitwirkung bei der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Dieser Staatssekretär hat seitdem mit allem Eifer — ich muß das hier aussprechen — gearbeitet, er hat die notwendigen Verbindungen mit den Ländern hergestellt, er hat unermüdlich Verhandlungen zwischen den verschiedenen Staatsämtern in die Wege geleitet. Aber er ist ja nur zur „Mitwirkung“ bei der Verfassungsreform bestimmt gewesen und man hat ihm nicht freie Hand gelassen. Derjenige, der doch eigentlich die Führung im Werke der Verfassungsgebung in der Hand behalten wollte, ist unser Herr Staatskanzler und der Herr Staatskanzler hat keine Zeit für die Verfassung gehabt. Wir wissen ja, meine sehr geehrten Frauen und Herren, daß man dem Staatskanzler, sicherlich nicht den Vorwurf der Untätigkeit machen kann. Er ist sehr tätig, sehr beschäftigt, aber es kommt mir ein bisschen so vor, als ob er nicht immer zwischen dem Wichtigen und Nichtwichtigen zu unterscheiden wüßte, als ob er nicht immer zu unterscheiden wüßte zwischen dem, was er persönlich zu tun hat und demjenigen, was er anderen überlassen kann. Wenn er selber nicht die Zeit hatte, sich mit der Verfassung zu beschäftigen, nun, dann hätte er dem Staatssekretär für Verfassungsreform freie Hand lassen sollen, dann hätte er nicht hindern sollen, daß dieser die Regierung dazu brächte, ihrerseits mit einem Entwurf hervorzutreten, so daß sich auch die Nationalversammlung endlich mit dieser größten und wichtigsten Frage beschäftigen könnte. Aber das ist nicht

geschehen. Der Staatskanzler hat keine Zeit für die Verfassung gehabt, der Staatssekretär Dr. Mayr hat nicht freie Hand bekommen und so ist nichts übrig geblieben, als daß er einmal und ein zweites Mal mit einem Privatentwurf hervortreten müßte.

Hochansehnliches Haus! Es ist also ein Übel, daß noch immer das Werk der Verfassung nicht weiter fortgeschritten ist. Da ist aber in den letzten Tagen etwas vorgekommen, was uns eigentlich wieder Mut machen konnte. Es hat der Herr Staatskanzler Neuwahlen für die Nationalversammlung angekündigt, und zwar für einen verhältnismäßig nahen Termin, für den Herbst. Er hat gesprochen, als ob er ein schlichter, freier Abgeordneter wäre, der reden kann, was er will, und nicht der Staatskanzler, der für jedes seiner Worte doppelt und dreifach verantwortlich ist. Er hat so gesprochen, als ob es kein Kabinett und keine Koalition gäbe und keine Nationalversammlung, die über ihr Schicksal selber zu entscheiden hat. Wahrscheinlich aber hat er nur im Augenblick, berauscht durch die Huldigungen, die ihm die getreuen Arbeiterbataillone von Steiermark bereitet haben (Beifall), darauf vergessen, daß wir in einer Republik leben. (Heiterkeit.) In einer Monarchie konnte sich ja allerdings der Ministerpräsident vom Staatsoberhaupt die Ermächtigung zu solchen das Parlament überraschenden Erklärungen geben lassen.

Aber ich will über diese Formfrage mit dem Herrn Staatskanzler nicht streiten. Im Grunde kommt uns ja seine Ankündigung baldiger Neuwahlen sehr gelegen (Sehr richtig!), besonders deswegen, weil wir in dieser Ankündigung eine Zusage erblicken dürfen, der Herr Staatskanzler werde nunmehr für die Verfassung Zeit haben.

Mit der Verfassungsfrage hängt wesentlich eine andere Frage zusammen, und bald hätte ich gesagt, mit dem Verfassungssübel ein anderes Übel, nämlich das Verwaltungsübel. Es ist nun eine sehr unangenehme Sache, daß gerade jenes Staatsamt, das er neben der Staatskanzlei als Staatssekretär zu leiten mit übernommen hat, das Staatsamt des Äußern wenig aktiv ist und uns daher sehr wenig befriedigt. Wir haben freilich selbst dieses Staatsamt dem Herrn Staatskanzler übertragen und ich muß sagen, die Verbindung des Staatsamtes des Äußern mit der leitenden Stelle in der Regierung ist eine sehr naturgemäße. Das Beispiel anderer Staaten zeigt uns das und es hat auch einen inneren Grund: die äußere Politik soll unter der Initiative des Regierungschefs stehen. Das gilt sowohl für Staaten, die eine wirkliche Außenpolitik treiben können, ohne sich lächerlich zu machen, als auch für Staaten, wie der unsrige es ist, die so stark auf das Ausland, auf die Hilfe, auf die Gunst anderer Mächte angewiesen sind. Aber wir haben uns damals, als wir dem Staatskanzler die Führung des Außenamtes

übertragen, gedacht — und es ist auch viel davon gesprochen worden — er würde alsbald einen Staatsamtdirektor in das Staatsamt des Äußern berufen, der ihm dann für das klaglose Funktionieren des Apparates verantwortlich wäre. Es ist nicht geschehen. Wahrscheinlich braucht der Herr Staatskanzler eine solche Hilfe nicht.

Dazu kommt noch eins: Es scheint, daß der Herr Staatskanzler auch noch andere Funktionen am liebsten selbst besorgt. Es scheint, daß er auch die wichtigeren Geschäfte unserer Vertretung im Ausland selbst auf sich nimmt, was dann allerdings zu einem Gewerbe wird, das nur im Umherziehen betrieben werden kann. (Heiterkeit.) Wir erwarten heute oder morgen noch einen Bericht von unserem Staatskanzler über seine letzte Reise, die Reise nach Rom. Gerne geben wir zu, daß solche Reisen des Regierungschefs von großem Nutzen sein können, besonders dann, wenn nach einem solchen allgemeinen Abreisen der Fäden, die uns früher mit dem Ausland verbunden, ein Wiederanknüpfen der Verbindungen erforderlich ist. Aber lieber wäre es uns doch, wenn wir uns nicht auf solche Auslandsreisen unseres Herrn Staatskanzlers verlassen müßten, wenn endlich ernst gemacht würde, mit der Aktivierung unserer Auslandsvertretungen. Es ist viel über diesen Gegenstand gesprochen und verhandelt worden, man hat sich schon über die Personen geeinigt, die auf die Gesandtenposten in das Ausland geschickt werden sollen. Aber es verstreichen Monat um Monat und nichts geschieht. Gewiß, es gibt Hindernisse. Man weiß besonders darauf hin, daß beim gegenwärtigen Stand unserer Valuta die Kosten für unsere Auslandsvertretungen allzu große wären. Aber es trifft das nicht für alle Fälle zu. Ich weiß, meine sehr geehrten Frauen und Herren, einen neutralen Staat, in dem die Einkäufe für Gebühren bei der Gesandtschaft völlig ausreichen würden, die Kosten zu decken, die eine ganze Gesandtschaft mit allem, was dazu gehört, beanspruchen würde. Aber man besetzt auch diesen Gesandtenposten nicht. Dafür sitzt allerdings in diesem Land ein Pressattaché, der für eine andere noch nicht bestehende größere Auslandsvertretung bestimmt ist. Er belaslet sehr stark unseren Staatschatz, er hat für den Staat nichts zu tun, er betätigt sich einzlig und allein als sozialdemokratischer Parteagitator und trägt dadurch sehr viel dazu bei, daß die Sympathien jenes Landes für uns immer geringer werden. (Hört! Hört!) Und doch handelt es sich um ein neutrales Land, auf das wir schon aus Gründen der Dankbarkeit große Rücksicht nehmen müssen. (Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Wenn ich hier einige Vorwürfe gegen den Staatskanzler erhebe, weil er in seinem Tätigkeitstrieb zu viel selbst in die Hand nimmt, und wenn ich damit Mängel in Zusammenhang bringe, unter denen

unsere Staatsverwaltung leidet, so weiß ich natürlich, daß es noch ganz andere, viel gewichtigere Gründe gibt, warum es mit unserer Staatsverwaltung zusehends abwärts geht, so sehr geht es abwärts, daß ich wohl sagen kann, die Gefahr, die uns aus dem völligen Zusammenbrechen der Verwaltung droht, ist die größte der Gefahren, in denen wir sind. (So ist es!) Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, dann gehen wir ganz zugrunde.

Welches mögen nun wohl die Gründe sein, warum es mit der Staatsverwaltung derzeit so schlecht bestellt ist? Der erste Grund ist — ich komme immer wieder darauf zurück — daß wir noch immer keine Verfassung haben. Es sind die Kompetenzen zwischen den verschiedenen Organen der Selbstverwaltung nicht abgegrenzt, darum besteht ein gegenseitiges Misstrauen und in dieses Misstrauen wird auch die Beamenschaft mithineingezogen. Zweitens ist die Beamenschaft in größter Beunruhigung und kämpft mit der drückendsten Not. Sie ist in der größten Beunruhigung, denn es wird immer so viel vom Abbau unserer Ämter gesprochen, aber es wird nicht planmäßig daran gearbeitet. Es bleibt so viel Gelegenheit übrig für die Beamten, die den Abbau fürchten, die Verwaltung zu komplizieren, sich unentbehrlich zu machen (Sehr richtig!), neue Posten, neue Ämter für sich ausfindig zu machen. Und sie finden dabei naturgemäß in den Selbständigkeitstreibern der Länder eine große Stütze. Es ist dann ein dritter Grund vorhanden. Immer wieder machen sich unberechtigte äußere Einflüsse auf unseren Verwaltungsorganismus geltend. An dem Schaden, der uns zugefügt worden ist, unserem Volke und unserem Staate, durch die Nebenregierung und die Winkelverwaltung der Arbeiterräte, an diesem Schaden werden wir noch lange, lange zu tragen haben. (So ist es!) Und was das noch schlimmere ist, der Druck von der Straße her, der Terror greift auf unsere Ämter über, und das Allerärgste — wir haben ja in der letzten Zeit betrübliche Beispiele davon erlebt — auch die Unabhängigkeit unserer Gerichte bleibt nicht mehr gewahrt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Meine sehr geehrten Frauen und Herren, ich muß aber dann noch einen vierten Grund hinzufügen. Dieser Grund besteht darin, daß die Behörden und die Beamenschaft immer wieder einem Organisationszwang und einem Parteiterrorismus unterworfen wird. Nichts korrumpt die Behörden und die Beamenschaft so sehr wie dies. Wir haben überhaupt viel Grund, über den Organisationsterrorismus zu klagen, gerade auch unter der industriellen Arbeiterschaft. Aber am allerunerträglichen ist es, wenn er in den staatlichen Betrieben ausgeübt wird und wenn er nicht einmal da stehen bleibt, sondern auch direkt auf die Ämter übergreift. Es gibt fast nichts,

meine Frauen und Herren, was uns das Dasein in der Koalition so schwer macht und was das gegenseitige Verhältnis der koaliierten Parteien so sehr vergiftet, als daß immer wieder Fälle des Organisations- und Parteiterrorismus vorkommen, daß wir immer wieder unsere Zeit mit Beschwerden und Verhandlungen über diesen Gegenstand verlieren müssen, die dann leider sehr oft nicht vollständig oder nicht rasch genug zum Ziele führen. Wenn Sie, meine Herren und Frauen von der anderen koaliierten Partei, nicht den Willen oder nicht die Macht haben, dem ein Ende zu machen, dann werden wir das auf die Dauer in der gegenwärtigen Koalition nicht ertragen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich erkenne klar die Größe des Übels, das im Niedergehen unserer Staatsverwaltung liegt. Ich kann nicht ebenso klar ins einzelne gehende Vorschläge machen, wie man unsere Verwaltung wieder in Ordnung bringen kann. Ich selbst bin allzu kurze Zeit an der Spitze eines der obersten Staatsämter gestanden, als daß ich ins innere Getriebe der Bureaucratie einen tieferen Einblick hätte gewinnen können. Aber das weiß ich aus jener Zeit, wie schön es ist, in einem Amt tätig zu sein, in dem die Beamten unermüdlich arbeiten, indem sie ihre Arbeit nicht nur als eine lästige Pflicht auffassen, sondern als eine Herzenssache, in einem Amt, in dem die Beamten alle Maßnahmen, die sie ihrem Chef vorschlagen, aus einer wissenschaftlichen sozial-politischen Überzeugung vorbringen. Begreiflicherweise habe ich indessen die Tätigkeit jenes Amtes mit großem Interesse weiter verfolgt und ich stehe nicht an, es auszusprechen, daß dieser gute Geist gerade im Staatsamt für soziale Verwaltung auch heute noch lebt.

Ich stelle das nicht nur deswegen fest, weil es mich persönlich freut, da ich zu diesem Amt eine alte Beziehung habe, sondern weil ich darin, etwas derartiges beobachten und hier anerkennen zu können, doch wiederum einen Fingerzeig sehe, daß bei uns nicht alles verdorben ist, daß es, wenn man nur die richtigen Maßregeln ergreift, in unserer Staatsverwaltung wiederum aufwärts gehen kann. (Sehr richtig!)

Die Maßregeln, die da zu ergreifen sind, im einzelnen anzugeben, werden andere berufener sein als ich. Ich will Ihnen nur einige wenige Ratschläge in dieser Beziehung geben. Der erste Ratschlag ist dieser: Bringen Sie um alles in der Welt unsere Verfassung in Ordnung, beenden Sie die Kompetenzkonflikte, dann wird es mit unserer Verfassung besser werden! Das zweite ist eine Bitte, die ich an Sie richte, meine werten Herren von der Regierung: Befreien Sie unsere Beamenschaft von dem Druck,

der von außenher auf sie ausgeübt wird (Zustimmung); machen Sie sie wieder unabhängig! Und schließlich richte ich meinen Appell an die Beamenschaft und an die Behörden selber: Sie mögen sich wieder aufzuraffen, sie mögen sich nicht unterkriegen lassen durch die Verwirrung und die Not der Zeit, sie mögen nicht kleinmütig werden, sie mögen alles tun, um jene Methoden, ihre Forderungen durchzusetzen, wieder abzuschaffen, die sich ein Teil von ihnen begreiflicherweise angeeignet hat, weil er bei der industriellen Arbeiterschaft ihren Erfolg beobachten konnte; ich rede von Streik und Sabotage. Die Beamenschaft muß in ihren eigenen Reihen die Autorität wieder herstellen, dann wird sie auch wieder Autorität bei der Bevölkerung genießen. (Sehr richtig!) Wenn sie das tut, dann leistet sie dem Staate, dann leistet sie aber auch sich selbst die größten Dienste.

Was nun das Werk der dringend notwendigen Verwaltungsreform anlangt, hätte ich den Wunsch, man möge dem Staatssekretär, der für die Verfassungs- und Verwaltungsreform bestellt ist, diesen Zweig der öffentlichen Tätigkeit wirklich und rückhaltlos in die Hand geben. Man möge es ihm ermöglichen, daß er die Fachmänner aus allen anderen Staatsämtern an sich heranzieht, und man möge ihn beauftragen, dann recht bald, möglichst bald mit einem umfassenden, großzügigen Plan der Verwaltungsreform an uns heranzutreten. Mit kleinen Bruchstücken daraus, mit einer Demokratisierung bei dieser oder jener Instanz allein wird es nicht getan sein.

Hohes Haus! Ich habe im Laufe dieser meiner Ausführungen, nicht eingedenk des Sprichwortes, das widerrät, die Toten ins Gespräch zu ziehen, des alten Staates Erwähnung getan und bin einen Augenblick auch bei jener Zeit stehen geblieben, in der ich selbst als einer der Letzten gekämpft habe, um das Leben dieses alten Staates von Tag zu Tag, je um eine oder die andere Stunde zu verlängern. Ich schäme mich, meine Frauen und Herren, jener Zeit nicht und ich schäme mich auch nicht meines Glaubens, den ich an den alten, großen übernationalen Staat gehabt habe. Aber ich liebe auch diesen neuen Staat und wenn Sie mich fragen, warum ich ihn liebe, so sage ich Ihnen, deswegen, weil er ist und weil er nicht sein könnte, wenn nicht doch Gott es wollte, und weil aus diesem Staat auch noch etwas werden kann, wenn Gott uns hilft und wenn wir alle unsere Kräfte anstrengen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Ich mache niemandem einen Vorwurf, der mit seinen Gedanken schon weit in der Zukunft weilt, der sich am liebsten mit einem anderen künftigen großen Staat beschäftigt, in dem wir nur ein Teil sein werden. Ich mache ihm keinen Vorwurf, aber ich möchte doch Sie alle und überhaupt alle, die

auf das Schicksal unseres Volkes einen größeren oder kleineren Einfluß mit ausüben können, bitten, nicht ungeduldig und ja nicht schwachherzig zu werden. Jetzt stehen wir nun einmal auf dem Boden dieses Staates. Der Staatsmann muß mit den Wirklichkeiten rechnen, er darf uns nicht nur mit Versprechungen kommen, etwas in der Zukunft zu leisten, wenn andere staatliche Verhältnisse sein werden. Wer unser Volk liebt, der muß es jetzt lieben und der muß darum auch den Staat lieben, in dem dieses Volk leben muß. Wenn er das tut, dann muß er diesem Staat allerdings auch, mag es ihn und die ganze Bevölkerung auch noch so große Opfer kosten, das geben, was er notwendig braucht. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch. Ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Reisch: Hohes Haus! Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten, daß ich zu Beginn der Debatte nicht anwesend sein konnte. Doch war ich zu einem Vertreter in der Reparationskommission berufen, wo ich länger, als ich geglaubt habe, aufgehalten worden bin. Überdies war ich nach einer Verabredung mit dem Herrn Staatskanzler eigentlich der Meinung, daß ich heute nicht zum Worte gelangen werde, vielmehr eine politische Debatte abgeführt werden wird, während ich in letzter Stunde veranlaßt worden bin, heute doch das Wort zu ergreifen. Ich muß aus diesem Grunde auch um Entschuldigung bitten, daß ich gänzlich unvorbereitet in die heutige Debatte eintrete und daher naturgemäß nicht in der Lage sein werde, in die einzelnen Bifferngruppierungen näher einzugehen, was ich mir vielmehr für einen späteren Zeitpunkt der Spezialdebatte vorbehalten muß.

Ich möchte aber nicht unterlassen, zunächst meiner freudigen Genugtuung darüber Ausdruck zu verleihen, daß es endlich gelingt, wieder eine ordnungsmäßige Budgetdebatte in diesem hohen Hause abzuführen. War es doch seit dem Jahre 1910 nicht mehr möglich, ein ordnungsmäßiges Finanzgesetz zustande zu bringen, und es gebührt diesem hohen Hause der Ruhm, es trotz aller enormen Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergang, aus dem früheren Budget zum heutigen Budget ergeben haben, doch durchgesetzt zu haben, daß wieder eine eingehende und erschöpfende Beratung des Finanzgesetzes Platz greifen kann. Hierfür gebührt meines Erachtens in erster Linie dem Herrn Generalberichterstatter Dr. Bauer ein Wort besonderen Dankes, zumal er es sich nicht verdriezen ließ, die Biffernansätze mehrfach neu zu ermitteln, wie dies durch

die Notwendigkeit geboten wär, dem ursprünglichen Finanzgesetz zwei Nachträge nachfolgen zu lassen, welche eben durch die aufopfernde Arbeit des Herrn Generalberichterstatters bereits in dem Ihnen heute vorliegenden Staatsvoranschlag hineinverarbeitet erscheinen.

Aus der Tatsache, daß wir schon zwei Nachträge einbringen müssten, erhebt, daß die Ziffernanfänge des Präliminars auf durchaus unsicheren Grundlagen beruhen, was ja bei den ungeheuren Umwälzungen, welche wir im Wirtschaftsleben von Tag zu Tag und Woche zu Woche erleben, nicht wundernehmen kann. Ich will daher auch nicht verschweigen, daß wir schon innerhalb sehr kurzer Zeit genötigt sein werden, einen dritten Nachtrag zum Finanzgesetz einzubringen, ich hoffe so rechtzeitig, daß es möglich sein wird, auch die Ziffern dieses Nachtrages noch in dem zu verabschiedenden Finanzgesetz selbst zu berücksichtigen.

Hohes Haus! Die Schwierigkeiten in der Aufstellung des Finanzvoranschlages beruhen in erster Linie darauf, daß wir einen sicheren Wertmesser heute nicht mehr besitzen, daß unser Geld den Charakter der Stabilität vollständig eingebüßt hat und infolge der eingetretenen Geldentwertung daher auch die Preisansätze aller Art fortwährenden Veränderungen ausgesetzt sind. Gestatten Sie mir daher, daß ich über dieses Thema einige Worte zunächst vorausschicke.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß während der letzten sechs Monate noch eine Weiterentwicklung der Geldentwertung eingetreten ist. Aber, wenn es nach einem alten Sprichwort ein Trost ist, im Unglück Genossen zu haben, so soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß wir in dieser Situation keineswegs alleinstehen, daß unsere Geldentwertung, was in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet wird, in keiner Weise stärker und rascher während der letzten Zeit vorgeschritten ist, als in den anderen Ländern, welche unter ungleich günstigeren Verhältnissen leben. Wenn Sie sich eine Kurstabellen ansehen und die Daten zum Beispiel des 16. Oktober ins Auge fassen, so werden Sie sehen, daß die österreichische Währung von diesem Zeitpunkte ab weniger entwertet und herabgeglitten ist als die deutsche Währung, die italienische Währung und die französische Währung. Alle diese Währungen haben seit diesem Zeitpunkte eine größere Entwertung erlitten, als die unsere und wir können also darin einen gewissen Trost finden, daß auch andere Währungen den Folgen der enormen Erschütterungen durch den Weltkrieg nicht besser standzuhalten vermögen als unsere eigene. Nichtsdestoweniger bin ich weit davon entfernt, den Stand unseres Devisenkurses als einen irgendwie befriedigenden zu erachten, und es ist selbstverständlich, daß alle unsere Bestrebungen nach wie vor

darauf gerichtet sein müssen, in dieser Richtung jede weitere Verschlechterung abzuwehren und unentwegt auf Besserungen dieses Verhältnisses, dieses Kurses hinzuwirken.

Ich glaube aber nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann durch das in der Öffentlichkeit immer wieder auftauchende Gerücht, daß in Österreich eine neuzeitliche Abstempelung der Noten geplant sei.

Hohes Haus! Ich habe schon wiederholt in aller Form offiziell dementieren lassen, daß wir uns mit einem solchen Plan beschäftigen. Nichtsdestoweniger wurde auch gestern wieder an der Börse in aller Ausführlichkeit dieser Plan erörtert und es wurde sogar ganz bestimmt behauptet, daß die geplante Notenabstempelung am 24. oder 26. d. M. durchgeführt sein wird, daß dann neue Noten ausgegeben würden und besonders phantastische Köpfe müssten auch bereits mitzuteilen, wie diese neuen Noten anzusehen werden. (Heiterkeit.)

Nun, Hohes Haus, wer von der Technik der Notenbank nur einige Ahnung hat, müßte wissen, daß ein Austausch unserer Noten gegen neue Noten in absehbarer Zeit schon rein technisch nicht bewerkstelligt werden kann, weil die Herstellung neuer Noten einen Zeitraum von vielen Monaten in Anspruch nehmen würde. Aber ganz abgesehen davon, stehe ich und steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß durch eine neuzeitliche Notenabstempelung in unserem Gebiete absolut nichts erreicht werden könnte; insolange wir an die Stelle der heutigen Note nicht eine ihrem inneren Wesen nach bessere Note zu setzen vermögen, hat meines Erachtens die Abstempelung keinerlei praktischen Sinn und insbesondere würde ich es in unserer Situation für durchaus verfehlt halten, diese Operation etwa mit einer Zwangsanleihe verbinden zu wollen. Eine Zwangsanleihe ist an sich eine rohe Operation, jedenfalls eine Operation, die wesentlich schlechter ist als eine einmalige Vermögensabgabe; aber eine Zwangsanleihe, die von vornherein nur auf die Notenbesitzer, auf die Besitzer von Bargeld in einem bestimmten Zeitpunkte abgestellt ist, ist gewiß die allerrohste Form und würde in keiner Weise volkswirtschaftlich und finanzpolitisch verantwortet werden können, wenn man sich der Hoffnung hingeben darf, etwas besseres an die Stelle setzen zu können, und dieses bessere ist meiner vollen Überzeugung nach die einmalige Vermögensabgabe, deren Beratung ja im Ausschusse im vollen Flusse ist und, wie ich hoffe, doch in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Abschluß gelangen wird.

Angesichts dieser Tatsache kann ich nur nochmals von dieser Stelle aus nachdrücklich betonen, daß eine Notenabstempelung bei uns nicht in Aussicht genommen ist und die diesfälligen Gerüchte

daher auf völliger Unorientiertheit, wenn nicht, was mir geradezu immer wahrscheinlicher wird, auf ganz bestimmten tendenziösen Absichten der Verbreiter dieser Gerüchte beruhen.

Die Geldentwertung, von der ich gesprochen habe, führt naturgemäß zu fortgesetzten Preisrevolutionen, die wieder auf unseren Staatshaushalt nachdrücklichst einwirken. Zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes unseres Budgets müssen wir dieser Entwicklung folgen. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß der Staat alle Konsequenzen der Geldentwertung auf der Ausgabenseite auf sich nimmt, ohne hieraus Konfusionen auch rücksichtlich der Einnahmenseite für sich zu ziehen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus war ich genötigt, in der Preisbildung der staatlich bewirtschafteten und der Monopolartikel starke Eingriffe vorzunehmen. Ich habe angeichts der wesentlich höheren Gestehungskosten, insbesondere auch des Mehles dahin wirken müssen, daß eine Erhöhung des Mehlspreises durchgeführt wurde. Ich möchte aber gegenüber den Ausführungen des Herrn Generalberichterstatters betonen, daß die Preiserhöhung des Mehles auch nicht entfernt so weit reicht, daß die Gestehungskosten des Mehles gedeckt wären, so daß auch eine Besserung unserer Valuta, wie sie in den letzten Wochen eingetreten ist, uns leider Gottes noch lange nicht in die Lage versetzt, auch nur ohne Verlust aus dem Mehlgeschäft herauszukommen, so daß die Hoffnung, wegen Besserung unserer Valuta eine Ermäßigung des Mehls- und Brotpreises einzutreten lassen zu können, leider als eine verfrühte und vorzeitige bezeichnet werden muß.

Ich habe mich aber bis auf weiteres damit abfinden müssen, daß wir bei dem Mehl als dem unethischsten Lebensmittel ganz erhebliche Preisdifferenzen zu Lasten des Staates übernehmen. Hingegen mußte ich bei allen anderen nicht so lebensnotwendigen Artikeln allerdings nachdrücklich dahin wirken, daß die Verluste, die der Staat bei diesen Artikeln erleidet, auf das geringstmögliche Maß herabgedrückt werden, und es ist insbesondere beim Fleisch das Ziel im Auge behalten worden, daß hieraus ein Verlust für den Staat nicht resultieren darf. Noch viel energischer mußte ich diesen Gesichtspunkt natürlich bei den staatlichen Monopolartikeln verfolgen, weil es doch absolut nicht anängig erschien, daß der Staat bei Artikeln, welche er zum Zwecke der Erzielung besonderer Steuergewinne an sich gezogen hat, einen Verlust erleidet. Aus diesem Gesichtspunkte mußte daher das Salz mit Rücksicht auf die enorm gestiegenen Gestehungskosten und Arbeitslöhne mehrfach erhöht werden, aus diesem Gesichtspunkte mußten in der letzten Zeit insbesondere auch die Tabakpreise bedeutend gesteigert werden. Denn es war ein offenbar ganz unhaltbarer Zustand, daß der Staat bei jeder

Zigarette, die er verkaufte, dem Raucher direkt ein Geschenk von 1 bis $1\frac{1}{2}$ K und noch mehr, je nach der Qualität der Zigarette gemacht hat, und es mußte zumindest mit aller Energie getrachtet werden, die Preise für die Tabakfabrikate derart zu erstellen, daß der Staat wieder in die Lage komme, Rohtabake nachzuschaffen.

Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unverwähnt lassen, daß die Verhandlungen bezüglich des Tabakmonopols in der ursprünglich geplanten Form nicht zum Ziele geführt haben, da sich einerseits in der Reparationskommission ein starker Widerstand gegen die Verwirklichung dieses Projektes geltend gemacht, andererseits aber auch das ausländische Kapital die in diesem Geschäft gelegenen Risiken valutarischer Natur als zu groß empfunden hat. Es ist daher die Idee einer Veräußerung des Tabakmonopols gegen einen einmaligen großen Darlehensbetrag fallen gelassen worden und es steht jetzt nur noch die Modalität in Erwägung, den Betrieb des Tabakmonopols einer erfahrenen ausländischen Gesellschaft zu übertragen. Aber auch da erscheint mir nicht als unbedingt sicher, daß wir zu diesem Auswege werden greifen müssen, da die in den letzten Wochen eingetretene Entlastung unseres Devisenmarktes mich in die Lage versetzt hat, im Auslande wenigstens soviel Rohtabake anzuschaffen, daß für einige weitere Monate der Betrieb des staatlichen Tabakmonopols als gesichert angesehen werden darf.

Fast noch empfindlicher als auf der Einnahmenseite macht sich der Einfluß der Geldentwertung auf der Ausgabenseite unseres Budgets bemerkbar und hier ganz besonders bei den Personalauslagen, welche ja während der letzten Monate wohl die Hauptquelle der Sorgen des Staatssekretärs für Finanzen gebildet haben, da sie ein ganz ungeheueres Anschwollen der Ziffern mit sich gebracht haben. Das hohe Haar kann gewiß für sich in Anspruch nehmen, der Beamtenchaft bei Regulierung ihrer Gehalte das weitestmögliche Entgegenkommen erwiesen zu haben, es darf für sich aber auch den Ruhmestitel in Anspruch nehmen, gleichzeitig für die Pensionisten und für die Witwen und Waisen in einer Weise gesorgt zu haben, die, gemessen an unseren Verhältnissen, als eine umfassende bezeichnet werden muß. Ich glaube, daß wir durch diese Erhöhungen den Festangestellten geholfen haben, soweit es durch eine Aufbesserung des Geldeinkommens überhaupt möglich ist. Es muß aber in diesen Kreisen endlich erkannt und festgehalten werden, daß durch eine Aufbesserung des Geldeinkommens allein ihrer gewiß sehr tristen Lage nicht dauernd und wirksam abgeholfen werden kann.

Die Ursache dieser außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Festangestellten ist eben

darin zu erblicken, daß unser Realeinkommen, das Einkommen, welches unserer gesamten Bewohnerchaft zur Verfügung steht, ein ungenügendes ist und daß sich daher jedermann Entbehrungen aller Art auferlegen muß. Es kommt nicht auf die Höhe des Geldeinkommens, sondern auf die Höhe des Realeinkommens an. Dieses Realeinkommen kann aber nichts anderes sein als eine Quote des Gesamteinkommens, welches der Bewohnerchaft Österreichs überhaupt zusteht. Das Realeinkommen aber, hohes Haus, kann nur durch Anspannung aller Kräfte, durch Entwicklung aller Produktionsmöglichkeiten gebessert werden und nach dieser Richtung hin helfen offenbar keinerlei Streiks und Arbeits-einstellungen — die können in dieser Beziehung nur schaden, können niemandem nützen und die allgemeine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wird durch sie aufs äußerste gefährdet.

Wir begegnen ebensowohl bei der Beurteilung der Einnahmen- als der Ausgabenpolitik des Staates in unserer Öffentlichkeit einer ganz eigentümlichen Mentalität, die sich nie Rechenschaft darüber ablegt, was denn der Staat eigentlich ist; sie stellt sich den Staat mit Vorliebe als etwas über den Wolken Thronendes vor, das über unbeschränkte Mittel verfügt, das immer in der Lage sein müsse, an dasselbe herantretende Forderungen zu erfüllen. Wir müssen in dieser Richtung aufklärern auf die Öffentlichkeit wirken, ihr begreiflich machen, daß der Staat doch nichts anderes ist als die Gesamtheit der in seinem Gebiete hausenden Wirtschaften, daß daher dem Staat nichts genommen, vom Staat nichts gegeben werden kann, was nicht vorher diesen Privatwirtschaften in dieser oder jener Form entzogen worden ist. Schließlich muß jeder Aufwand des Staates von seinen Einwohnern gezahlt werden und deswegen muß man sich in den Anforderungen gegenüber dem Staat sowohl was eine Steigerung der Ausgaben als eine Zurückhaltung in der Einnahmenentwicklung anbelangt, gewisse Grenzen auferlegen.

Hohes Haus! Soweit nicht durch Einnahmensteigerung die erhöhten Auslagen gedeckt werden können, erübrigkt nur das oft empfohlene Mittel der Ausgabenersparung. Hier sind aber auch gute Ratschläge wesentlich billiger zu haben als die praktische Durchführung derselben. Es ist bei unseren außerordentlich komplizierten und verwickelten Verhältnissen leider nicht möglich, die gewiß wünschenswerten und gewiß anzustrebenden Ersparungen in der gebotenen Kürze der Zeit tatsächlich durchzuführen. Wir können uns nur schwer in den Übergang aus einem Großstaat in einen Kleinstaat hineinfinden und es ist ja auch nicht zu leugnen, daß sich aus diesem Übergang für uns ganz außerordentliche Schwierigkeiten ergeben. Wir haben hier

in Wien große Museen, wissenschaftliche Institute, wir haben ausgezeichnete Hoftheater gehabt, alles Dinge, die sich ein Großstaat leisten konnte, die aber ein Kleinstaat, wie wir es sind, niemals zu schaffen den Mut hätte haben dürfen. Nun sind wir ungewollte Erben dieser Herrlichkeiten und können uns natürlich nicht dazu verstehen, einfach diese Schätze deutscher Kultur und Wissenschaft zu abandonieren. Wir müssen vielfach, so schwer es uns fällt, in unseren kleingewordenen Verhältnissen diese Erbstücke aus einer größeren Vergangenheit mit uns fortführen. Wir müssen sie erhalten und es wird verlangt, daß wir sie weiter entwickeln. Das sind außerordentlich schwierige Kulturaufgaben, die uns da erwachsen, und es wird vieler Geduld, vieler Ausdauer bedürfen, hier einen befriedigenden Ausweg zu finden.

Auch begegnen wir der merkwürdigen Tatsache, daß, je ungünstiger sich unsere öffentlichen Verhältnisse gestalten, desto ungestümter die Anforderungen werden, die an den Staatschatz herantreten. Es werden immer neue Aufgaben, die bisher von anderen Schultern getragen worden sind, auf den Staat zu überwälzen gesucht. Ich betone hier, daß wir die Länderdotationen ganz außerordentlich zu steigern bemüfft waren, daß wir sukzessive bei den Volksschulen immer größere Quoten der Lasten auf uns genommen haben, daß wir bei dem letzten Nachtrag zum Befolbungsumbergangsgesetz genötigt waren, auch einen Teil der Ausgaben für die Landesbeamten und die Beamten der Landeshauptstädte auf uns zu nehmen, und weiters sehen wir, daß eine ganze Reihe von Institutionen, die bisher aus privaten oder aus Vereinsmitteln oder der gleichen bestritten waren, nunmehr dem Staat zugeschoben werden. Ich verweise in dieser Beziehung nur auf ein aktuelles Kapitel, das sind die Mädchenmittelschulen, deren Kosten bislang ausschließlich von Privatunternehmen oder Vereinen getragen worden waren, sich jetzt aber durch die ungünstigen Verhältnisse außerlande sehen, ihre Existenz auf der bisherigen Basis fortfzuführen und nunmehr an den Staat mit der Forderung herantreten, man möge diese Schulen verstaatlichen. Wir sehen also überall den Wunsch nach Übernahme neuer Ausgaben und Entwicklung der bisherigen Ausgaben und daneben tönt uns immer das Wort von den notwendigen Ersparungen in die Ohren. Ich begrüße ja jede diesbezügliche Mahnung und wirke in meinem Kreise nach meinen Kräften im gleichen Sinne. Ich glaube anführen zu können, daß in dieser Beziehung doch schon einige Fortschritte erzielt worden sind. Wir haben im Heereswesen alle Vorbereitungen zum Abbau durchgeführt und wir haben durch die Aufrüstung der Liquidation in Österreich die Möglichkeit einschneidender Eingriffe geschaffen und hiervon auch tatsächlich Gebrauch gemacht. Ich kann mit-

teilen, daß in den liquidierenden Stellen während der letzten Monate seit der Aufrüstierung bereits über 52 Prozent des Personals definitiv abgebaut worden sind. Es geschieht also nach der Richtung der Ersparungen an den Personalauslagen das Mögliche. Aber bei den übrigen Staatsämtern ist es außerordentlich schwer, unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Abbau des Personals durchzuführen, weil noch nicht jene genügende Verhinderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist, welche die Durchführung von Vereinfachungen ermöglichen würde. Ganz umgekehrt erweist jeder Tag, daß die bestehenden außerordentlichen Verhältnisse eine Mehranspruchnahme der Beamten nach sich ziehen, so daß ich wiederholt Anforderungen nach Vermehrung des Personals aussagezt sehe und nur selten in die Lage komme, eine Verminderung des Personals durchzuführen. Immerhin darf ich darauf verweisen, daß es mir während meiner Amtswirklichkeit gelungen ist, in dem ersten und zweiten Nachtrag zum ursprünglichen Budget wenigstens das bisherige Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben voll aufrecht zu erhalten und eine leichte Besserung zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Die durchgreifende Besserung, die natürlich angestrebt werden muß, wird sich in erster Linie ergeben, wenn das Steuerprogramm, welches ich vorzulegen mir erlaubt habe, durchgeführt sein wird und dem Staat aus diesen neuen Steuerquellen reichliche Einnahmen erschließen, und zweitens, wenn durch eine Besserung der Valuta und der Ernährungsverhältnisse die enormen Aufzahlungen, die der Staat bei den Lebensmitteln noch immer zu leisten genötigt ist, eine Verminderung erfahren.

Was das von mir vorgelegte Steuerbudget anbelangt, werde ich in kurzer Zeit eine kleine Ergänzung desselben vornehmen, indem ich eine Vorlage über die Neuregelung der Effektenumsatzsteuer einbringen werde, ferner eine Novelle über Erhöhungen der Gebührensätze und endlich auch eine Steuer für die Automobile — letztere weniger aus finanziellen Gründen und weniger, weil ich daraus eine erhebliche Vermehrung der staatlichen Einnahmen erwarte, da mir ja wohl bekannt ist, daß ich einen Großteil des Ertrages dieser Abgabe, wie das schon in der ersten Regierungsvorlage im ersten Dezennium dieses Jahrhunderts der Fall war, den autonomen Körperschaften, den Ländern und Gemeinden, werde überweisen müssen. Ich bringe die Automobilsteuer vielmehr lediglich aus abgabetechnischen Gründen ein, weil ich es der Natur dieser Steuer für entsprechend halte, daß sie vom Staat veranlagt und erhoben wird, während ich es für praktisch nicht gut möglich erachte, daß Gemeinden oder auch nur Länder diese Abgabe für ihren Territorialbereich einführen könnten.

Ich will aber das Steuerbudget auch in etwas erfreulicher Weise ergänzen, indem ich Maßnahmen zu beantragen entschlossen bin, welche eine Förderung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, unserer Produktionsverhältnisse ermöglichen sollen. In dieser Beziehung werde ich mir erlauben, in den nächsten Tagen eine Vorlage einzubringen, durch welche ausländisches Kapital, welches sich inländischen Produktionsunternehmungen zuwendet, schon jetzt die Befähigung erhält, von der künftigen einmaligen Vermögensabgabe nicht getroffen zu werden, denn es ist ja begreiflich, daß insolange diese Frage nicht entschieden ist, das Ausland davor zurückstehet, Kapitalien im Inlande zu investieren, solange es Gefahr läuft, daß von diesem neu investierten Kapital sofort eine große einmalige Vermögensabgabe an den Staat abzuführen wäre. Der Zweck dieser Vorlage ist, diese selbstverständliche Erwartung des ausländischen Kapitals schon in einem Zeitpunkt außer jeden Zweifel zu setzen, in welchem das Schicksal der einmaligen Vermögensabgabe noch nicht definitiv entschieden ist. Denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß hier jede Woche, welche verloren geht, für unsere Wirtschaft einen unwiederbringlichen Schaden bedeutet, daher es im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen ist, in diesem Punkte je eher volle Klarheit zu schaffen.

Die zweite produktionsfördernde Steuervorlage soll es ermöglichen, den sogenannten verlorenen Bauaufwand steuerfrei innerhalb kurzer Fristen abzuschreiben. Es ist ja notorisch, daß gegenwärtig jede Investitionstätigkeit, insbesondere die Arbeiter zur Erweiterung der Kohlenbergbäume und zur Ausnutzung unserer Wasserkräfte mit ganz außerordentlichen Kosten verbunden sind. Das schreckt die Unternehmer ab, schon im gegenwärtigen Augenblick an die Durchführung derartiger Investitionen zu schreiten. Ich habe aber mit diesen Kreisen mehrfach Fühlung genommen und habe mit ihnen ein Programm durchgesprochen, welches sie und ich als durchführbar erkannt haben. Es besteht darin, daß man den Unternehmern die Aussicht eröffnet, die Mehrkosten, die ihnen durch die sofortige Durchführung derartiger Investitionen gegenüber der Möglichkeit erwachsen, Investitionen erst in späteren Jahren bei verbilligten Preisen durchzuführen, daß man ihnen, sage ich, ermöglicht, diese Mehrkosten aus den während der nächsten Zeit wahrscheinlich besonders hohen Erträgnissen dieser Unternehmungen steuerfrei abzuschreiben. Wenn ich heute einen Kohlenbergbau in die Lage versetze, forcirt aufzurichten, so wird er während der nächsten Jahre die Kohle zu besonders günstigen Preisen absezten können. Wenn ich heute ein Elektrizitätswerk errichten kann, so wird es während der nächsten Jahre besonders hohe Strompreise erzielen können, weil ja auch die kalorische Kraftzeugung zufolge

der hohen Kohlenpreise sich ausnehmend hoch stellt. Ich muß nur diese Unternehmungen dazu veranlassen, diese Mehrerträge aus den hohen Preisen zu einer forcierten Abschreibung der Mehrkosten der Investitionen zu verwenden. Es wird dann dem Unternehmer innerhalb sechs bis zehn Jahren die Investition nicht höher zu Buche stehen, als wenn er sie unter normalen Verhältnissen errichtet hätte, und er wird dadurch in der Lage sein, schon jetzt die Investition durchzuführen und die Vorteile dieser Investition unserer Volkswirtschaft schon in allernächster Zeit zukommen zu lassen. Ich halte eine derartige Belebung unserer Volkswirtschaft für ganz außerordentlich wichtig, denn ich stehe ja auf dem Standpunkt, daß wir die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur durch Steigerung unserer Produktion nach jeder Richtung hin zu bessern vermögen.

Soweit, hohes Haus, trotz Ersparungsmaßnahmen und trotz Steigerung der Einnahmen ein unbedecktes Defizit in unserem Staatshaushalt verbleibt, erübrigt natürlich nichts anderes, als es im Wege des Kredits zu bedecken. Hier möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Verhältnisse sich seit Oktober für Österreich wesentlich ungünstiger gestaltet hatten als in der vorangegangenen Zeit, weil ja mit September oder Oktober die bisherigen Zuflüsse aus dem 48 Millionen-Dollarkredit erschöpft waren und daher der Staat genötigt war, von diesem Zeitpunkt an, sich alles durch eigene Kraft zu verschaffen. Es mussten also alle Neuanschaffungen von Lebensmitteln durch unsere eigenen Mittel bestritten werden und das führte allerdings dazu, daß, während bis September und Oktober die Notenpresse nur in geringerem Maße in Anspruch genommen werden mußte, von da ab eine stärkere Finanzspruchnahme der Notenpresse leider unvermeidlich war. Wir haben daher seit Oktober allerdings eine erhebliche Steigerung der Notenzirkulation, trotzdem ich mit allen Kräften bemüht war, die Finanzspruchnahme der Notenpresse auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Insbesondere habe ich danach getrachtet, wieder die normalen Wege der Kreditbefriedigung zu beschreiten und ich habe in dieser Richtung ja den allerdings vielleicht noch kühnen Versuch gemacht, eine Losanleihe auf den Markt zu bringen. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß die Ergebnisse der Zeichnung als nicht ungünstige angesehen werden können und daß insbesondere der in erster Linie angestrebte Zweck, die Mittel zur Einlösung der ersten Kriegsanleihe zu beschaffen, jedenfalls erreicht werden und darüber hinaus wohl auch noch eine kleine Stärkung unserer Kassenbestände zu erzielen sein wird.

Die Subskription unterliegt besonders großen Schwierigkeiten, da ja die Operation des Umtausches der Kriegsanleihe einigen Hindernissen begegnete,

zumal die Kriegsanleihenotstrifizierung noch nicht überall durchgeführt war und sich in der Manipulation der Kriegsanleihe vielfach Schwierigkeiten ergeben haben, endlich ja auch die ganze Subskription etwas komplizierter war als bei anderen Anleihen und die Verkehrshindernisse gleichfalls eine Aufklärungstätigkeit bedeutend erschwert haben. Die Subskription kommt daher eigentlich erst jetzt in Fluss. Wir erhalten gerade in den letzten Tagen befriedigende Nachrichten über den Fortgang der Zeichnungen auf dem Lande und das veranlaßt mich auch, eine nochmalige Verlängerung des Subskriptionstermines ins Auge zu fassen. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnen, an die Mitglieder der hohen Nationalversammlung nochmals den dringenden Appell zu richten, doch auch in ihren Kreisen eine rege Propagandatätigkeit für diese Losanleihe zu entwickeln, weil das Gelingen dieser Anleihe nicht nur für unsere inländischen Verhältnisse, sondern noch mehr für die ausländische Beurteilung unserer finanziellen Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Es ist ein unmögliches Zustand, daß unsere Republik fortwährend im Ausland den Appell auf Einräumung von Kredit erhebt, die eigene Bevölkerung aber nicht mit allen Mitteln dazu veranlaßt, eine ihr gebotene Gelegenheit, dem Staat im Inlande Kredit zu gewähren, voll auszunutzen. Ich bitte also nochmals, die letzten Wochen, die sich für die Subskription der Losanleihe ergeben, dazu auszunutzen zu wollen, in den Kreisen der Wählerschaft und der Bevölkerung aufklärend und anfeuernd zu wirken.

Wirksam noch als die hier versuchte inländische Kredithilfe wird für uns die ausländische Kredithilfe sein, von welcher ich Gott sei Dank nicht mehr als einer bloß erbetenen oder in Erwartung stehenden sprechen muß, sondern von welcher ich positiv mitteilen kann, daß sowohl von Amerika als von England und Italien diesbezüglich schon ganz positive Zusagen vorliegen und auch aus den neutralen Staaten mehrfache Mitteilungen in dem Sinne eingelaufen sind, daß auch sie sich an der internationalen Kredithilfe für Österreich beteiligen werden. Morgen wird diesbezüglich in Paris eine Beratung der beteiligten Staaten stattfinden und wir dürfen mit Zuversicht erwarten, daß das Ergebnis dieser Beratungen nach zwei Richtungen hin ein für uns günstiges sein wird. Nicht nur, daß uns Lebensmittelkredite wenigstens bis in den Herbst hinein gesichert sein werden, sondern auch darüber hinaus werden uns auch Kredite für die Beschaffung von Rohstoffen zugesichert sein, welche die Eingangsetzung unserer heimischen Produktion ermöglichen werden. Wichtiger als Lebensmittelkredite sind ja unzweifelhaft jene Rohstoffkredite, welche die Fähigkeit in sich tragen, sich aus sich selbst heraus

immer wieder zu erneuern, die Möglichkeit zu schaffen, durch den Export eines Teiles der importierten Waren fortgesetzt wieder Rohmaterial für die heimische Produktion anzuschaffen. Das Problem, welches in letzter Beziehung zu lösen ist, ist in letzterer Linie nur ein organisatorisches. Es wird sich darum handeln, derartige Institutionen zu schaffen, welche den Kredit Gewährenden Sicherheit für die dargeliehenen Kapitalien während der ganzen Dauer des Produktionsprozesses bieten. In dieser Richtung sind schon bedeutende Vorstudien gemacht, wir haben auch schon ein Vorbild hierfür in dem deutsch-amerikanischen Übereinkommen und ich hoffe zuversichtlich, daß es möglich sein wird, mit der ja jetzt gerade auf einer Informationsreise durch Mitteleuropa befindlichen Morgan-Gruppe diesbezüglich zu Abmachungen zu kommen.

Wir werden also unsere Kreditnot in der nächsten Zeit befriedigt sehen. Wir werden aber alles daran setzen müssen, die uns so gebotene Spanne Zeit voll dazu auszunutzen, uns mit Hilfe dieses ausländischen Kredits wieder auf eigene Füße zu stellen. Wir müssen alles daran setzen, in dieser Zeit Kräfte zu sammeln, damit wir uns dann aus eigenem weiterhin unsere Lebensbedürfnisse erkämpfen können. Wir dürfen uns keinesfalls darauf verlassen, dauernd durch das Ausland mit Krediten und Lebensmittellieferungen unterstützt zu werden. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um mit der uns gebotenen Kredithilfe die Produktion im Lande selbst so zu entwickeln, daß wir weiterhin auf eigenen Füßen stehen können. Das wird großen Schwierigkeiten begegnen, es wird große Opfer erfordern. Es wird aber gelingen, so wie es ja auch im Staatshaushalt gelingen wird, durch aufopfernde Hingabe der steuerpflichtigen Bevölkerung und durch verständnisvolle Ersparungstätigkeit aller berufenen Faktoren das Gleichgewicht im Staatshaushalte wieder zu erzielen.

Das Eingehen in die Beratung des Finanzgesetzes scheint mir in dieser Richtung ein verheizungsvoller Schritt, den ich noch einmal auf das wärmtste begrüße. In diesem Sinne bitte ich das hohe Haus, in die Beratung des Finanzgesetzes einzutreten zu wollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kraft. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kraft: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär für Finanzen und der Herr Generalberichterstatter haben sich zu Eingang ihrer Rede zuerst mit den Nachtragskrediten und dann zum Teile mit den Ursachen des Verfalles unseres Staatshaushalttes, der Staatshaushaltsrechnung be-

schäftigt. Insbesondere der Herr Generalberichterstatter hat den Verfall unseres Geldwesens, die Entwertung unserer Krone insoweit zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen genommen, als er die Geldentwertung als die eigentlich tragende Ursache unseres Defizits bezeichnete. Ich kann dem Herrn Generalberichterstatter in diesem Punkte nur vollständig beipflichten. Es handelt sich aber um die Frage, wodurch diese Entwertung unserer Krone zu Stande gekommen ist und ob sie in dem bestehenden Ausmaße nicht hätte vermieden werden können. In dieser Beziehung sehe ich die Sachlage allerdings von einer andern Seite. Wir wissen, daß noch im Februar des Jahres 1919 ein Notenumlauf von ungefähr 55 Milliarden bestand und daß das Defizit in dieser Zeit ungefähr auf 5 bis 6 Milliarden geschätzt wurde. Von dieser Zeit an datiert die Entwertung der Krone, die, wie gesagt, die beiden Herren als Grundlage des Defizits genommen haben.

Was war nun die Ursache, daß die Entwertung der Krone in so rapider, in so entsetzlicher und katastrophaler Weise fortgeschritten ist? Zwei Hauptursachen können wir hier unterscheiden. Die erste, daß wir durch die längste Zeit der Verschlechterung der Krone in keiner Weise entgegengearbeitet haben und in zweiter Reihe die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft.

Es ist ganz sicher, daß der Krieg mit der Vernichtung der Güter begonnen hat und uns von den Naturalien entblößte, daß er unsere Volkswirtschaft, unsere Produktion zum Stillstand brachte und daß man von diesem Zeitpunkt an mit einem Verfall des Staatshaushaltes rechnen müßte. Die Beschränkung dieses Verfalles ist jedoch eine Sache, die unserer Betrachtung viel näher steht. Sie ist dadurch hervorgerufen, daß wir nicht rechtzeitig jene Umkehr bewerkstelligten, die notwendig gewesen wäre, um den Folgen der Kriegswirtschaft entgegenzuwirken.

Die Kriegswirtschaft hat den Zwangskurs der Krone eingeführt; der Staat hat defretiert, diese Krone ist soundso viel wert, beispielsweise 10 K sind gleich einem Kilogramm Rindfleisch. Dieses Defret des Staates, aufgebaut auf der staatlichen Geldtheorie, mußte natürlich versagen. Um diese Theorie aufrecht zu erhalten, mußte eine Reihe von Zwangsmafzregeln eingeführt werden. Je schlechter der Stand der Krone wurde, desto schärfer müssen die Maßregeln werden, aber, wie der Herr Berichterstatter Dr. Bauer selbst ausgeführt hat, weiß er ganz gut und die Geschichte aller Staaten und aller Zeiten bestätigt es, daß staatliche Maßnahmen mit ihren Mitteln den wirklichen volkswirtschaftlichen Ereignissen und volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nie wirksam entgegenwirken können.

Wir haben also bezüglich der Erhaltung unserer Krone eigentlich nichts vorgesorgt. Das letztemal ist dies geschehen, als Staatssekretär Dr. Steinwender noch ein Anlehen ausgelegt hat, und das war der Abschied unserer wirtschaftlichen Maßnahmen überhaupt. Dann ist über ein Jahr fast nichts geschehen; wir haben weder an eine Zwangsanleihe gedacht noch haben wir neue Steuern vorgelegt, kurz und gut, es ist vor und während des Saint Germainer Friedens bis zum Jänner 1920 in finanzpolitischer Beziehung nichts geschehen.

Nun sagt uns der Herr Generalberichterstatter, daß eigentlich ein großer Pessimismus in Beziehung auf das Defizit nicht ganz gerechtfertigt wäre. Er glaubt, daß mit der Erholung der Volkswirtschaft — ich pflichte ihm vollständig bei — auch die Geldwirtschaft unseres Staates, die Haushaltung unseres Staates wieder auf ein geordnetes Niveau zurückkehren wird. Ich bin hingegen der Meinung, daß bei dem vorhandenen Geldwesen überhaupt weder an eine teilweise Beseitigung des Defizites noch an eine aktive Zahlungsbilanz, die ja selbstverständlich das Ergebnis eines solchen volkswirtschaftlichen Prozesses sein müßte, gedacht werden kann.

Herr Staatssekretär Dr. Reisch hat uns über die Entwertung der Krone einige Mitteilungen gemacht, die er ja auch bereits dem Finanzausschusse unterbreitet hat. Er hat uns erklärt, daß nach der Erschöpfung des 48 Millionen-Dollarkredites im Herbst dieses Jahres der Staat nur mehr mit der Banknotenpresse arbeiten müßte, daß wir Banknoten auf die ausländischen Märkte brachten. Auf den ausländischen Märkten hatte nunmehr diese Flut von einlaufenden Banknoten eine kolossale Entwertung unserer Krone zur Folge. Diese Entwertung der Krone übte natürlich den bedeutendsten Einfluß auf den Kursstand der Krone und infolgedessen traten die empfindlichsten Kursverluste ein. Der 48 Millionen-Dollarkredit — und das hat der Herr Staatssekretär Dr. Reisch nicht gesagt — ging größtenteils oder zumindestens zu sehr großem Teile auf Kursverluste wieder verloren, welche die verschiedenen zwangswirtschaftlichen Zentralen aus dem Einkauf, respektive Verkauf dieser Waren erlitten haben. Die Eingänge aus dem 48 Millionen-Dollarkredit konnten in keiner Weise für unsere Finanzen zur Verfügung gestellt werden.

Und wie wird nun das Bild künftig werden? Wir nehmen nun demnächst von den Staaten einen größeren Milliardenkredit für unsere Bedarfssartikel, hauptsächlich für Lebensmittel in Anspruch. Dieser Kredit wird eine bedeutende Summe ausmachen und nun können wir zweierlei annehmen: Entweder wird dieser Millionen-, respektive umgerechnet in Kronenwährung Milliardenkredit zur teilweisen

Deckung unseres Defizits verwendet oder er wird zur Anlage eines Rückzahlungsdepots, eines Reservefonds zur Rückzahlung des Kredites verwendet. Ist das erstere der Fall, daß nämlich dieser Millionenkredit tatsächlich dazu verwendet wird, um unser Defizit etwas zu erniedrigen, dann wird der Staatssekretär für Finanzen allerdings in den nächsten Monaten aus dieser Quelle gespeist und unsere Neuabschöpfung an Banknoten wird selbstverständlich ein weitaus geringes Maß annehmen. Bei dem derzeitigen Defizit von ungefähr 15 Milliarden — der Berichterstatter weist ungefähr 9 Milliarden aus —, doch mit den Nachtragskrediten und nach jenen Schätzungen, die wir auf Grundlage der Beamtengehalts erhöhungen machen dürfen, können wir ganz gut mit mindestens 15 Milliarden rechnen, ohne daß wir den ausländischen Kredit hier mit in Rechnung ziehen, ergibt das mindestens $\frac{2}{10}$, $\frac{3}{10}$, $\frac{4}{10}$ Milliarden Abgang pro Monat. Dieser Abgang muß gedeckt werden. Wenn wir nun, anstatt aus diesem Fonds den ausländischen Kredit zu bezahlen, den ausländischen Kredit dazu benutzen, um das Defizit zu decken, dann wird natürlich ein bedeutend geringerer Banknotendruck nötig sein. Unsere Kreditfähigkeit wird aber wahrscheinlich vernichtet. Benutzen wir ihn aber als ordentlicher Kaufmann, als guter Hausvater nicht dazu, sondern legen wir ein Rückzahlungsdepot an, dann wird unser Defizit selbstverständlich um $1\frac{1}{2}$ Milliarden monatlich steigen und wir werden schließlich bis zum Herbst dieses Jahres eine Banknotenvermehrung, ganz gering gerechnet, von 9 bis 10 Milliarden haben.

Der Optimismus bezüglich der Defizitdeckung wird aber auch noch aus einer anderen Quelle gespeist, und zwar aus der Hoffnung auf neue Eingänge von Steuern. Wie verhält es sich nun mit den Steuereingängen? Die Eingänge aus der Erhöhung der Steuern und die Eingänge aus der Vermögensabgabe decken nach dem Voranschlag, respektive nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs für Finanzen ungefähr 2,2 Milliarden. Nun rechnen wir dazu, daß die Vermögensabgabe in einem beschleunigteren Tempo eingehoben werden könnte, in vier Raten oder in zwei Raten, so bekommen wir, nachdem es sich nicht auf die ganze Vermögensabgabe, sondern nur auf den erfaßbaren Teil erstreckt, vielleicht auch nur einen Teil von ungefähr 4 Milliarden. Das Defizit bleibt also immerhin noch 12 bis 14 Milliarden. Bei unserer Rechnung kommt es wirklich auf ein paar Milliarden nicht an. Das Defizit wird also auf 12 bis 14 Milliarden steigen, trotz der sehr empfindlichen Steuern.

Ich sehe also nicht so optimistisch in die Zukunft, wie der Herr Staatssekretär und der Herr Generalberichterstatter es tun. Ich muß sagen,

daß ich die größten Befürchtungen hege, daß wir im Herbst dieses Jahres tatsächlich schon vor einer Katastrophe stehen. Denn diese Vermehrung der Banknoten sei es auf diese oder jene Weise, entweder durch Staatsnoten oder Banknoten, muß schließlich zum Ende der Assignatenwirtschaft führen. Das ist das Gebot der historischen Entwicklung und daraus kann ich selbstverständlich auch nicht die berechtigte Hoffnung schöpfen, daß es gelingen wird, den Wert unserer Krone zu heben.

Auch über dieses Gebiet ließe sich viel sagen. Die Hebung unseres Kronenkurses hat ja, wie der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, mannigfache Folgen. Der Herr Staatssekretär Schumpeter oder sein Vorgänger hat in irgendeinem Berichte, der mir nicht ganz erinnerlich ist, die Hoffnung ausgesprochen, daß es vielleicht gelingen wird, den Wert unserer Krone wieder auf 20 Prozent zu bringen. Das ist nach der heutigen Sachlage, nachdem sich die Anpassung an den Weltmarktpreis auf dem tiefsten Stand der Valuta vollzogen hat, gar nicht mehr möglich. Ich bitte, ein ganz populäres Beispiel. Ein mehr oder weniger qualifizierter Arbeiter bezieht heute zwischen 50.000 und 80.000 K. Wenn er sie jetzt nicht bezieht, so wird er sie in einigen Monaten beziehen. Diese 80.000 K. auf 20 Prozent umgerechnet, ergeben 16.000 Goldkronen oder Schweizer Goldfranken, die von unserer Industrie gar nicht getragen werden können. Das ist selbstverständlich schon eine Karikatur, denn 20 Prozent werden wirklich gar nicht mehr angestrebt. Aber auch ein niedrigerer Satz würde eine derartige Wirkung auf unsere Industrie ausüben, daß er tatsächlich den Import zugrunderichten müßte. Und da nun ein Abbau der Löhne und Gehälter fast unmöglich erscheint, tatsächlich schon aus politischen Gründen, und große Körperschaften wie die Gewerkschaften zugrunderichten müßte — denn diese Abwärtsbewegung vollzieht sich nicht einfach und leicht, sondern unter großen wirtschaftlichen Störungen unter Streiks und Gewaltanwendung —, nachdem ein starker Abbau dieser Löhne und Gehälter wirklich nicht erzielt werden kann, so ist damit das Steigen unserer Goldkrone schon begrenzt. Die Höhe des Kursstandes ist daher sehr niedrig begrenzt.

Sie läßt sich über ein gewisses Maß, kaum über sieben oder acht Prozent hinaus, erhöhen. Das hat vielleicht ganz gute Seiten. Die schlechte Währung ist eine Exportprämie, aber sie bedeutet dafür den Verlust von ungefähr 90 Prozent des größten Teiles ihres Vermögens für diejenigen, die dem Staat ihr Geld anvertraut oder die den Ländern oder anderen Körperschaften ihr Geld als Anlehen gegeben haben. Bei dieser Sachlage kann ich wirklich an so günstige Aussichten, wie sie die beiden Herren uns vor Augen geführt oder min-

destens angedeutet haben, nicht denken. Ich glaube, daß wir tatsächlich einer Situation entgegensteuern, in welcher mit irgendeiner, vielleicht mit einer diktatorischen Gewalt Ordnung gemacht werden wird.

Nun fragen wir uns: Mußte es denn wirklich so weit kommen? Die Einnahmen aus den Steuern und Abgaben, die ich bereits früher angeführt habe, werden ja alle erst im Jahre 1921 wirksam. Selbst die Vermögensabgabe, die ja nur einen kleinen Teil des Defizits deckt, wird, selbst wenn sie in zwei Raten gezahlt wird, zu einem Teil erst im Jahre 1921 wirksam. Sämtliche anderen Steuern werden ebenfalls erst im Jahre 1921, ein Teil davon erst im Jahre 1922 wirksam. Daß sie also einen großen Einfluß auf unser Defizit auszuüben vermögen, halte ich für vollständig ausgeschlossen. Ich glaube daher, daß auch das versagt.

Ich habe seinerzeit im Unterausschusse für die Vermögensabgabe, um eine raschere Hereinbringung von Bargeldmitteln zu ermöglichen, an eine Staatsanleihe vom Vermögen gedacht, an eine Staatsanleihe, die sofort fällig gewesen und in vereinfachter Form, beispielsweise nur durch Einzahlung bei den Banken, mit gleichzeitiger Beibringung eines Vermögensbekenntnisses hereingezubringen gewesen wäre. Diese Gelder wären in kürzester Zeit ohne großes burokratisches Verfahren sofort gesammelt worden und der betreffende Einreicher dieses Geldbetrages hätte dann einen Schuldchein bekommen, den er bei der Vermögensabgabe hätte verwenden können. Mit dieser Meinung bin ich natürlich allein geblieben. Es werden gewisse große Bedenken hier angeführt, die ich nicht teilen kann, auf die ich aber andererseits hier nicht eingehen will. Aber ein sehr rasches Verfahren ist eigentlich das einzige Mittel, um wenigstens teilweise aus dieser wirklich schrecklichen Situation herauszukommen.

Und, sehr geehrter Herr Staatssekretär, die Meinung der Leute auf der Börse, daß eine Zwangsanleihe, eine Retention, das heißt eine Rückbehaltung der Noten mit einer neuen Abstempelung kommen wird, röhrt offenbar aus dem Gedankengange her, daß die Menschen sich sagen: Wenn der Staat wirklich etwas machen will, muß er einen Teil des Bargeldes, daß ja sonst gar nicht erfassbar ist, das sich nicht nur in den Händen der Landwirtschaft, sondern hauptsächlich in den Händen jener Schieber und Händler befindet, die viel Bargeld und sofort Bargeld brauchen (Zustimmung) und die nicht erfassbar sind — auch wahrscheinlich durch eine Vermögensabgabe nicht fassbar sind — die Börse denkt sich also: warum nimmt der Staatssekretär das nicht? Das ist das einzige Mittel, um tatsächlich eine größere Absaung herbeizuführen. Und wenn der Herr Staatssekretär auf der einen Seite erklärt, er würde sich aus einer Absaung des Geldes, wenn dem Gelde nicht ein anderes Rück-

grat gegeben würde, nichts versprechen, so steht der Herr Berichterstatter wieder auf dem gegenteiligen Standpunkte, welcher gerade meint — und ich schließe mich seiner Meinung an —, daß man immerhin, man mag nun der Quantitätstheorie oder der Kaufkrafttheorie, das ist gleichgültig, anhängen, auch eine entsprechende Verringerung der Noten tatsächlich eine entsprechende Hebung des Geldwertes erzielt. Das ist auch im ersten Paragraphen der Vorlage über die Vermögensabgabe dargestellt und es soll das wichtigste Motiv für die Vermögensabgabe bilden. Diese Zwangsanleihe hätte gewiß ihren Erfolg gehabt und gewiß viel rascher gewirkt als irgend etwas.

Was nun die Rückbehaltung der Noten anbelangt, so hätte sie gewiß nicht in der brutalen Art durchgeführt werden müssen, wie es in Ungarn und in der Tschecho-Slowakei geschehen ist. Aber ich finde es für kein so großes Unglück, wenn man tatsächlich 20 oder 25 Prozent der Noten zurück behalten hätte. Die Einwendung, die dagegen erhoben wird, ist hauptsächlich die, daß man die Noten nicht allein nehmen dürfe, dann müsse man selbstverständlich das ganze Abstempelungsverfahren durchführen, man müsse die Sparkasseneinlagen und sämtliche Papiere usw. wieder aufnehmen, um der sozialen Gerechtigkeit Genüge leisten zu können. Nun mit der sozialen Gerechtigkeit ist es eine eigene Sache, denn auch bei der Vermögensabgabe wird der sozialen Gerechtigkeit selbstverständlich nicht vollständig Genüge geleistet, es wird eine solche Unsumme von Ungerechtigkeit übrig bleiben, daß ich — ohne mich auf den Propheten hinauszuspielen — schon sagen kann, die Unzufriedenheit wird gewiß nicht kleiner werden, als wenn wir zuerst eine Zwangsanleihe vorausgeschickt hätten.

Ein zweiter Punkt, weshalb ich bezüglich der wesentlichen Besserung der Krone weniger optimistisch bin, ist der, daß auch historisch gar kein Beispiel besteht, daß aus einem derartig beispiellosen Verfalle einer Währung überhaupt wieder eine Gesundung der Währung entstanden ist. Es ist in der Geschichte aller Zeiten noch kein Beispiel gegeben, daß eine derartige Aufwärtsbewegung wieder hätte stattfinden können.

Ich möchte mich nur noch auf einige Punkte beziehen, die der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, und zwar möchte ich anfragen, an welchen Ursachen eigentlich der Verkauf des Tabakmonopols gescheitert ist. Wir haben diesbezüglich noch keine Aufklärung erhalten und es wäre ganz gewiß sehr interessant für uns, zu erfahren, warum und an welchen Ursachen der Abbruch der Verhandlungen erfolgt ist.

Was nun den Rohstoffkredit anbetrifft, der als wesentliche Voraussetzung der Gesundung der Wirtschaft angesehen wird, so finde ich es ja voll-

ständig richtig und bin mit allen den Theorien der Naturalwirtschaftler vollständig einverstanden, daß tatsächlich eine wirkliche Gesundung nur durch eine Erhöhung unseres Exportes und Erhöhung der Produktion zu Stande kommen kann. Nun wirkt aber gerade unser Geld, da es den schlechtesten Stand in der ganzen Welt besitzt, direkt als Importpönalität und mit diesem Gelde dauernd Waren einzukaufen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ob wir nun Kohle beziehen wollen, Leder, Baumwolle oder Schafwolle und all das nicht ausgesprochen nur zum Veredlungsverkehre dienen soll, bei welchem es eigentlich nur umtauschweise zur Verfügung gestellt wird, so sehe ich die Möglichkeit nicht ein, tatsächlich bei diesem Geldwesen einen wirklichen Import von Rohmaterialien zu bewerkstelligen. Ich weiß auch nicht, warum man der Frage der Schöpfung einer Handels- oder Export- oder Importnote, wie sie von verschiedenen sehr sachverständigen Finanziers dargestellt wurde, wenigstens nicht theoretisch oder am Beratungstisch etwas nähertritt. Es ist tatsächlich die einzige Möglichkeit, Importe und damit Exporte zu schaffen, wenn ein Geldzeichen zur Verfügung steht, das einen realen Grund, eine derartige Deckung hat, welche es dem Importeur und Exporteur der Sukzessionsstaaten oder der fremden Staaten ermöglicht, vertrauensvoll die Rohprodukte mit dem Bewußtsein in unsere Hand zu geben, dafür einen entsprechenden Gegenwert zu erhalten.

Ich komme nun zum zweiten Punkt. Ich habe gesagt, die hauptsächliche Schuld an dem Niedergange der Krone ist der Umstand, daß nichts geschehen ist. Aber die zweite Ursache ist offenbar die Zwangswirtschaft, denn alle Redner führen es darauf zurück, daß das erste, was geschen muß, die Hebung der Produktion ist. Aber, wenn auch jemand ein noch so begeisterter Anhänger der Zwangswirtschaft ist, so wird er zugeben müssen, daß die Zwangswirtschaft die Produktion vermindert. Diese Verminderung geht am besten aus den statistischen Zahlen hervor, die uns seinerzeit der Herr Staatssekretär Dr. Boewenfeld-Ruß mitgeteilt hat. Die Produktion vermindert sich unter dem Einflusse der Zwangswirtschaft stetig und je mehr sich die Produktion vermindert, desto mehr müssen wir draußen einkaufen und je mehr wir im Ausland einkaufen müssen, desto mehr Geldmittel müssen wir hinausgeben, desto schlechter wird unsere Krone.

Außerdem züchtet die Zwangswirtschaft alle die Schieber und Schleichhändler, die gar keine Berechtigung hätten zu bestehen und auch nicht bestehen würden, wenn die Zwangswirtschaft nicht bestünde. Man schätzt — und ich weiß nicht ob das übertrieben ist — die Zahl der Schleichhändler und Schieber, die sich nur mit dem ungerechten Handel beschäftigen, auf 600.000 bis 700.000 Menschen. Es ist vielleicht zu wenig,

vielleicht zu viel, aber wo Sie hinschauen, sehen Sie, daß sich Menschen im ordentlichen oder außerordentlichen Beruf damit beschäftigen. Dadurch wird natürlich eine Unzahl von Menschen der Produktion entzogen, es entsteht wieder eine Vermindeung der Produktion und eine Verschlechterung unseres Geldes, was ja, wie schon der Bericht sagt, die Hauptursache unseres Defizits ist. Nun sagt man, daß es ja eigentlich nichts anderes gibt als den Fleiß der Einwohner, um die Wirtschaft wieder herzustellen. Gewiß, rein theoretisch genommen vielleicht, nur meine ich: auch England hatte vor dem Kriege eine schlechte Handelsbilanz, aber immer eine sehr gute Zahlungsbilanz. Ich bitte, nicht zu glauben, daß ich vielleicht England als Beispiel für Österreich anführe, aber man hat die aktive Zahlungsbilanz bei passiver Handelsbilanz natürlich damit erklärt, daß doch noch andere Faktoren imstande sein müssen, eine aktive Zahlungsbilanz herbeizuführen, als nur die reine Austauscharbeit usw. Wie bei jedem physikalischen Prozeß, wie bei der Transformierung einer Energieart, beispielsweise der Rotation, in eine andere, Wärme in elektrisches Licht usw. immer Nebenprodukte erzeugt werden — zum Beispiel Wärme — die nutzbar gemacht werden können, so können auch im Handelsverfahren gerade die Abfallprodukte besonders nutzbar gemacht werden und gerade unser Staat eignet sich wie kein anderer in Mitteleuropa dazu, durch seine Lage an der Donau zum Freihafen für Mitteleuropa zu werden. Der freie Durchzugs- und Handelsverkehr würde hier eine Unmenge Güter zufließen, die jenes Defizit beseitigen könnten, welches wir auch durch den angestrengtesten Fleiß nicht zu decken in der Lage sind. Deshalb halte ich den Weg, den wir beschritten haben, für ausgesprochen falsch, und wenn wir auch immer sagen, daß wir ein lebensfähiges Gebilde sind und den Anschluß an Deutschland verlangen, so müssen wir doch, solange wir diesen Anschluß nicht durchsetzen können, auf Mittel fassen, um zumindest länger leben zu können. Leben und Wohlhabenheit, eventuell Reichtum können wir aber nur dadurch erzielen, daß wir den Handel durch unser Gebiet leiten und daß wir diesem Transithandel, zu dem wir durch unsere finanziellen Organisationen besonders befähigt sind, Gelegenheit geben, sich auszuleben und uns durch seine Produkte reicher zu machen.

Freilich wird dann wieder eingewendet werden, daß hier vor allem eine gewisse Schicht reich wird und die anderen vielleicht darben müssen. Es ergibt sich aber im großen Weltgeschehen immer, daß der Reichtum nicht sofort auf alle Kreise überströmt, sondern daß ein langsames Hineinwachsen der Generationen in die Wohlhabenheit erfolgt. Abgefangt und verallgemeinert wird der Reichtum

ja genügend durch Steuern, insbesondere Erbschaftsgebühren und teilweise auch, wie vor einigen Tagen sehr treffend der Herr Kollege Kollmann bemerkt hat, durch den Luxus und die Luxusindustrie. Gerade die Luxusindustrie wird es vielleicht ermöglichen, daß diese herrliche Stadt Wien, die tatsächlich vom Exportluxus vielleicht nicht leben kann, imstande sein wird, eine Art Verteilungsmedium zu bilden, um durch die Erhaltung von Kunst, von Luxusindustrien wenigstens den Standard, den sie jetzt besitzt, aufrecht zu erhalten. Ich meine, daß wir den Weg, den wir eingeschlagen haben, verlassen müssen und wir müssen, um zu gesunden, einen ganz anderen Weg einschlagen, der erfahrungsgemäß besser ist. Wenn wir den Anschluß an Deutschland nicht erzielen können, müssen wir trachten, dadurch, daß wir uns zu einem Handelsstaat, zu einem Durchzugsstaat, zu einem Transitstaat ausbilden, eine Lebensfähigkeit auf längere Dauer zu erhalten.

Ich habe eigentlich nichts mehr zum Thema zu sprechen, nachdem einer meiner sehr geehrten Herren Vorredner, unser sehr geehrter Herr Präsident, sich mit dem politischen Thema ausgiebig beschäftigt hat. Insbesondere danke ich ihm von diesem Platze aus, daß er für Deutschsüdtirol warme Worte gefunden hat, denen ich mich nur anschließen kann.

Der Herr Staatskanzler Dr. Renner war in Rom und hat die Versicherung erhalten, daß den Deutschsüdtirolern eine lokale Autonomie zugedacht ist. Nun muß ich sagen, daß dieses Wort „lokale Autonomie“ in Deutschsüdtirol etwas Beklemmend erregt hat, weil man in der Terminologie Italiens unter „lokaler Autonomie“ eine Art Gemeindeautonomie versteht. Das ist es nicht, was Deutschsüdtirol anstrebt, sondern es strebt an, daß eine höhere Autonomie gebildet wird, die sich in einem selbstverwalteten Staate fundiert. Diese Autonomie soll — und das ist das Streben der Südtiroler — womöglich derartig gehalten werden, daß sie von jenem Teil, der ökonomisch zu Italien gehört, vom sogenannten Trentino abgetrennt werden und sich in freier Weise selbst entwickeln können. Das ist das Wenigste, und es ist das Erste, was sie wollen, und ich hätte sehr gewünscht, daß sich der Herr Staatskanzler früher, insbesondere mit den Südtirolern auseinandergesetzt hätte. Obwohl er wußte, daß er sich mit dieser Frage nicht wird offiziell beschäftigen können, so gibt es gewiß viele intime Gelegenheiten, wo man mehr erzielt als in offiziellen Verhandlungen.

Eine zweite Frage ist die wirtschaftliche, die Bozen und Meran betrifft, das Hinsiechen jener herrlichen Hotels- und Fremdenverkehrseinrichtungen, die unter den Erfahrungen bei der Passrevision, beim Passivum, vielleicht auch zum großen Teil unter den Balataschwierigkeiten leiden und die sehr

wünschen, daß man ihnen Erleichterungen gewähre, damit sie wieder vertrauensvoll in die Zukunft blicken können.

Damit bin ich am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und möchte nur betonen, daß ich nicht wünsche, daß der Staat in die fürchterliche Endkatastrophe jeder Assignatenpolitik eintrete, daß ich vielmehr ersehne, daß sich unser Staat wirklich frei und ehrprieslich entwickle, daß ich nur den Anschluß an das Deutsche Reich als die einzige Rettung ansehe, daß ich aber anderseits glaube, daß der Weg, den wir heute eingeschlagen haben, nicht zum Ziele führt und verlassen werden muß, wenn nicht in Kürze und mit Recht von uns gesagt werden soll, was man schon heute mit Recht sagt, und zwar dann mit Recht gesagt werden muß: **Armes Österreich!** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Paulitsch.

Abgeordneter Paulitsch: Hohe Nationalversammlung! Nach Mitteilungen, welche in der Öffentlichkeit durch die Presse bekannt geworden sind, und denen Glauben beizumessen ist, dürfen wir annehmen, daß vielleicht in einem Monate die Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen wird. Als Abgeordneter aus einem Gebiete, über welches der Volksentscheid in nächster Zeit sein Urteil fällen wird, begrüße ich, daß werden Sie verstehen, diese Nachricht von ganzem Herzen, vor allem deswegen, weil dann endlich dem Zustande der Unsicherheit und Unordnung ein Ende gemacht werden kann.

Mit dem Zusammenbruch der Front im Spätherbst 1918 ist in den meisten Ländern dieses Staates der Friede eingefehrt, nicht aber im Lande Kärnten. Bemühen Sie sich, sehr geehrte Frauen und Herren, sich in unsere Lage hineinzudenken! Seit 18 Monaten sind wir niemals zur Ruhe gekommen, hat der Bürgerkrieg, der in unser Land hineingetragen worden ist, nicht aufgehört, wurde von Monat zu Monat, von Woche zu Woche Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit gehäuft, wurde die Bevölkerung in einer Art gequält, wie sie auch zu jener Zeit, wo Kärnten engeres Kriegsgebiet war, niemals so bitter empfunden wurde. Ohne jedes Recht haben jugoslawische Truppen Teile von Kärnten besetzt, haben staatliche Behörden davongejagt, haben so manche, die sich nicht alles bieten ließen, gefangen genommen, nach Laibach oder Belgrad gebracht. Und welchem Schicksal diese armen Opfer entgegengingen, das wissen wir aus den Berichten, die unwidersprochen geblieben sind. Hunderte und Hunderte, ja Tausende waren es, die der jugoslawischen Gewalt weichen mußten, die die heimatische Scholle verlassen mußten und die heute noch in Eisenbahnwaggons

und anderen ärmlichen Unterkunftsräumen ihr Leben fristen müssen. Das ist ein Zustand, der sich bis zur Unerträglichkeit steigert und das Gemüt des Kärntner Volkes andauernd in tiefster Erregung hält. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß noch vor wenigen Wochen Personen, die nach Jugoslawien zurückkehren wollten, an der Demarkationslinie erschossen worden sind, so mögen Sie daraus entnehmen, welche Rechtszustände im Kärntnerlande herrschen. Sie werden also verstehen, mit welcher Freude wir den Augenblick begrüßen, in dem der Friedensvertrag ratifiziert wird, in dem diese unhaltbaren Zustände endlich ein Ende nehmen in einem Lande, das nichts anderes getan hat, als daß es für die Ehre der heimatlichen Scholle eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.)

Auf die Unterhandlungen, die mit den jugoslawischen Vertretern geführt worden sind, will ich des näheren nicht eingehen. So wie die Südslawen den Vertrag mit Deutschösterreich über die Lieferung von Nahrungsmitteln gebrochen haben, so ist es uns auch bei den Unterhandlungen in Laibach und Klagenfurt ergangen. Wir sind mehr als einmal enttäuscht und bitter getäuscht worden. Nach den Verhandlungen in Saint Gemain sollten in der Zone A und in der Zone B die Truppen Deutschösterreichs und die jugoslawischen Truppen zurückgezogen werden. Während dies von Seiten Deutschösterreichs tatsächlich geschehen ist, hat man in Jugoslawien lange nicht demobilisiert. Die Truppen wurden monatelang auf denselben Stand erhalten, auf dem sie früher waren.

Erst in allerletzter Zeit hat man mit der Demobilisierung begonnen, aber in einer Art und Weise, welche den Friedensbestimmungen Hohn spricht. Denn man hat diejenigen Militärs, welche an der Front gestanden waren, zwar entkleidet, hat sie aber einfach in eine andere Uniform hineingestellt. Das ist aber nicht jene Polizeitruppe, welche nach dem Friedensvertrag gefordert wird.

Ich habe diese Verhältnisse deswegen hier zur Sprache gebracht, damit Sie erkennen, in welcher Lage sich ein Land befindet, welches 18 Monate hindurch durch eigene Tatkraft nicht nur das eigene Land, sondern auch ein Gebiet des Staates Deutschösterreich erhalten und geschützt hat. Es ist nicht nur ein Landesinteresse, das wir verteidigen, es ist ein Staatsinteresse, welches dadurch gewahrt wird. Es kann dem Staate Deutschösterreich in keiner Weise gleichgültig sein, ob die Bahnverbindung in Klagenfurt endet oder ob sie weiter gegen Triest geführt wird. Es kann dem Staate Deutschösterreich lange nicht gleichgültig sein, ob es möglich wird, daß die Stadt Klagenfurt und andere Gemeinden, wo eine starke Industriebevölkerung wohnt, aus den umliegenden Gebieten von Klagenfurt, aus der Völkermark-

gegend usw. mit Lebensmitteln versorgt werden, oder ob der Staat gezwungen ist, in seiner argen, bedauernswerten finanziellen Lage Lebensmittel für teure Valuta uns zuzuschieben. Der Staat handelt im eigenen Interesse, wenn er Vorsorge trifft, daß die Abstimmung in der Zone A sich zugunsten Deutschösterreichs entscheidet.

Bei den Friedensverhandlungen in St. Germain haben die Vertreter Jugoslawiens in besonderer Weise sich darauf berufen, daß Kärnten doch ein Land sei, welches zuerst von Slawen bewohnt war, infolgedessen sie den Anspruch erheben können, all das, wo einst Slawen in Kärnten gewohnt haben, auch für sich in Anspruch zu nehmen. Sie haben denn auch eine Sprachgrenze durch ein Gebiet gezogen, wo seit Jahrzehnten kein einziger Slaw noch wohnt; aber sie nehmen es heute für sich in Anspruch.

Gestatten Sie, daß ich Sie in ganz kurzen Worten mit der Geschichte meiner engeren Heimat bekannt mache. Es ist richtig, daß die Slawen einst einen großen Teil Kärrntens besetzt hatten. In der Mitte des 8. Jahrhunderts sind die Avarn eingebrochen, und weil die Slawen nicht die Kraft hatten, mit eigenen Mitteln dem avarischen Einbruch Einhalt zu gebieten, rief der slawische Herzog Borut den Bayernherzog zu Hilfe. Damals, um die Mitte des 8. Jahrhunderts, sind die Bayern gegen die Avarn nach Kärnten gezogen und dieser deutschen Hilfe und dieser deutschen Macht ist es zu danken, wenn heute Slowenen in Kärnten vorhanden sind und eine Zukunft haben; aus eigener Kraft haben sie dem avarischen Ansturm nicht standgehalten. Seit der Mitte des 8. Jahrhunderts, seit dem Einzug der Bayern in Kärnten, wo das Christentum nach Kärnten verpflanzt worden ist, begann die kulturelle Durchdringung des Landes. Was wir heute in Kärnten an kulturellen Werten haben, an Schulen, bildenden Künsten, Malerei, an Bauten, Gewerbe, Zusammenschluß der Künste, kurz alles, was das Volk von Kärnten, Deutsche und Slowenen, besitzt, dankt es diesem christlich-germanischen Einfluß, der sich seit der Mitte des 8. Jahrhunderts in Kärnten geltend gemacht hat. Es ist deswegen irrig, wollte man behaupten, daß diese Gebiete ihre Erhaltung und Vergangenheit den slawischen Kräften zu danken hätten. Da sich nun die Sache so verhält, wird es Sache der Staatsregierung sein, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß die Volksabstimmung im Sinne des Landes wie des Staates Deutschösterreich ausfalle.

Es hat am Sonntag vor acht Tagen in Klagenfurt eine Kundgebung stattgefunden, in der gegen 20.000 Menschen einmütig sich dahin ausgesprochen haben, aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen unbedingt an der Einigkeit des Landes festzuhalten. Wer das Land Kärnten kennt,

weiß, daß es beinahe ein Rechteck ist, im Norden die Tauern, im Süden die Karawanken, im Osten die Koralpe und eine kleine Enge in das Pustertal. Ich möchte sagen, es ist wie von Gott hineingesetzt in die Welt und es ist ein Nonsense, ein Ding der Unmöglichkeit, daß hier ein Land wirtschaftlich sollte bestehen können, durch dessen Mitte hindurch, alle wirtschaftlichen Zusammenhänge zerreißend, ohne jede Überlegung eine Demarkationslinie gezogen wird, wie es heute in Kärnten der Fall ist. Man kann sich nicht vorstellen, daß es in Zukunft getrennt sein sollte. Wie innig dieses Land zusammenhängt, würde man daraus ersehen, wenn man für eine Woche die Demarkationslinie aufheben wollte, wie die gesamte windische Bevölkerung aus der Umgebung nach Klagenfurt käme, weil diese Stadt seit Jahrhunderten ihr natürlicher Markt ist und weil es wirtschaftlich ein Unsinn ist, daß sie über die Karawanken oder nach Maribor, wie sie Marburg nennen, gehen soll, um die industriellen Produkte, die sie in Kärnten nicht erhält, zu kaufen.

Von jedem Standpunkt aus genommen, ist die Einigkeit des Landes ein Vorteil für die Bevölkerung und es ist deswegen, ich hebe das nochmals ausdrücklich hervor, Sache der Staatsregierung, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, dahin zu wirken, daß das Land Kärnten ungeteilt bleibe, daß es sich zu Deutschösterreich bekennen könne. Die Staatsregierung hat Mittel in der Hand, einem entrichteten und gefnechteten Volk zu helfen.

Wie hart die Bestimmungen sind, hohe Nationalversammlung, mögen Sie aus dem § 50 des Friedensvertrages ersehen, nach welchem jenen, welche nicht seit dem 1. Jänner 1919 in der Zone A oder B wohnhaft sind, das Mitbestimmungsrecht entzogen ist. Heute, wir wissen es ganz genau, kaufen sich viele, die nicht seit dem 1. Jänner in der Zone A wohnen, dort an; es sollen bis heute schon 2000 Menschen auf diese Art und Weise die Stimmberechtigung in der Zone A erhalten haben. Wir haben in Wien 12.000 bis 14.000 Kärrntner und die Kundgebung vom Sonntag den 8. April hat dargetan, wie warm diese Kärrntner in Wien mit ihrem Heimatland mitsühlen, wie sie das eigene Land noch lange nicht vergessen haben, und wie sie sehrlichst wünschen, daß eine Volksabstimmung durchgeführt werde, durch die dieses Land ungeteilt bleibt und, wie es die Geschichte lehrt, in seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen belassen werde und daß sie dort, wo sie ihr Besitztum haben und wo sie zuständig sind, mitstimmen können. Da wir auf diese Art und Weise schwer benachteiligt werden, muß der Staat alles organisieren — und auf das Wort „organisieren“ lege ich ganz besonderen Wert —, damit allen denjenigen, welche im Kärrntner

Von de stimmberechtigt sind, vom Staate aus in derselben Weise, wie dies in Deutschland geschehen ist, die Möglichkeit geboten wird, ihr Stimmrecht in Kärnten auszuüben. Es ist dies nicht nur im Interesse des Landes Kärnten gelegen, es ist dies auch gelegen im Interesse des Staates. Wir schützen dabei nicht nur das eigene Land, wir schützen eine Staatsgrenze und, hohe Nationalversammlung, Sie werden es erleben: sowie das Kärntner Volk sich allein von allen Ländern Deutschösterreichs gewehrt hat gegen die Eindringlinge, die gegen jedes Recht sein Land besetzt haben, so wird es auch in Zukunft der Fall sein. Wenn die heutige willkürliche Grenze wirklich gezogen werden sollte, das Kärntner Volk wird ihr nie zustimmen können, weil dadurch das wirtschaftliche, kulturelle und nationale Leben in ungerechter Weise auseinandergerissen würde. (Zustimmung.) Ich richte von dieser Stelle aus einen Appell an die Regierung, wie an Sie, hohe Nationalversammlung: unterstützen Sie uns, denn es ist ein gerechter Kampf, den dort ein hart geknechtetes Volk seit Monaten führt! (Lebhafter Beifall.)

Es ist heute, hohe Nationalversammlung, des öfteren schon darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, wenn wir in diesem Staate vorwärts kommen wollen, daß wir zuerst einmal selbst im Innern Ordnung schaffen und daß diese Nationalversammlung jene Aufgabe erfüllt, zu der sie einberufen ist, sich eine Verfassung zu geben. Aus der Geschichte des alten Österreich können wir entnehmen, wie sehr ein Staat darunter leidet, wenn er nicht eine gefestigte Verfassung hat. Es muß klar gestellt werden, was gebührt dem Staate und was gebührt den Ländern. Die Pöllendorffsche Verfassung vom Jahre 1848 war stark zentralistisch gefärbt und es sind durch diese Verfassung den Ländern wesentliche Rechte entzogen worden. Die Märzverfassung vom Jahre 1849 beabsichtigte, einen konstitutionellen Einheitsstaat zu schaffen, welchem auch Oberitalien und Ungarn angegliedert werden sollte; aber durch diese Märzverfassung des Jahres 1849 sind doch den Landesregierungen bestimmte Vorrechte eingeräumt geblieben und es ist zur Schaffung dieses Einheitsstaates nicht gekommen. Das Oktoberdiplom vom Jahre 1860 ist den Ländern ungemein weit entgegengekommen und es wurde ihnen sogar die Rechtsgesetzgebung eingeräumt. Das Februarpatent des Jahres 1861 hatte wieder eine rückläufige Tendenz und im Jahre 1867 hatte man ebenfalls versucht, die Kompetenz der Reichsverfassung und der Länderverfassung genau abzugrenzen. Auch damals ist es nicht gelungen. Diese Verfassung wurde besonders unklar, als im Jahre 1907 den Polen besondere Zugeständnisse gemacht worden sind. Wenn wir deswegen, hohe Nationalversammlung, in dieser Frage zu einer Klärung kommen und die Stellung der einzelnen Länder verstehen

wollen — und dieses Sichverstehen ist eine Notwendigkeit — dann dürfen wir nicht vergessen, wie sich im Spätherbst, im November 1918, die Entwicklung in diesem Staate Deutschösterreich abgespielt hat. Damals, am 29. Oktober, war die provvisorische Nationalversammlung mit der Aufforderung an die Länder herangetreten, sie sollten sich konstituieren. Dieser Aufforderung haben die Länder, Steiermark am 6. November, Salzburg am 7. und Kärnten am 11. November, entsprochen. Es haben diese Länder unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, als eigenberechtigte Länder, als Provinzen des Staates Deutschösterreich sich konstituiert und als solche ihren Beitritt zu gleichen Rechten und gleichen Pflichten zur unverbrüchlichen Gemeinschaft vollzogen, wie es Professor Kelsen in seinem Buche ausführt. Daraus geht Eines hervor, daß, noch ehe die Provisorische Nationalversammlung mit ihrem Gesetze vom 12. November über die Staats- und Regierungsform hervorgetreten ist, eine Reihe von Ländern als Träger und Grundfeste dieses staatlichen Gebildes ihren Zusammenschluß untereinander vollzogen haben. Ich bitte deswegen, hohe Nationalversammlung, wenn es sich um die Verfassung und um die Rechte der Länder handelt, diesen Gedanken in der Beurteilung nicht außer Acht zu lassen.

Ich weiß, hohes Haus, daß den Ländern oft zum Vorwurf gemacht wird, daß in ihnen Missetzung, sagen wir, gegen Wien vorhanden ist. Es war dies nicht immer so. Es hat sich dies infolge der eigenartigen Verhältnisse auf sozialem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete entwickelt. Mit ein Hauptgrund ist jener, den der sozialdemokratische Delegierte Leimer auf dem vorjährigen Delegiertentag der Sozialdemokratie dargetan hat, als er sagte: Wir hatten wieder einmal in unserer Gegend eine Saison; da sind zu uns von Wien Freunde gekommen, welche 50 bis 60 Kilogramm Butter aufkauften und zu jedem Preise bezahlten, so daß die einheimische Bevölkerung dadurch geschädigt worden ist. Das ist nicht nur in unserem Lande, das ist in anderen Ländern ebenso der Fall und dadurch, daß diese zugewanderten Fremden die einheimische Bevölkerung, die nicht so zahlungsfähig und zahlungskräftig ist, wirtschaftlich und materiell schädigen, hat sich eben jene Missetzung entwickelt, die wir heute tatsächlich vielfach bemerken können.

Das heutige Österreich ist eine Leidgenossenschaft und diese Leidgenossenschaft dürfen wir nicht vielleicht durch Adaptierung einer Ruine heilen wollen, sondern dadurch, daß wir einen Neubau aufführen, und dieser Neubau, aus dem der Staat Deutschösterreich geformt werden soll, muß geformt und gebildet werden aus dem Material der Heimatliebe. Nicht Zwang, nicht Polizeimafzregeln und

nicht Paragraphen werden diesen Staat schaffen, sondern die Liebe zur Heimatscholle wird die Grundlage dazu sein.

Es ist, hohe Nationalversammlung, des öster — auch vom Vorredner — darauf hingewiesen worden, daß nur Produktion und Arbeit uns vorwärtsbringen können. Wir müssen deswegen jeden Schritt, der nur irgendwie dazu angetan ist, die Produktion zu heben, vom Herzen begrüßen. Es ist vor einigen Wochen angekündigt worden, daß der Staat beabsichtige, ein Fünfmilliardenanlehen zur Elektrifizierung der Bahnen in Deutsch-Österreich zu begeben. Es besteht kein Zweifel, daß wir in unseren Wasserkräften große Kapitalien liegen haben, welche wir in unserem eigenen Interesse verwenden müssen. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen sind wir gezwungen, ungeheuer viel Kohle einzuführen. Nach Mitteilungen des Chefgeologen der politischen Staatsanstalt Dr. Waagen hatte das alte Österreich mit 28 Millionen Einwohnern und bei einer Gesamtfläche von 300.000 Quadratkilometern Kohlenlager von 28 Milliarden Steinkohle und $12\frac{3}{4}$ Milliarden Braunkohle. Der jetzige Staat Deutsch-Österreich hat bei einer Fläche von 84.000 Quadratkilometern und bei einer Einwohnerzahl von etwas über 6 Millionen nur 7 Millionen Steinkohle und 308 Millionen Braunkohle. Aus diesen Zahlen geht klar und deutlich hervor, wie traurig einerseits die wirtschaftliche Lage auch in dieser Hinsicht ist und daß der Staat einen guten Schritt vorwärts macht, wenn er an die Elektrifizierung der Bahnen geht, um dadurch einerseits Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, andererseits auch beizutragen, daß unsere Valuta dadurch gebessert wird, daß wir nicht so viel Geld für auswärtige Kohle zahlen müssen.

Auch das Land Kärnten ist an dieser Sache in ganz besonderer Weise beteiligt. Es ist von diesem Lande ein Projekt ausgearbeitet worden, es sind die Pläne fertig und wir werden es vom Herzen begrüßen, wenn die Elektrifizierung der Tauernbahn in Angriff genommen wird.

Eine weitere wichtige Angelegenheit, welche der Staat in jeder Hinsicht fördern soll, um wirtschaftliche Güter zu schaffen und uns vom Ausland etwas unabhängig zu machen, ist die Hebung der eigenen Erzeugung. Unsere Landwirtschaft kann in ganz anderer Weise herangezogen werden, wenn ihr auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, deren sie notwendig bedarf, um die Erzeugung zu heben. Dr. Skazil hat berechnet, daß die Anbaufläche von 600.000 Hektar bedeutend vergrößert werden kann, und wenn wir nur 50.000 Hektar anbaufähige Fläche in Deutsch-Österreich, welche während des Krieges aus verschiedenen Ursachen brachliegen gelassen worden ist, anbauen können.

Wenn wir uns Kunstdünger verschaffen, wie er berechnet, 20.000 Waggons zu einem Preis von 16 Milliarden, so würden nach Versuchen um 32.000 Waggons mehr erzeugt werden, wodurch der Staat 32 Milliarden ersparen würde. Dasjenige, was der Staat in dieser Hinsicht in den Boden hineinstellt, trägt vielfältige Frucht und ist dazu angetan, die Erzeugung des eigenen Landes zu heben und uns vom Ausland etwas unabhängiger zu machen, als es gegenwärtig der Fall ist. (Bravo!)

Es wurde heute auch auf die Vermögensabgabe hingewiesen, sowie darauf, daß durch die Abstättung der Vermögensabgabe unsere Valuta vielleicht gebessert werden könnte. Es ist auch auf die Steuereingänge hingewiesen worden. Ich möchte auch auf die Steuerrückstände hinweisen, die wir in diesem Staate bisher zu verzeichnen haben. Wenn die Zahlen richtig sind, die im Finanzausschüsse angegeben wurden, so betragen die Steuerrückstände über $1\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen. Wodurch diese Steuerrückstände heraufbeschworen wurden, will ich nicht des näheren untersuchen. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auf die eigenartigen Verhältnisse hinweisen, die sich auf dem Gebiete des Steuerwesens im Lande Kärnten herausgebildet haben. Das Staatsamt der Finanzen möge nicht vergessen, daß wir erwarten und hoffen, daß die Abstimmung im Lande Kärnten das Ergebnis haben wird, daß die Zone A zu Deutsch-Österreich kommt. Das Steuerwesen in der Zone A ist heute vollständig verwahrsamt, zertrüttet. Es wird daher, wenn die Abstimmung vorüber ist, notwendig sein, daß die Finanzdirektion entsprechende Beamte bereit hält, damit das Steuerwesen in der Zone A wieder geregelt wird. Wir haben in unserer Finanzdirektion eine Reihe Beamter, die aus Pola, Fiume und anderen Gebieten, die heute zu den Suffezionsstaaten gehören, vertrieben worden sind. Es sind diese Beamte, die seinerzeit wegen ihrer besonderen Qualifikation dorthin versetzt wurden; heute sind sie der Landesfinanzdirektion in Klagenfurt als provisorische Beamte zugeteilt, sie wurden aber vom Staate bisher nicht übernommen. Es wird nicht nur notwendig sein, daß die Staatsregierung endlich einmal klar ausspricht, wie sie sich gegenüber den vertriebenen Beamten verhält, sie wird auch dafür Sorge tragen müssen, daß diese gut qualifizierten Beamten im Interesse des Staates dazu verwendet werden, um die rückständigen Steuern einzutreiben. Wenn heute junge Beamte neu eingestellt werden, so sind sie bei der verwickelten Arbeit des Steuerwesens nicht in der Lage, den Ansforderungen, die an sie gestellt werden, voll und ganz zu entsprechen. Sie werden selbst nichts besonderes leisten können, weil sie es noch nicht gelernt haben, sie werden aber obendrein auch noch die älteren Beamten vielfach in

ihrer Arbeit hemmen, weil sie sie um Auskunft fragen müssen. Wir müssen also dahin streben, daß diese vertriebenen Beamten, die aus den Sozialstaaten zu uns gekommen sind und die wir heute so notwendig brauchen wie das tägliche Brot, endlich einmal vom Staate in seinem eigenen Interesse definitiv übernommen werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die Frage an das Staatsamt der Finanzen richten, wann das Staatsamt der Finanzen endlich einmal jenes Versprechen einlösen wird, welches es wegen Gleichstellung der Kanzleioffizianten gemacht hat und wann endlich einmal die Einreichung in jene Rangsklasse erfolgen wird, die im Finanzausschuß zugestanden wurde. Es ist nicht gut, wenn in unserer Zeit vielleicht ganz unnötigerweise Arbeitskräfte verbittert werden. Ich kenne die näheren Gründe nicht, aber es wird gut sein, das gegebene Versprechen auch einzulösen. Es ist notwendig, daß das Vertrauen in die staatlichen Behörden wächst, ein Zweck, dem man aber nicht dient, wenn man gegebene Versprechen nicht voll und ganz einlöst, wie man es zu tun doch in der Lage ist.

Hohe Nationalversammlung! Das letzte halbe Jahrhundert mit seinen ungeheuren und ungeahnten Fortschritten auf dem Gebiete der Technik und des Verkehrswesens hat die besondere Lebensform der abendländischen Menschheit zur Vollendung, ich möchte sagen zur Reife, wenn nicht zur Überreife werden lassen. Der formgebende Grundgedanke, die eigentliche Triebfeder der gegenwärtig vor uns liegenden Gesellschaftsschichten ist vielfach das eigene Ich, der Kultus der Selbstsucht und all dasjenige, was wir heute auf sozialem, sittlichem und wirtschaftlichem Gebiete sehen, wie sich hier Erscheinungsformen in geradezu häßlicher und abstoßender Art offenbaren, alles das wird als Folge des Krieges oder als Nachwirkung der Kriegsfolgen überhaupt erklärt. Ich bin nicht ganz dieser Ansicht. Das, was wir heute an wirtschaftlichen Ausartungen sehen, was uns heute auf dem Gebiete des Schiebertums entgegentritt, das ist nicht allein eine Folge des Krieges als solchen, sondern das sind Auswirkungen jener Jahrzehntelangen liberalen Herrschaft im alten Österreich, die erst heute zur Reife gekommen ist. Der Liberalismus im alten Staate Österreich ist, wenn er auch politisch abgewirtschaftet hat, auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete in seiner ärgsten und abstoßendsten Form erst heute in Erscheinung getreten. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn wir deswegen in dieser Hinsicht aus unserem wirtschaftlichen und sozialen Elend herauskommen wollen, wird es uns nicht genügen, daß wir Rohstoffkredite erhalten, und wenn wir diese Rohstoffkredite auch erhalten, wenn unsere Valuta auch steige, wenn es vorwärts ginge, wenn aber das deutsche Volk und die deutsche Volksseele nicht von

innen heraus sittlich wiedergeboren wird, wird alle diese neue Kulturarbeit nichts nützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir haben beispielsweise unser Landesgericht in Wien und haben anderwärts die Landesgerichte und diese Gerichte und das Staatsamt für Justiz sind bestrebt, in jeder Hinsicht dafür zu sorgen, daß Jungen, die ein Vergehen begangen haben, nicht mit den Älteren zusammen kommen, damit sie nicht noch mehr verdorben werden. Das Jugendschutzamt für jugendliche Straflinge ist eine vom sozialen und sittlichen Standpunkt aus höchst begrüßenswerte Erscheinung. Aber dafür sorgt man heute noch lange nicht, daß jene Stätten kontrolliert oder unter staatliche Zensur gestellt werden, wo diese Jungen zu Verbrechern gleichsam herangezogen werden. Das duldet man heute ungestraft. Und wenn ich auch vielleicht deshalb als reaktionär bezeichnet werden sollte, ich fühle mich verpflichtet, es zu sagen: Das, was heute dem deutschen Volke auf dem Gebiete des Theaters und des Kinos geboten wird, diese Vergiftung durch Schundfilme ist eine Schande für das deutsche Volk; hier ist vielfach die Brutstätte für jene Verbrecher, welche wir später in unseren Gefangenenhäusern darin haben. (Rufe: Sehr richtig!) Hier muß der Staat in seinem eigenen Interesse einsetzen, denn hier werden diese Jungen gleichsam herangezogen, mit allen den bösen Instinkten erfüllt, die dann zur Reife gelangen. Wenn wir deswegen aus unserem wirtschaftlichen und sozialen Elend herauskommen wollen, dann ist es nach meiner innersten Überzeugung zuerst notwendig, daß die deutsche Volksseele sittlich wiedergeboren wird und diese sittliche Wiedergeburt der deutschen Volksseele — das ist der Standpunkt, auf dem wir Christlichsozialen stehen — ist nur möglich auf dem Boden des werktätigen praktischen Christentums. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Friedmann; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Friedmann: Geehrte Damen und Herren! Der Herr Generalberichterstatter hat heute über die Ursachen der Senkung des Kronenfurses gesprochen und erklärt, daß das furchtbare Defizit, ein Defizit in der Tat, demgegenüber man schier ratlos dasteht, eine Folge der Passivität unserer Volkswirtschaft sei. Ich stimme ihm diesbezüglich vollkommen bei. Er hat gegen Schlüß seiner Ausführungen ferner erklärt, daß diese Passivität und der Zustand, in dem wir uns befinden, eine Folge des Krieges sei.

Geehrte Anwesende! Der fünfjährige Krieg hat in der Tat ungeheure Schäden angerichtet, unermeßliche Werte sind in Rauch und Asche auf-

gegangen und statt produktiver Arbeit wurde Arbeit zum Zwecke der Vernichtung geleistet. Aber das war denn doch in allen kriegsführenden Staaten der Fall und ich möchte fragen, ob denn der jähre weitere Sturz seit dem Kriegsende, seit dem Umsturz in dem Maße, wie er bei uns eingetreten ist, lediglich als eine unmittelbare Folge des Krieges zu betrachten ist. Hier weicht wohl meine Anschauung von der des Herrn Generalberichterstatters ganz wesentlich ab. Unsere wirtschaftliche und finanzielle Not, in dem erschreckenden Maße, in dem wir sie nun mitmachen, ist in allererster Linie eine Konsequenz der innerpolitischen Verhältnisse, eine Konsequenz des Umstandes, daß alle finanziellen und volkswirtschaftlichen Fragen unter dem Gesichtswinkel der Politik, beziehungsweise der Parteipolitik betrachtet und erledigt werden. Diese Zustände haben es zur Folge, daß im Inland und im Auslande jedes Vertrauen in die Bestandsmöglichkeit dieses Staates gesunken ist, eines Staates, der von einer Regierung geführt wird, die tatsächlich absolutistisch herrscht — denn darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, daß der Einfluß des Volkes im Wege dieser Nationalversammlung ein mehr als verschwindender ist —, einer Regierung also, die absolutistisch herrscht und in dem Maße, in dem sie sich das Recht des Absolutismus anmaßt, vollen Mangel an Autorität nach außen besitzt. Sie hat das Heft tatsächlich der Nebenregierung übergeben, die wir in dem aufwuchernden Rätesystem alleroft erblicken. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Sind das die Bürgerräte?) Damit meine ich die von Herrn Dr. Bauer so stark protegierten Arbeiterräte, das Rätesystem; die Bürgerräte wünschen und verfolgen nicht das Rätesystem, Sie wissen sehr wohl, was ich unter dieser Terminologie meine; das Rätesystem, welches Erscheinungen zeitigt, wie in Neunkirchen der Fall des Direktors Zweifel, der uns mehr geschadet hat, als uns alle die künstlichen oder die technischen Maßnahmen zur Hebung unserer Voluntas nützen können. Wir leben in einem Staate, in dem die Regierung absolut kein Mittel besitzt, um dem Rechte zum Durchbruch zu verhelfen, in einem Staate, in dem volle Rechtlosigkeit herrscht, in einem Staate, zu dem das Ausland... (Abgeordneter Pick: Ihr Ausland!) Nicht mein Ausland, sondern das Ausland; Ihr Ausland ist wahrscheinlich Russland, ich meine aber das übrige Ausland... gar kein Vertrauen besitzt. Ich meine jenes Ausland — weil wir heute von der Kreditfrage sprechen — auf das wir angewiesen sind, wenn uns im Wege des Kredites geholfen werden soll, wenn der Kronenkurs gehoben werden soll, wenn uns die Möglichkeit des Importes und des Exportes gegeben werden soll.

Es hat der Herr Generalberichterstatter heute wohl anerkannt, daß uns nur die Arbeit helfen

kann — das ist selbstverständlich, darüber kann man ja nicht verschiedener Meinung sein und das wird von allen Seiten gesagt, wenn es auch nicht von allen jenen, von denen es gesagt wird, auch beobachtet wird — und er hat gemeint, eine Intensivierung der Arbeit hänge nicht nur von physiologischen, sondern auch von psychologischen Momenten ab, man könne die Intensivierung nicht erzwingen. Gewiß. Er meinte, die Arbeiterschaft werde freudiger arbeiten, es werde hier Arbeitslust entstehen, wenn sie ein Gemeinwesen haben werde, wie sie es meine. Nun, ich weiß nicht, was diese Andeutung besagen sollte. Findet der Herr Generalberichterstatter und seine Partei, daß die Grundlagen und die Voraussetzungen, wie sie eine demokratische Republik gibt, noch nicht genügen, und meint er vielleicht einen völligen Ausbau des Ideals des Rätesystems? (Zwischenrufe und Lachen.) Ich werde Ihnen jetzt ein Ausland sagen, über das Sie vielleicht nicht lachen werden. Ich werde Ihnen ein Beispiel aus England bringen, wenn Sie mich zu Ende reden lassen wollen, um Ihnen zu zeigen, wie dort Kreise, die die Arbeiterschaft vertreten und das Recht haben, sich als Vertreter der Arbeiterschaft aufzuspielen, über unsere Verhältnisse urteilen. (Zwischenrufe.)

Präsident Hauser (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Friedmann (fortfahrend): Vor einigen Wochen war der englische Gewerkschaftssekretär Appleton hier. Es ist Ihnen bekannt, was er gesagt hat, Sie haben sich aber wohl gehütet, davon in Ihren Versammlungen oder Zeitungen zu sprechen. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wir haben ihn ja eingeladen, in unseren Versammlungen zu sprechen, und er hat auch gesprochen!) Ich will Ihnen nicht sagen, wie er gesprochen hat, sondern wie er sich in seinem Berichte geäußert hat. Ich habe von dem Bericht Kenntnis erhalten und kann Ihnen leider nur aus meinem Gedächtnis das Wesentlichste davon mitteilen. Appleton fand vor allem, daß ganz im Gegensatz zu der Haltung, die in England beobachtet wurde, Parteipolitik in die Gewerkschaftspolitik getragen werde, was schädlich sei. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wissen Sie nicht, daß alle englischen Gewerkschaften der Labour Party angeschlossen sind!) Ich könnte Ihnen auch darüber, wie hier Gewerkschaftspolitik getrieben wird, darüber, wie Ihr Betriebsrätesystem die Autorität der Gewerkschaft untergraben hat, ein Privatissimum lesen, aber unterbrechen Sie mich nicht, sondern lassen Sie mich den Faden meiner Rede fortführen. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Sorgen Sie sich doch nicht um die Autorität der Gewerkschaften! Das

ist doch nicht Ihre Sorge!) Entschuldigen Sie, es kann den anderen doch nicht gleichgültig sein, ob Ordnung oder Anarchie herrscht. Wir haben nie gegen die Gewerkschaften etwas einzuwenden gehabt. (Zwischenrufe.) Wogegen wir etwas einzuwenden haben, das ist, daß eine Minderheit von Kommunisten tatsächlich das Heft in der Hand hat und die anderen terrorisiert. (Widerspruch.) Das ist eine Tatsache, die Sie trotz aller Zwischenrufe nicht hinwegleugnen werden. Sie werden mir diesbezüglich nichts erzählen, ich verstehe von Fabrikation und von Arbeitern und alledem mehr, weil ich mitten in dem Betrieben gestanden bin und nicht als Theoretiker oder als Schachspieler des Kaffeehauses spreche. (Zwischenrufe.) Appleton sagte weiter, er habe nicht gefunden, daß die Arbeiter hier besonders schlecht genährt seien, wohl aber habe er wahrgenommen, daß der Mittelsstand sich im Zustand einer schrecklichen Unterernährung befindet. Er erklärte weiters, daß die Art und Weise, wie hier Politik getrieben werde, gegen das Interesse der Arbeiterschaft gerichtet sei. Er hat dann auch seine Bemerkungen über das Holzfällen usw. gemacht, darauf möchte ich aber nicht näher eingehen. Es schien mir notwendig, diese wesentlichen Punkte mitzuteilen, um von hier aus einer breiteren Öffentlichkeit zu sagen, wie der Mann über unsere Verhältnisse denkt, die er hier studiert hat, und um absichtlich eine Quelle anzuführen, die doch nicht als eine befangene, zumindest nicht von Seiten der Sozialdemokraten angesehen werden kann. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Ich konstatiere, daß Mr. Appleton mir persönlich genau das Gegenteil dessen gesagt hat, wovon Sie hier behaupten, daß das seine Meinung sei!)

Präsident Hauser: Meine Herren, Sie kommen ja noch zum Wort! Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Friedmann (fortfahrend): Weil Ihnen das Urteil von Ausländern unmangenehm zu sein scheint, kann das für mich kein Hindernis sein, in der Sache fortzufahren. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wir wenden uns nur gegen falsche Darstellungen!) Ich werde Ihnen die Zeugen anführen und ich bin bereit, Ihnen Rede zu stehen, wenn Sie es wünschen, aber ich lasse mich in meiner Rede nicht weiter unterbrechen.

Ein anderer Engländer, der längere Zeit hier war, hat eine Broschüre geschrieben und da schildert er folgendes Vorkommnis. Er geht in den Wienerwald hinaus, er sieht dort alte und verhungerte Frauen, er sieht schlecht gekleidete alte Männer, die unter der Last des Holzes, das sie tragen, beinahe zusammenbrechen, und in der Nähe nimmt er wahr, daß junge Leute

stehen, die gute Uniformen tragen und gut genährt sind, und er tritt auf sie zu und fragt sie, was sie denn hier machen. Sie antworten ihm, daß sie die andern bewachen. Und da meinte dieser Engländer in seinem unaiven Sinn, warum denn sie, die stark und gut gekleidet seien, nicht selbst das Holz fällen und trügen. Darauf hat er keine Antwort bekommen. (Rufe: Großartig!)

Das sind so Episoden, die zeigen . . . (Abgeordneter Wiedenhofer: . . . daß es gut wäre, wenn man die ganze Ringstraße hinausjagen würde!) In unserem Staate — sage ich weiter — wird durch die Sozialisierungsbemühungen unendlich unseres Kredit geschadet. (Lachen und Widerspruch.) Ich will Ihnen auch hier ein Beispiel vom Ausland anführen. Es hat mein unmittelbarer Herr Vorredner mit Recht vom Ausbau der Wasserkräfte gesprochen.

Weil Sie natürlich das Kokettieren mit den Sozialisierungsideen nicht lassen können, haben Sie auch in dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, das letzthin unterbreitet wurde, ihre Sozialisierungsgedanken untergebracht; es ist kein reines Sozialistieren, ich möchte es mit dem Ausdruck des „Füzelns mit dem Sozialisieren“ bezeichnen. In dem Zeitpunkt, da diese Vorlage herauskam, trafen hier Ausländer ein, die sich für den Ausbau unserer Wasserkräfte interessierten. Es hat sich speziell um den Ausbau einer Wasserkraft gehandelt, die bereits baureif wäre und die durch dieses ausländische Konsortium hätte vorgenommen werden können. Da sagte einer der Ausländer: Ja, das ist ganz recht, aber der neue Entwurf Ihres Elektrizitätswirtschaftsgesetzes! Die Österreicher wollten ihm nun erklärlich machen, daß es mit der Sozialisierung in dem Entwurf nicht so ernst gemeint sei. Sie zeigten die verschiedenen Wege, durch die man an der Sozialisierung vorbeikommen könne und das ausländische Kapital die Möglichkeit freier Betätigung hätte. Da antworteten die Ausländer: Ja, nach dem Wortlaut der Vorlage haben Sie recht, aber der Geist dieser Vorlage! Und sie sind abgezogen und wollten von diesem Geschäft nichts wissen. Und ein anderer, ein Engländer, sagte: Ganz recht, aber wer bürgt uns dafür, daß bei der Mentalität, die jetzt an den Regierungsstellen in diesem Staate herrscht, nicht noch viel ärgerre Gesetze kommen.

Sehen Sie, die Rechtsunsicherheit in diesem Staate, die seitdem Sie regieren, Übung geworden ist, die wir auf Schritt und Tritt fühlen, die kennt das Ausland und die ist wesentlich schuld daran, daß sich das Ausland zurückzieht und uns der Kredit nicht gewährt wird. Darauf ändert, meine ich, Ihre Abköpfungstheorie, Herr Dr. Bauer, nichts und Ihre Meinung, den Kronenkurs damit zu heben, daß Sie mit einer Zwangsanleihe und

Vermögensabgabe kommen, daß Sie mit dem Kapital, das Sie einziehen wollen, versuchen, die Wirtschaft fortzuführen, anstatt mit laufenden Einnahmen. (Unterbrechungen und Zwischenrufe.) Ja, ich erlaube mir auch über die Vermögensabgabe zu sprechen und ein Urteil abzugeben. (Zwischenrufe.)

Präsident Hauser (das Glockenzeichen gebend): Aber ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Friedmann: Jawohl, ich erlaube mir auch ein Urteil darüber abzugeben, wie Sie sich die Hebung der Produktion und der Wirtschaft vorstellen. (Zwischenrufe.)

Präsident Hauser: Ich bitte, nicht zu unterbrechen, ich bitte sehr! (Zwischenrufe.) — **Abgeordneter Leuthner:** Herr Abgeordneter Friedmann, vergessen Sie nicht auf die Zentralen! — (Heiterkeit.)

Abgeordneter Friedmann: Ich danke Ihnen für den Einwurf, ich werde auch über die Zentralen sprechen. (Heiterkeit.) Ich werde auch darüber sprechen, welche Spiegelfechterei Sie damit treiben, daß Sie im Ausschuß für Handel die Debatte über die Zentralenwirtschaft unmöglich machen und auf das Gleise der Wahl eines Ausschusses führen, den Sie einfach lahmlegen und der nicht weiterarbeiten kann; obwohl auch die Zwangswirtschaft — und darüber wird Ihr Lachen nicht hinwegtäuschen — zu einem wesentlichen Teil mit daran schuld ist, daß die Produktion sich hier nicht heben kann und kein Kredit ins Land kommt. Jedenfalls ist die Zwangswirtschaft auch schuld daran, daß wir in dem kleinen Österreich selbst die Absperrung des Verkehrs haben, und nicht zuletzt ist sie es, daß wir vor einem Verfassungsentwurf stehen, in dem die Länder immer mehr und mehr von Wien und voneinander abrücken, so daß schließlich eine Verfassung zustande kommen wird, bei der nicht einmal ein kleiner Rest der Staatseinheit vorhanden ist. Gerade Sie, die Sie mit der Forderung des Anschlusses an das Deutsche Reich anerkannt haben, daß nur große Wirtschaftsgebiete weiterbestehen können, gerade Sie müßten zugeben, daß, solange wir auf uns beschränkt sind, wir alles vermeiden müßten, was diesen kleinen $6\frac{1}{2}$ -Millionenstaat noch weiter in einzelne Wirtschaftsgebiete zerschneidet, wie es die Konsequenz Ihrer Zwangswirtschaft wäre. (Zwischenruf.) Ich danke sehr.

Sie meinten — ich darf zumindest doch darauf reflektieren, was der Herr Generalberichterstatter gesagt hat, Sie werden das nicht für ein Sakrileg halten — wenn der Stichtag der Vermögensabgabe bekannt wäre, dann würde das

Vertrauen des Auslandes, wenn ich recht verstanden habe... (Generalberichterstatter Dr. Bauer: Sie haben wie gewöhnlich falsch verstanden! — Heiterkeit!) Nun denn, ich nehme zur Kenntnis, daß er das nicht gemeint hat. Aber Sie haben doch jedenfalls von der Vermögensabgabe als von einer Notwendigkeit gesprochen. Wenn Sie aufrichtig sprächen, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, dann würden Sie es sagen, daß die Vermögensabgabe, wie Sie sie meinen, und alle die Steuergesetze nichts anderes sind als die Absicht der Enteignung, die Sie auf dem Wege, der Ihnen ursprünglich vorgeschwebt hat, nicht haben erreichen können. Ich glaube, Herr Kollege Kraft war es, der hier auseinandergesetzt und gefragt hat: Was soll denn diese Vermögensabgabe bringen? Haben Sie sich schon eine Vorstellung gemacht, wie die Veranlagung möglich ist? Haben Sie sich eine Vorstellung gemacht von den unendlichen Kosten, die nötig sein werden, um mir teilweise die Leute zu erfassen, die vermögensabgabepflichtig sind? Und lösen Sie uns einmal das Rätsel, wie die Leute herangezogen werden, die als Schleichhändler und Schieber nie getroffen werden können, die Sie bei der Vermögensabgabe auch nicht treffen werden und die Sie auch durch Ihr Festhalten an der Zwangswirtschaft fortwährend beschützen?

Es kann uns nur mit einem anständischen Kredit geholfen werden und nur mit einem langfristigen, nicht mit der Art der Kreditgewährung, wie sie jetzt geübt wird, wo wir von acht zu acht Tagen notdürftig weitergefüttert werden, weil man uns einerseits nicht verhungern lassen will und andererseits nicht das Vertrauen hat, uns einen wirklichen Kredit zu geben, insolange ein Regierungssystem hier herrscht, welches ein System der Unaufrichtigkeit und des Absolutismus ist, eines Absolutismus, demgegenüber alles das, was in früheren Zeiten in Österreich geschehen ist, verschwindet. Mit Recht haben lange vor Ihnen viele bürgerliche Politiker sich über den Missbrauch des § 14 beklagt. Aber dieser § 14 ist doch ein Kinderpiel gegenüber dem Missbrauch, den Sie mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz treiben. Auf Grund dieses Gesetzes werden Vollzugsanweisungen in Masse erlassen — das haben Sie den früheren Regierungen in der Kriegszeit abgeguckt — in so großer Zahl, daß die Beamenschaft selbst sich nicht mehr auskennt. Über die § 14-Verordnungen früherer Zeit mußten von sämtlichen Ministern unter Verantwortung des Gesamtministeriums gezeichnet sein, Sie aber erlassen Vollzugsanweisungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes nach einer kauftschulartigen Interpretation des hauptsächlichsten Paragraphen, die von einem einzelnen Staatssekretär erlassen werden können und in der Regel nicht von ihm selbst, sondern von irgend-

einem Beamten konzipiert sind, in so großer Zahl, daß sich das Publikum gar nicht mehr auskennt, (Abgeordneter Forstner: *Und der Hauptausschuß? Den vergessen Sie ganz dabei!*) Sie wissen sehr gut, daß wir uns im Ausschuß für Handel mit diesem Gesetz befaßt haben, daß auf Grund des Antrages Kraft ein Besluß des Ausschusses zu stande gekommen ist, auf Grund dessen der Berichterstatter im Hause hätte berichten sollen. Sie haben es damals hintertrieben. Es hat Monate gedauert, bis wieder im Ausschuß für Handel darüber gesprochen wurde und dann haben Sie gesagt: ja, wir bekommen vom Hauptausschuß eine Vorlage. Die haben wir ja bekommen, aber diese Vorlage ist doch eigentlich nichts anderes als daß geltende Gesetz, als das Gesetz, welches aus einer kaiserlichen Verordnung vom alten Hause umgewandelt wurde, allerdings unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen, und zwar unter der Bedingung, daß die Verordnungen, welche auf Grund des aus der kaiserlichen Verordnung umgewandelten Gesetzes erlassen worden sind, gerechtfertigt werden und dem Ausschuß vorzulegen sind. Eine diesbezügliche Erklärung wurde über einstimmigen Besluß des damaligen Ausschusses für Handel im Abgeordnetenhaus abgegeben. (Abgeordneter Forstner: *Dazu gehört mehr als ein einfacher Besluß, das wirft ja die ganzen Vorschriften um!*) Es handelt sich nicht um die bereits erlassenen Vorschriften, sondern darum, daß Sie, die angegeben haben, Befämpfer des § 14 zu sein, jetzt, wo Sie an der Macht sind, an dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz festhalten, weil Sie auf Grund desselben alles erlassen können, was Sie wollen.

Ich sage: in einem Staate, in dem derartige Zustände herrschen, kann von der Hebung des Kronenkurses nicht die Rede sein, ein solcher Staat kann das Vertrauen des Auslandes nicht erwerben. Sie wissen sehr gut, daß eine Reihe von Ausländern hergekommen sind, nicht als Privatleute, sondern gedeckt durch die Erlaubnis ihrer Regierung, um nachzusehen, wie uns geholfen werden könnte. Alle sagten sich aber: wenn ein derartiges Streiffeuer herrscht, ein solcher Mangel an Macht und Autorität, wenn immer weniger gearbeitet wird, bei einer unsinnigen Ausgabenwirtschaft, da scheint es unmöglich, Kredit zu gewähren. (Zwischenrufe.)

Vielleicht wird man sich mit der Zeit darauf einlassen, uns Rohstoffe für den reinen Veredlungsverkehr zu geben. Aber zu dem Zwecke wird gearbeitet werden müssen. (Abgeordneter Forstner: *Wir haben mehr Kredite bekommen als jedes andere Land! In einigen Tagen sind Sie durch die Tatsachen widerlegt!*) Ja, den Ernährungskredit haben wir bekommen, damit wir nicht verhungern und damit dieses Österreich nicht eine Stätte noch

ärgerer Unruhen werde, als es ohnehin schon ist. Wenn Sie sich damit begnügen, daß uns ein Kredit gegeben wird, indem wir immer wie Bettler die Hand aufhalten und uns nur immer so viel gegeben wird, daß wir nicht verhungern und wenn Sie glauben, daß in breiten Kreisen, besonders des Bürgertums, nicht das Bedürfnis besteht und das Ergefühl vorhanden ist, daß sie wünschen, alle diese Kredite durch ehrliche, intensive Arbeit zurückzuzahlen, dann irren Sie sich. Mit solchen Krediten ist uns nicht gedient. Wir wollen keine Konsumtionskredite, sondern Produktionskredite, um zu zeigen, daß wir produzieren können. Ein großer Teil der Arbeiterschaft wäre fröhlich, wenn Sie sie ruhig erzeugen und arbeiten ließen. Immer wieder wird aber der Keim der Zwietracht, des Aufruhrs und der Erregung in die Leute getragen, und zwar von einer Minderheit, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, von jener Minderheit, die Sie seit dem Umsturz aufgepäppelt haben in der Meinung, in ihr eine Garde zur Bekämpfung des Bürgertums zu haben. Nun stehen Sie da wie der Zauberlehrling und können die Geister nicht bannen, die Sie rießen. Deshalb sage ich: Ich bedaure es, daß die Autorität der Gewerkschaften immer mehr sinkt und daß sie unter das Diktat einer gewissenlosen Minderheit kommen, die immer mit Gewaltmitteln drohen, denen gegenüber die Regierung keine Macht in der Hand hat.

Unter diesen Gesichtswinkel ist das Budget zu betrachten, das uns hier vorgelegt wird. Alle technischen, künstlichen und Palliativmaßregeln werden nichts nützen, solange das System der Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in diesem Staate weiter herrscht.

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Adler; ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Adler: Hohes Haus! Die Rede, die wir eben gehört haben, ist diejenige des einzigen Vertreters, den der Großkapitalismus in Österreich besitzt, und wir müssen daraus den Schluß ziehen, von welcher Beschaffenheit nicht nur die Vertretung, sondern leider auch der Großkapitalismus in Deutschösterreich ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Wir sind in der unangenehmen Lage, das Lob, welches uns der Herr Abgeordneter Friedmann ertheilt hat, daß dieses System, das gegenwärtig in Deutschösterreich herrscht, unser System, das System der Arbeitersklasse sei, auf das Entschiedenste zurückweisen zu müssen.

Der Herr Abgeordneter Friedmann hat gefragt: Ja, was wollen denn diese Arbeiter noch? Es geschieht ja alles nach ihrem Wunsch, es ist

alles, was in Deutschösterreich getan wird, von ihren Direktiven bedingt.

Meine Herren! Es liegt mir fern, gegen den Herrn Abgeordneten Friedmann polemisierten zu wollen, aber die ganze Ahnungslosigkeit über das Fühlen der Arbeiterklasse, über die Wünsche der Arbeiterklasse, über die Notlage der Arbeiterklasse, die in diesen Worten zum Vorschein kommt, zeigt uns, welche schwierige Aufgabe es ist, in diesem Staate Politik zu machen. Eine schwierige Aufgabe deshalb, weil die Grundvoraussetzungen einer politischen Verständigung überhaupt fehlen, weil die Herren das Problem, an dem wir Tag für Tag in der Arbeiterbewegung mit Mühe und Anstrengung zu arbeiten haben, überhaupt nicht begriffen haben.

Wenn der Herr Abgeordnete Friedmann sagt, daß er ja im Erwerbsleben stehe, daß er in den Betrieben gewesen sei, so können wir auf das, was er hier gesagt hat, nur erwidern: Er ist ahnungslos den Aufgaben gegenüber, die wir haben, ahnungslos den Problemen unserer Gewerkschaften gegenüber und ich darf es hier aussprechen, daß sich unsere Gewerkschaften auf das Entschiedenste dagegen verwahren, von dem Herrn Abgeordneten Friedmann gegen das Proletariat in Schutz genommen zu werden. (Zustimmung.)

Nun, meine Herren, es liegt mir fern, mich mit dieser Rede hier näher auseinanderzusezen. Das, was wir gegenüber diesem unmöglichen Budget, das uns heute hier vorliegt, auszusprechen haben, ist, daß wir in dieser Lösung die von verschiedenen Seiten hier als möglich dargestellt wurde. . . . — es hat zum Beispiel der Herr Professor Seipel gesagt, er glaubt an diesen Staat, wie er ist, und er liebt alles, was ist. Das entspricht vollständig seiner Funktion als konservativer Mann. Er liebt das Seiende und es ist Geschmacksache, daß man alles Seiende nicht nur wie Hegel für vernünftig, sondern sogar für liebenswert hält. Wir müssen ihm dieses Vergnügen überlassen, aber für uns Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiterschaft, für uns ist die Sache denn doch eine ganz andere. Wir haben in diesen letzten ein- bis anderthalb Jahren seit dem Zusammenbruch des Krieges unausgesetzt, Tag für Tag, die schwere Aufgabe gehabt, unseren eigenen Leuten, den Arbeitern, immer wieder auseinanderzusezen, wie die Dinge wirklich zusammenhängen, und wir können für uns beanspruchen, daß es keine kleine Leistung gewesen ist (Sehr richtig!), in diesen ein- bis anderthalb Jahren dem Proletariat immer den geschichtlichen Sinn der Situation mit Gewissenhaftigkeit, mit Mut auseinandergesetzt zu haben. (Zustimmung.) Das, meine Herren, können wir in Anspruch nehmen und wir können hier erklären, daß das, was wir während dieser anderthalb Jahre getan haben, eine konse-

quente Politik der Entsaugung sein mußte, weil keine andere Politik möglich war. (Sehr richtig!) Wir hören ja sehr oft — das ist in verschiedenen Bevölkerungskreisen dieses Staates verbreitet — ja, wenn nur von rechts recht dreingehauen wird und es über das Ziel geht, dann werden schon die von links nach der anderen Richtung dreinhalten und es kommt so eine gewisse Resultante zustande, indem beide Teile zu weit dreinhalten. Diese Politik des Aushauens der Extremitäten (Heiterkeit) habe ich, soweit es an mir war, bei unseren eigenen Leuten, den Arbeitern, immer mit vollem Bewußtsein bekämpft und jedem einzelnen in unseren Reihen immer wieder zum Bewußtsein zu bringen versucht, daß er nicht eine Politik der Gewissenlosigkeit zu machen habe, sondern eine Politik des Denkorgans, daß er sich klar werden müsse, welcher Weg der mögliche ist, daß diese Verantwortung nicht nur einzelne Führer haben, sondern daß jeder Mann in der Masse wissen und erkennen muß, was möglich ist, und daß diese Politik der Gewissenlosigkeit, wie sie uns von verschiedenen Seiten gepredigt wird, wenn sie aufgekommen wäre, uns in Deutschösterreich in diesen anderthalb Jahren ins Verderben gebracht hätte.

Wir als Sozialdemokraten haben diese Aufgabe erfüllt, trotzdem unsere Lage noch eine wesentlich schwierigere gewesen ist als die der Herren auf der rechten Seite dieses Hauses. Der Herr Professor Seipel hat seine Abneigung gegen die Koalition damit begründet, daß er uns gesagt hat, daß, wenn diese Terrorakte — ich werde auf das Sachliche schon noch zu sprechen kommen — nicht aufhören und die Sozialdemokratie nicht endlich die Kraft haben wird, diesem Terrorismus zu steuern, ihnen die Koalition unmöglich sein werde. Nicht nur die Abneigung gegen die Koalition und das ganze System der Koalition ist in den Reihen des Proletariats eine viel tiefergreifende (Zustimmung), viel an die Wurzel gehendere. Sie wissen nicht, welche Selbstüberwindung es für die Arbeiterklasse Tag für Tag bedeutet, dieses System der Koalition zu ertragen. (Zustimmung.)

Es widerspricht dieses System nicht wegen einzelner Entartungen, einzelner Übergriffe, die gegen das Proletariat gemacht werden, und Tag für Tag gemacht werden, — wir werden davon noch sprechen — unserem ganzen Geiste und unserem ganzen Wesen, sondern dieses System der Koalition, das uns zwingt, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die auf dem Boden einer anderen Klasse steht, ist für das Proletariat ein Opfer, das es bringt und nur bringen kann in dem Bewußtsein, daß das die einzige Möglichkeit ist, zu existieren. (Zustimmung.) Aber, meine Herren, Sie dürfen auch da nicht die Möglichkeiten überschätzen, die für das Proletariat existieren, und Sie dürfen nicht daraufhin sündigen.

daß Sie nun glauben, weil das Proletariat in diesen anderthalb Jahren sich so einstichtig, so vernünftig, so wirklich vorbildlich im polischen Denken erwiesen habe, es möglich sei, den Bogen zu überspannen und dem Proletariat alles zuzumuten. Das harte Brot der Koalition, das wir jetzt leider noch immer essen müssen, ist unseren eigenen Leuten höchst zuwider. Gehen Sie in jeden Betrieb und fragen Sie, es gibt nichts, was in Österreich, das an Unpopuläritäten doch wahrlich reich ist, so unpopulär ist, wie gerade die Koalition (Zustimmung), und es ist ein täglich erneuter Akt der Selbstüberwindung, daß wir diese Koalition aufrecht erhalten. Es wird an Ihnen liegen, wie lange sie möglich und den Tatsachen entsprechend erhalten werden kann. Ich werde dann darauf zu sprechen kommen, daß gerade die Frage, mit der wir es zu tun haben, die Frage der Vermögensabgabe für das Proletariat der Prüfstein sein wird, wie lange es dieses System noch erhalten wird, und wenn ich auch der Meinung bin, daß von den anderen Herren nicht in frivoler Weise über die Vermögensabgabe geredet werden wird, wie wir es eben vom Herrn Abgeordneten Friedmann gehört haben, so wissen wir, daß die Klasseninteressen der besitzenden Klassen einen zähen, erbitterten Widerstand gegen die entscheidenden Punkte der Vermögensabgabe bewirken und das Proletariat ist entschlossen, diese Frage der Vermögensabgabe zur Kardinalfrage zu machen und davon seine ganze politische Stellung in der nächsten Zeit abhängig zu machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Die Tatsache, von der wir hier auszugehen haben, ist die, daß dieses Gebilde Deutschösterreich ein nicht lebensfähiges Gebilde ist, und es ist diese Tatsache von unserer Seite vom ersten Tage des Umsturzes an konsequent hier vor Augen geführt und der Bevölkerung ins Bewußtsein gebracht worden. Es haben die Meinungen über die Existenzfähigkeit des Gebildes Deutschösterreich Schwankungen gehabt. Es hat auch eine Zeit gegeben, wo gewisse Herren der rechten Seite diese Nichtlebensfähigkeit stärker betont haben, als es heute Herr Professor Seipel getan hat, betont haben, in einem Momente, wo das für uns politisch äußerst schädlich gewesen ist, im Interesse einer reaktionären Politik, die auf die Donauföderation hinschielte. Wir Sozialdemokraten können sagen, daß wir konsequent festgehalten haben — und da können wir die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß dafür eine Mehrheit heute in diesem Hause vorhanden ist —, daß die einzige mögliche politische Lösung der Anschluß an Deutschland ist, daß es keine andere Lösung für uns geben kann. (Lebhaftes Zustimmung.)

Meine Herren! Aus wirtschaftspolitischen Gründen spricht man auch von der Donauföderation

und die Emissäre unserer industriellen Kreise, die im Auslande sind, welche dafür Propaganda entfalten, nicht ohne ganz skrupellose Mittel Propaganda entfalten, diese Emissäre reden heute von den wirtschaftlichen Vorteilen der Donauföderation. Wir Sozialdemokraten aber wissen, daß die wirtschaftlichen Vorteile einer Donauföderation, gewollt oder ungewollt, gewisse politische Nebenwirkungen haben müssen, daß mit der Donauföderation wirtschaftlich und politisch die Reaktion einzieht, daß sie ein Deckmantel des Monarchismus ist und wenn wir heute uns in diesem Hause an das zurückrinnern, was früher in diesem Hause des Nationalitätenstaates gewesen ist, so können wir nur sagen: so schlimm heute alle Dinge in wirtschaftlicher und anderer Richtung sein mögen, zurück zum alten Österreich soll keiner von uns! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Monarchismus ist eine Konsequenz dieser Donauföderation und wir Sozialdemokraten werden nicht müde werden, diese Konsequenz dem Volke zum Bewußtsein zu bringen.

Dabei sagen wir Ihnen ganz offen und haben daraus nie ein Geblt gemacht, daß wir gar nichts dagegen haben, wenn es in unserem Staate Monarchisten gibt. Es gibt in jeder Republik eine monarchistische Partei, und wenn die Leute den Mut zum Bekenntnis zur Monarchie haben, werden wir sie daran nicht hindern. Wir sind nur dagegen, daß sich unter dem Deckmantel republikanischer Treue verkappte Monarchisten bei uns herumtreiben (Zustimmung), und wir würden nichts sehnlicher wünschen, als daß sie einmal offen auftreten, denn wir wissen sehr genau: der Anhang, den sie finden, wird ein recht bescheidener sein. Denn, so sehr die Sinne auch verwirrt sind, zurück zur Monarchie, das ist bei uns nicht populär, und wir sagen deshalb: Bitte, meine Herren, die es offen wollen, die den Mut dazu haben, gründen Sie eine monarchistische Partei, das ist ja nicht verboten. Es ist ja nur eine Idee aus dem Gedankenkreise des alten Polizeistaates, daß so etwas verboten sei. Früher, unter dem alten Regime, war natürlich eine republikanische Partei ein hochverräterisches Unternehmen und wir können uns schon vorstellen, daß die Polizisten, die nichts neues gelernt haben, noch immer denken: auch in der Republik ist jetzt einer, der für die Monarchie ist, von vornherein ein Hochverräter. Wir haben gar nichts dagegen, wenn sich jemand offen dazu bekennit. Wir wünschen nur, daß man den Mut zum Bekenntnis der Überzeugung habe, und wir würden nichts sehnlicher wünschen, als bei den Wahlen einer solchen Partei gegenüber zu stehen. Es wäre ein erfreulicher, ein herzerfrischender Kampf für uns. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Die Frage, die heute mit einem gewissen Recht im Mittelpunkte der Erörterung gestanden ist, ist die Frage der Verfassung, und es ist vom Herrn

Professor Seipel hier auseinandergezett worden, wie sehr er wünsche, daß die Verfassung bald erledigt werde. Wir können ihm versichern, daß wir Sozialdemokraten ebenso sehr darauf bedacht sein werden, diese Verfassung möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen, daß wir Sozialdemokraten es als eine selbstverständliche Aufgabe der Konstituierenden Nationalversammlung betrachten, daß sie auch die Konstitution mache. Aber wir werden uns unter dieser Forderung nicht weiß machen lassen, daß die Verfassung nun so rasch gemacht sein muß und der Vermögensabgabe voranzugehen hat, sondern wir sagen Ihnen: Wir halten die Frage der Ordnung unserer Wirtschaft für eine ebenso dringende und werden in keiner Weise dulden, daß die Frage der Vermögensabgabe irgendwie, unter welchen Vorwänden immer, in den Hintergrund geschoben werde. (Zustimmung.) Wir sind der Meinung, daß es sich bei der Frage der Verfassungsgebung nicht um Fragen des Fleißzettels für einzelne Staatssekretäre oder den Staatskanzler handle, wir sind nicht der Meinung, wie es uns der Herr Professor Seipel so schön auseinandergezett hat, daß, eben weil hier nichts geschehen ist, die Länder zuerst mit Geduld zugeschaut haben, später haben sie die Geduld verloren, dann haben sie sich der Sache angenommen, weil die anderen keine Zeit dazu gehabt haben. Meine Herren! Diese Auffassung der Entwicklung setzt doch ein etwas naives Auditorium voraus. Wir sind der Meinung, daß sich hinter diesen Verfassungsfragen sehr ernste Differenzen in den Klasseninteressen der Bevölkerung verborgen und daß wir uns durch das Tempo der Verfassungswerdung nicht darüber täuschen lassen dürfen, daß es sich um Fragen in der Sache handelt. (Zustimmung.) Und da sagt uns der Herr Professor Seipel, daß infolge der Langsamkeit, mit der wir da vorgegangen sind, nicht einmal mehr die Länder recht in einem Staate zusammenhalten, daß eine gewisse Verzweiflung vorhanden sei und die Länder schon deshalb aus-einanderstreben, weil der schöne Entwurf des Professors Mayr noch nicht in dritter Lesung angenommen worden ist.

Meine Herren! Für uns Sozialdemokraten liegt die Sache denn doch etwas tiefer. Für uns sind nämlich die Länder nicht etwas Heiliges. Wir sind der Meinung, daß wir vor den Ländern ebenso wenig Respekt haben, wie vor ihrer ehemaligen Zusammensetzung in der glorreichen schwarz-gelben Monarchie. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn Sie uns hier erzählen, daß diese Länder das Primäre seien, die nun zu verfügen haben, so müssen wir Ihnen offen gestehen, daß die Frage der Länder allerdings in dem Momente des Umsturzes offen geblieben ist, obwohl es eigentlich zur guten alten Tradition der Revolutionen gehört hat — Sie brauchen nur an die französische zu denken —, daß

ihr wesentlichstes Werk war, Länder zu zerstören und Repartements zu schaffen, und daß damals aus ganz guten Gründen — ich will hier nicht das Problem in der Gänze aufrollen — vor allem mit Rücksicht auf die Erhaltung der Sudetenländer und die Erhaltung des inneren Friedens in den Sudetenländern es ein Opfer gewesen ist, daß man die Länder in diesem Momente erhalten hat. Aber soweit sind wir keineswegs, daß wir nun den Respekt hätten, die Länder seien wie für den Herrn Professor Seipel das von Gott Gegebene, an dem wir nicht zu röhren haben, sondern wir haben auch gegenüber den Ländern die Meinung, daß sie in einer Zeit mit vollständig anderen Wirtschaftsbedingungen, als sie heute bestehen, entstanden sind und daß man sehr wohl die Frage aufwerfen kann, ob die Abgrenzungen der Länder, wie sie gegenwärtig bestehen, den wirtschaftlichen Bedingungen der Neuzeit tatsächlich entsprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir Sozialdemokraten sind nicht nur in der Frage der Staatenabgrenzungen, sondern auch in der Frage der Länder weit davon entfernt, historische Rechte anzuerkennen, sondern wir anerkennen auch in der Frage der Länder nur das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, die selbst über ihr Schicksal entscheiden und sich nicht durch alte Rechtsinstitute, alte Zustände für das präjudizieren lassen sollen, was gegenwärtig in der Welt notwendig ist. (Beifall.) Deshalb werden wir in der Verfassungsfrage einen anderen Standpunkt in den Vordergrund rücken, als es von den Herren Christlich-sozialen geschieht. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß auch die Länderabgrenzungen für uns nichts fertig Gegebenes sein können, sondern wir wünschen, daß in die Verfassung ein Artikel aufgenommen wird, in dem das Selbstbestimmungsrecht gewisser Landesteile gewahrt und diesen Landesteilen das Recht gegeben wird, darüber zu entscheiden, ob sie ein selbständiges Land bilden wollen oder ob sie sich einem anderen Lande, als sie gegenwärtig angeschlossen sind, anschließen wollen. Wir können ganz gut verstehen, daß sich etwa die obersteirischen Arbeiter nicht ganz wohl in jenem Lande fühlen, in dem sie sich momentan befinden, sondern sich dort in Obersteiermark schon eine Idee geltend machen könnte, daß auch die Landesgrenzen eine etwas andere Abgrenzung erfahren könnten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Deshalb, meine Herren, werden meine Parteigenossen auf dieser ja vorläufig ganz unverbindlichen Länderkonferenz, die da in Linz stattfindet, den Antrag stellen, daß zusammenhängende Landesgebiete das Recht haben, wenn die Mehrheit der Gemeinden in diesem Gebiet es wünscht, die Volksabstimmung darüber zu verlangen, ob dieses Landesgebiet sich einem anderen Lande anschließen

soll, oder nicht. Wir wollen auch gewissen zusammenhängenden Landesgebieten das Recht geben, sich als selbständiges Land zu konstituieren, wir sind dabei sehr tolerant und wollen einen Maßstab aus der Wirklichkeit nehmen und sagen, wenn die 140.000 Bewohner von Vorarlberg das Recht auf Selbständigkeit haben, so haben auch irgend andere 140.000 Bewohner, etwa von Obersteiermark oder vom Wiener Neustädter Industriegebiete dasselbe Recht, die Selbständigkeit zu fordern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Dr. Dinghofer: Jeder Bezirk in Wien hat über 140.000!) Ich bitte, meine Herren, die Wiener Frage ist ja eine selbständige Frage, die Selbständigkeit von Wien . . . (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Auch von einzelnen Bezirken!) Herr Professor Gürtler, wir sind nicht gewohnt, jedes Prinzip ad absurdum zu führen, wir sagen deshalb, weil wir denken die Menschen sind in unserem Entwurfe „Gemeinden“ und die Gemeinden werden dieses Recht haben. Das ist nur eine logische Konsequenz (So ist es!) dessen, was sie vom Standpunkte der Länder gegenüber dem Staate gemacht haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Ich habe diesen einen Punkt in bezug auf die Verfassung hervorgehoben, aber es sind damit natürlich bei weitem nicht die großen Gegenfänge erschöpft, die zwischen uns und den bürgerlichen Parteien in der Verfassungsfrage bestehen. Ich will hier nicht darauf eingehen, man wird ja in den nächsten Tagen von jener unverbindlichen Gesellschaft, die sich da in Linz vereinigt hat, genauere Berichte hören . . . (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Warum ist Herr Präsident Seitz dann hingefahren?) Präsident Seitz ist nicht Teilnehmer der Länderkonferenz, aber Präsident Seitz hat außer seinen Funktionen auch als Parteimann das Recht, mit anderen Parteigenossen zu konferieren.

Meine Herren! Diese Länderkonferenz ist ja sicher ganz wertvoll als eine Expertise über die Meinungen und meine Parteigenossen werden diese Länderkonferenz in diesem Sinne benutzen, wie sie schon das erstmal mit sehr großer Deutlichkeit den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten haben.

Ich möchte nur noch einen Punkt hervorheben, wo wir uns auch sehr wesentlich von jenen Meinungen unterscheiden, die heute hier im Hause zum Ausdruck gekommen sind. Nicht nur der Herr Abgeordnete Friedmann, sondern auch andere Redner haben zum Ausdruck gebracht, es sei schon so viel an Demokratisierung oder, wie das immer ausgedrückt wird, an Absolutismus des Proletariats in Österreich geschehen, daß hier eigentlich gar nichts mehr zu wünschen übrig wäre. Meine Herren! Das ernste Problem für uns ist, daß tatsächlich auf dem flachen Lande draußen noch immer der

Zustand des alten Obrigkeitstaates erhalten geblieben ist (So ist es!), daß der Bezirkshauptmann noch immer in der altgewohnten Weise schaltet und waltet, und unsere allererste Forderung muß die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften sein. Wenn Sie wissen wollen, warum es — wie Sie das nennen — so viele Übergriffe der Arbeiterräte draußen auf dem Lande gibt, so ist nichts anderes der Grund, als der Umstand, daß das jegige System, welches das Volk absolut rechtlos macht, absolut einflußlos läßt, noch immer besteht, daß es draußen in den Bezirken keine demokratische Selbstverwaltung gibt, und Sie werden nicht zu einer besseren Lage kommen können, solange diese Demokratisierung in den Bezirken nicht wirklich durchgedrungen ist. Und wenn Sie die Frage der Arbeiterräte auf dem Lande draußen immer wieder aufrütteln, so ist zu sagen, daß diese Arbeiterräte eben eine Form der Selbsthilfe sind, um gegenüber dem unsfähigen und zum Teil unwilligen Apparat, der die alte Bürokratie in ihrer alten Form noch immer vollständig intakt läßt, eine Remedy zu schaffen. Wenn Sie etwas Ernstliches gegen die Funktion der Arbeiterräte draußen tun wollen, dann bemühen Sie sich, möglichst rasch die Demokratisierung der Bezirksverfassung durchzuführen, und Sie werden sehen, daß alles anders gehen wird, wenn die Arbeiter mitzusprechen haben werden. (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Die reden ja doch in alles hinein!) Sie reden selbstverständlich in alles hinein, weil gar kein Arbeiter die verrückte Idee haben wird, daß nur die Beamten und nur die herrschenden Klassen in diesem Staate etwas zu reden haben. (Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Der Professor Seipel hat uns gesagt: Befreien Sie die Beamten von dem Drucke von außen, machen Sie sie wieder unabhängig! (Abgeordneter Dr. Mataja: Sehr richtig!) Der Herr Professor Seipel hat uns das gesagt und der Herr Dr. Mataja sagt „Sehr richtig“ (Heiterkeit), wie es vollständig zu vermuten gewesen ist, und deshalb darf ich das, was ich hier über den Druck von außen sagen will, auch gleichzeitig auf beide Herren anwenden. Wie ich das nämlich hier vom Herrn Professor Seipel gehört habe, da ist mir eingefallen, daß gerade hier in diesem Saale in einer schon lange vergangenen Zeit, im Jahre 1893, wo dieser Saal noch ein ehrenhafter Saal des Herrenhauses gewesen ist, ein Graf aufgetreten ist, namens Stadnicki, der, als das Proletariat erklärte, es wünsche das allgemeine Wahlrecht, hier von diesem Platze aus — ebenso wie der Herr Professor Seipel heute — gesagt hat, daß er sich durch die Argumente von der Straße nicht imponieren lassen werde. Diese längst vergangene Zeit, die ihre Erben eben nur momentan — ich will keine anderen Namen nennen

— in Herrn Professor Seipel und Dr. Mataja zu finden scheint, ist mir in Erinnerung gekommen, weil dieser Graf Stadnicki in jener Zeit so furchtbar populär geworden ist, so populär, daß, wenn man seinen Namen in einer Versammlung nannte, der Redner nicht mehr weitersprechen konnte, sondern immer *Pfui!* gerufen wurde, so daß schließlich unser Freund Schuhmeier gesagt hat: „Ich sage nicht mehr Graf Stadnicki, sondern einfach Graf *Pfui!* Das war jene Episode und es muß etwas von jenem damaligen Geist der konservativen Herren, wo das allgemeine Wahlrecht noch als etwas lästerliches empfunden worden ist, von jenem Milieu wieder in die Herren hineingekommen sein. (Abgeordneter Dr. Mataja: Das ist etwas schwach!) Ich überlasse es dem Herrn Abgeordneten Mataja, schönere historische Reminiscenzen zu pfählen, wenn er es wünscht.

Wir sind bei der Frage der Beamten und es ist uns vom Herrn Abgeordneten Seipel gesagt worden: „Machen Sie die Beamten wieder unabhängig!“ Auch dieses Wort „machen Sie die Beamten wieder unabhängig“, hat für jemanden, der nicht vollständig vergessen hat, was in Österreich bis zum Umsturz gewesen ist, einen sehr merkwürdigen Klang gehabt. Die Beamten sind überhaupt erst unter dem gegenwärtigen Regime zu einer gewissen Menschenwürde erwacht. (Heiterkeit.) Und es war ein System des Obrigkeitstaates im alten Österreich, das wir hier nicht in einer großen Schilderung vorführen wollen. Und wenn Sie sagen: „Befreien Sie die Beamten von dem Druck von außen“, so möchte ich Ihnen und den Herren Christlichsozialen darauf antworten: Befreien Sie die Beamten auch von dem Druck von innen, schränken Sie neben den Argumenten der Strafe, die Sie so fürchten, das Problem der Protection etwas ein. Wir können schon sagen, wir, die wir jetzt erst Gelegenheit haben, das so mehr von der Nähe zu sehen, als wir es früher kamen, daß die Versuche, immer wiederum persönliche Momente bei der Besetzung aller Stellen ins Treffen zu führen, uns Sozialdemokraten etwas sehr Fernliegendes sind und wir immer wieder über die Behendigkeit und die Betriebsamkeit erstaunt sind, die die Herren Christlichsozialen überall, wo es sich um die Besetzung von Stellen in den Staatsämtern handelt, entfalten. Wir würden da schon um etwas mehr Einschränkung bitten. (Abgeordneter Dr. Alfred Gürtler: Da müssen sie bei sich selbst anfangen!) Ich habe noch nie in meinem Leben einem Menschen eine Empfehlung gegeben. Sie werden mir das wohl kaum nachsagen können.

Wenn wir aber von diesem Beamtenproblem hier reden, so hat das für uns als Vertreter des Proletariats noch eine andere Seite. Denn dieses Problem der Beamten ist nicht nur, wie es hier immer dargestellt wird, ein Problem der Quantität,

es ist auch ein Problem der Qualität. Und die Sache ist so — darüber sind wir hier im Hause wohl alle einig —, daß der Beamtenstab, den wir von der alten Monarchie ererbt haben, natürlich ein ganz gewaltig zu großer ist für unser kleines Staatswesen, daß ein Abbau dieses Beamtentums stattfinden muß. Das ist die eine Last, die auf uns drückt. Wir müssen den Beamtenstand, so traurig das für einzelne Beamte persönlich unter Umständen sein mag, verkleinern, denn wir haben ja heute aus dem Budget entnehmen und in dem Berichte des Ausschusses lesen können, daß die ganzen Einnahmen des Staates knapp hinreichen, um die Beamtengehalte auszuzahlen. Es ist also eine Maschine, die nach außen gar nichts mehr produziert, sondern nur sich selbst erhält, dieses ganze Finanzsystem, mit dem wir es hier zu tun haben. Wir sind also alle darin einig, trotz des traurigen Schicksals, das einzelne Beamte trifft: die Quantität muß herabgedrückt werden.

Daneben kommt aber für uns als Vertreter der Arbeiterklasse noch eine zweite Frage in Betracht, die Qualität der Beamten. Und da müssen Sie schon verstehen, daß, nachdem ein Staat durch Jahrzehnte und Jahrzehnte sich eine Auslese von Beamten gesucht hat, die nur Vertreter feudaler Mächte und schließlich des Bürgertums gewesen sind und niemals Vertreter des Proletariats, in den Beamtenkörper eingedrungen sind, nachdem ängstlich der ganze Beamtenapparat rein gehalten wurde von Leuten, die auch nur verdächtig waren, sozialistische Ideen zu haben, daß wir als Vertreter der Arbeiterklasse allerdings ein Interesse daran haben, daß die Qualität dieses Beamtenkörpers in unserem Sinne etwas verbessert werde, wie diesen Gesetzen und den Möglichkeiten entspricht. Das ist, meine Herren, eine Schwierigkeit für uns, die dadurch sehr vergrößert wird, daß wir gar nicht die Leute in so großer Zahl haben, daß sie Ihnen irgend ein Unbehagen bereiten könnten. Die Taktik aber, die Sie einschlagen, daß, wenn Sie überhaupt einmal hören, irgendwo ist einer, der ein Sozialdemokrat ist, Sie das gleich als einen Grund zur Heze gegen diesen Mann nehmen, ist ein System, gegen das wir uns entschieden wenden müssen. Wir als Vertreter der Arbeiterklasse müssen verlangen, daß auch in der Bureaucratie des Staates den Vertretern der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung zuteil werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Die Beamten haben sicher sehr viel zu klagen und ihr Los ist durch das Los des ganzen Staates als ihres Arbeitgebers ein überaus trauriges, darüber gibt es zwischen uns gar keine Differenz. Aber wir wissen auch, und das ist die andere Seite der Sache, daß natürlich in dem Beamtenkörper, unbeschadet aller Ansprüche auf

Grund der Dienstzeit usw., eine Menge von Lerten des alten Regimes sind, die den Arbeitern auf die Nerven gehen, und es ist schon zu verstehen, meine Herren, daß wir eine sehr starke Unschichtung dieses Beamtenkörpers wünschen würden.

Wir können sie nicht vornehmen wegen dieses Gegensatzes zwischen Quantität und Qualität, weil wir abbauen müssen und andere schwer hineinbringen, aber wir sagen Ihnen ganz offen, daß das ganze heutige System ja unter Umständen auch eine Reform darin finden könnte, daß man, wie es einem demokratischen Staatswesen entspräche, an die Wahl der Beamten dächte, wobei dann das Volk darüber entscheiden könnte, ob die alten Herren, die den Staat sabotieren und gegen unsere Regierung intrigieren, auf ihren Plätzen bleiben sollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Es sind uns hier von Herrn Professor Seipel Beschwerden vorgeführt worden gegen einzelne Staatsämter. Auch ich wäre wirklich nicht in Verlegenheit Ihnen ein ganzes Register von Beschwerden von seiten der Arbeiterschaft hier zum besten zu geben. Da aber vorgesorgt ist, daß in der Spezialdebatte in 60 Stunden dieses Register gründlich aufgezogen werden kann, will ich es unterlassen, hier nun etwa in Einzelheiten einzugehen. Aber einiges hängt denn doch mit der allgemeinen politischen Betrachtung zusammen, der unsere Generaldebatte dienen soll.

Da ist uns vor allem vom Herrn Professor Seipel einer der Herren Staatssekretäre so gerühmt worden, nämlich Herr Professor Mayr, dem die Aufgabe obliegt, die Verfassung zu arbeiten, und es ist gesagt worden, wie fleißig Herr Professor Mayr ist. Wir wissen, daß schon zwei Entwürfe diesem seinem Privatsleiß entstammt sind, und wir wünschen den Privatsleiß des Herrn Professors Mayr keineswegs in Zweifel zu ziehen. Anders steht es aber denn doch, wenn uns Herr Professor Seipel zumutet, daß wir nun auf Grund dieser Proben des Fleißes dem Herrn Professor Mayr die ganze Verwaltungsreform wirklich und rücksichtslos in die Hände geben sollen, weil Professor Mayr die Zeit, die Initiative, die Übersicht über alle diese Dinge in derartigem Maße besitzt, daß Herr Professor Seipel volles Vertrauen für das Gelingen der Verwaltungsreform durch den Herrn Professor Mayr glaubt hegen zu dürfen. Aber, meine Herren, wir können dieser etwas starken Überschätzung des Herrn Staatssekretärs Mayr, die in den Worten des Herrn Professors Seipel zum Ausdruck kommt, nicht zustimmen, weil die Produkte des Fleißes, den wir anerkennen, denn doch nicht von so überzeugender Qualität gewesen sind, daß wir das Schicksal der Verwaltungsreform diesen Händen und nur diesen Händen

würden glauben überantworten zu dürfen. Ich glaube, daß bei aller Anerkennung für den Fleiß es sich in der Verwaltungsreform ebenso wie in der Verfassungsreform um so schwerwiegende Fragen der Macht handelt, daß wir keineswegs die Möglichkeit haben, nun etwa die ganze Arbeit der einen Seite zuzuschieben und uns ausschalten zu lassen, was die Zunutung war, die Herr Professor Seipel so freundschaftlich der Sozialdemokratie gestellt hat.

Sie gestatten, meine Herren, daß ich auch noch von anderen Ämtern hier kurz spreche. Vor allem sind wir unzufrieden — das hängt mit politischen Fragen zusammen und muß hier einmal in aller Öffentlichkeit gesagt werden —, wie das Handelsamt seine Aufgaben löst, wo sie in das Gebiet der auswärtigen Politik hineinspielen. Es hat sicher das Handelsamt die Aufgabe, möglichst viele Verträge, die für Deutschösterreich günstig sind, zu schließen. Es hat die Aufgabe, möglichst viel von dem alten Zeug, welches durch die Sachdemobilisierung frei geworden ist, zu verkaufen, es zu möglichst günstigen Bedingungen zu verkaufen. Aber es ist uns nicht gelungen, trotzdem wir immer wieder intern darüber gesprochen haben, zu bewirken, daß endlich einmal dieser Skandal ein Ende finde, daß Waffenlieferungen und Lieferungen von Kriegsmaterial auf dem Wege der Sachdemobilisierung unter der Patronanz des Handelsamtes hinausgehen, die für den Staat Deutschösterreich vererblich sein müssen.

Meine Herren! Wir bekommen immer wiederum Dinge zu sehen — und Sie haben da wieder einen Grund, gegen die Arbeiterräte und die Arbeiter überhaupt aufzubegehren, weil die Arbeiter solche Lieferungen aufzuhalten und etwas, was rechtskräftiger Vertrag ist, zu verhindern suchen — daß dieses Handelsamt einem Nachbarstaate — ich will einmal ganz offen von der Leber weg reden, man muß es einmal auch an die Öffentlichkeit bringen — einem Nachbarstaate, in dem eine Kaste an der Regierung ist, die wiederholt gedroht hat, daß sie unter Umständen nach Deutschösterreich einmarschieren und hier Ordnung machen werde — die Herren wissen, ich rede von dem verrückten Horthyregime in Ungarn — daß man diesen Herren, die uns drohen, daß sie eventuell bei uns einmarschieren werden, von seiten unseres Handelsamtes eine Waffenaufrüstung gibt, indem man ihnen erstens einmal 20.000 Stahlhelme auf Grund eines legalen Vertrages verkauft (Hört! Hört!), daß man ihnen weiters gestern wiederum 40.000 Patronentaschen aus Leder überweisen wollte (Erneute Rufe: Hört! Hört!), daß man kurz eine wirklich planmäßige Ausrüstung der ungarischen Horthy-Armee von uns aus, aus unseren Beständen vornimmt. (Sehr richtig!) Wir müssen hier einmal offen erklären, daß wir gegen diese Praxis des

Handelsquates den schärfsten Protest erheben. (Zustimmung.) Nicht minder gefährlich ist es — ich will hier nicht reden vom Standpunkte der Sozialdemokratie, nach welchem es auch verächtlich ist, derartiges zu tun, sondern ich will nur sprechen vom Standpunkte des Staates — daß wir einfach einen Neutralitätsbruch begehen, indem wir Waffenlieferungen an Polen zulassen, das sich in einem Kriege befindet. Sie müssen da schon die Erregung der von Ihnen so viel geschmähten Arbeiterräte und der Eisenbahner auf den Bahnhöfen verstehen, wenn sie in die Lage kommen, derartige Waggons von Kriegsmaterial verladen und verschieben zu müssen, und dabei sehen, daß die Deklarationen nach Polen lauten. Sie müssen verstehen, daß dann den Arbeitern die Geduld reicht und sie sagen: Wenn das Staatsamt für Handel nicht in der Lage ist, das selber zu verhindern, wenn die Herrschaften, die an der Spitze sind, nicht die Vernunft haben, das zu verhindern, dann müssen es eben die Arbeiter selber tun. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Wir werden ja noch Gelegenheit haben, über einzelne Beschwerden zu sprechen. Ich will, um meine Redezeit nicht zu überschreiten, mir noch einen Punkt zur Sprache bringen, der für uns Sozialdemokraten von großer Wichtigkeit ist und der ja den Herren beider bürgerlichen Parteien immer wieder Anlaß zu Klagen gibt. Das ist der Punkt des vielgerühmten Terrorismus. Es wird uns hier erzählt, daß böse Taten vollbracht werden. Meine Herren! Ich gestehe Ihnen ohne weiteres zu, daß auch wir Sozialdemokraten vieles wahrzunehmen haben, was wir bedauern, daß auch sicher von Arbeitern manches geschieht, was besser ungeschehen bliebe. Aber wenn Sie, meine Herren, die Arbeiter immer wegen ihres Terrorismus und ihrer Gewalttätigkeit angreifen, dann möchte ich Ihnen sagen, daß Sie sich doch gefälligst erinnern mögen, daß Sie durch fünf Jahre die ganze Bevölkerung planmäßig verwildert haben, daß Sie durch fünf Jahre des Krieges in Poesie und Prosa gepredigt haben: „Der Schuß dem Russ“, „Der Tritt dem Brit“, „Der Stoß dem Franzos“ und wie diese schönen Schlagworte lauten, die Sie zu Anfang des Krieges hinausgegeben und die wir Sozialdemokraten allerdings immer wieder auf das tiefste bedauert haben.

Wenn Sie eine Verrohung der gesamten Bevölkerung wahrnehmen, dann gestehen Sie nur ein, daß vor allem die bürgerlichen Parteien, die diesen Krieg gutgeheißen haben, die diesen Krieg zu verantworten haben, weil sie die Schuldigen durch Jahre gedeckt haben, ihr gutes Teil der Verantwortung an den Folgen haben. Wenn der Herr Abgeordnete Paulitsch gesagt hat, es ist eine sittliche Erneuerung des deutschen Menschen nötig und es handelt sich nicht nur um die Folgen des Krieges,

so stehen wir auf dem Standpunkt, daß es eine Verkennung und Verzerrung des wirklichen Tatbestandes ist, wenn Sie nicht verstehen, daß das, was Sie an Roheitsakten gegenwärtig noch wahrnehmen, eine Folge des Krieges und nur eine Folge des Krieges ist. (Zustimmung.) Und da, meine Herren, habe ich denn doch zu sagen, daß, wenn Sie uns erzählen, daß die Arbeiter Roheitsakte begehen, wir bei jeder Gelegenheit Ihnen klar zu machen haben, daß das keine Eigenschaft der Arbeiter allein ist, sondern daß mindestens ein ebenso voll gerüttelt Maß von bedauerlichsten Roheitsakten von Ihnen Parteigängern verübt wird. (Zustimmung.) Ich brauche nur an die Bauern von Ruprechtshofen zu erinnern, um Ihnen genug gesagt zu haben; ich brauche nur an die Misshandlung des Landtagsabgeordneten Baumgärtl in Böcklabruck zu erinnern, den Sie ganz mutwillig geschlagen haben, so daß eine gerichtliche Untersuchung in der Sache noch schwiebt. Ich brauche das Register hier nicht fortzuführen. Wir sind bereit, in der Spezialdebatte über den Terrorismus noch zu sprechen, wenn Sie es wünschen. Ich möchte nur konstatieren, daß das nicht gegen die Arbeiter ausgeschaut werden darf, sondern, soweit Verrohung besteht, sie eine Verrohung der ganzen Bevölkerung ist. Wir werden uns nie einreden lassen, daß die Arbeiter daran die Schuldigen sind.

Wenn Sie uns fortwährend mit dem berühmten Fall Neunkirchen kommen, so kann ich nur sagen, daß auch da die Verrohung nicht nur auf der einen Seite ist. (Rufe: Sehr richtig!) Denn der Herr Direktor Zweifel, der, wie jedermann, der etwas gegen die Arbeiter tut, unter Ihre Patronanz genommen wird, ist ein sehr hoher Geselle, über den schon im Kriege die schwersten Klagen gewesen sind, daß er Frauen in der Fabrik bei den Haaren gerissen habe (Rufe: Hört! Hört!), schon lange, bevor der Umsturz die Verrohung gebracht hat, von der Sie hier reden. Wenn auch die Gerichtsakten noch nicht feststellen, daß er einen Krüppel zu Boden geschlagen hat und der Anlaß dieses ganzen Konfliktes eben nicht klarzustellen sein wird, weil nur die zwei Menschen dabei waren, ob wirklich der Krüppel sich eine Handbewegung gegen ihn erlaubt hat oder der Herr Direktor Zweifel der tatsächliche Angreifer in diesem Falle war. Ich weiß es nicht; aber so ganz einfach, wie die Herren es darstellen, daß es sich da nur um Roheitserzeesse der Arbeiter handelt, ist die Sache denn doch nicht. Ich muß in diesem Zusammenhange schon sagen, wenn Herr Professor Seipel sich über Eingriffe in die Justiz beklagt hat, dann hätte er, glaube ich, als aufrechter österreichischer Staatsbürger denn doch die Verpflichtung gehabt, zunächst andere Eingriffe in die Justiz hier zu brandmarken (lebhafter Beifall), die hier an den

Pranger zu stellen gewesen wären. Jawohl, es fanden bei uns Eingriffe in die Justiz statt, sie fanden statt, weil die Herren vom Bürger- und Ständerat sich nicht entblößen, fortwährend bei den Vertretern der auswärtigen Mächte zu intrigieren gegen die Arbeiterklasse in Österreich, zu intrigieren gegen unsere Regierung, zu intrigieren gegen den eigenen Staat, weil diese Herren herumgehen und versuchen, Eingriffe in die Justiz auf dem Wege über auswärtige Mächte zu bewirken. Und es ist eine der beschämendsten und bedrückendsten Tatsachen für unser Staatswesen, daß in dem Falle Neunkirchen es sich der schweizerische Bundesrat und sein hiesiger Gesandter nicht versagen konnte, einen der entwürdigendsten Eingriffe in unsere Justiz vorzunehmen und uns direkt zu drohen.

Meine Herren! Aus den heute eingelangten schweizerischen Zeitungen können Sie den Wortlaut dieses Elaborates des hohen Bundesrates entnehmen und daraus ersehen, wie man uns gepreßt hat, wollen wir milde sagen, gesügig zu sein in der Justiz, gepreßt hat unter der Drohung, daß sich die Schweiz von der finanziellen Hilfsaktion zurückziehen werde, wenn nicht Verhaftungen erfolgen, und diese Drohung ausgesprochen hat in einem Moment, wo — die Herren erinnern sich der damaligen Situation — Amerika erklärt hat, nur mitzumachen, wenn die neutralen Mächte dies auch tun. Und ich muß schon sagen, wenn dieser Fall Neunkirchen einen Anlaß bieten kann, über Eingriffe in die Justiz zu reden, dann hätten wir als aufrechte Parlamentarier von Deutschösterreich die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, uns dagegen zu wehren, daß wir entwürdigt werden von jenen, die uns Brot geben und glauben, uns dann mit der Peitsche behandeln zu können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es ist nicht der einzige Eingriff in jener Zeit gewesen; Italien hat einen ebensolchen Eingriff in die Justiz vorgenommen und wir würden nur wünschen, daß unser Staatsamt für Justiz, aber das zu reden ja vielleicht die Spezialdebatte noch ausführlich Gelegenheit geben wird, seine Politik mache im Sinne der Unabhängigkeit der Justiz nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Wir haben allen Grund, zufrieden zu sein, daß diese traurige Episode Neunkirchen, traurig nach allen Richtungen hin, endlich so weit abgeschlossen ist, daß, wie ich eben gehört habe, nun die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt werden. Wir haben das Bedürfnis, es hier auszusprechen, daß wir uns bei Verhaftungen nicht leiten lassen dürfen und nicht leiten lassen sollen von politischen Gesichtspunkten, wie es diesmal der Fall gewesen ist, wo die Zwangslage durch das Ausland geschaffen wurde, sondern daß wir einzig von strafprozeßualen Momenten zu urteilen haben und es hat das Oberlandesgericht

nun endlich diesen strafprozeßualen Momenten Rechnung getragen. Es hat erklärt, daß für die Fortdauer dieser Haft kein Grund mehr gewesen ist und hat die Verhaftungen endlich aufgehoben.

Wir wollen nicht, daß irgend jemand straflos bleibe, der Strafe verdient, wir wollen aber nicht, daß in die Arbeitermassen das Gefühl der Verbitterung hineingetragen werde, daß sie das Gefühl haben, Opfer einer Klassenjustiz zu sein, weil es gewisse Herrschaften, die ausländische Einflüsse zu benutzen verstehen, hier wünschen. Deshalb hätte ich es für besser und für würdiger gehalten, wenn von den Herren der bürgerlichen Parteien dieser Fall hier in dem Sinne herangezogen worden wäre, wie er es verdient, herangezogen zu werden. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: *Ijubicie!*) Ich bitte, meine Herren, wir werden ja bei der Justiz über die Praxis der obersten Gerichtsbehörden noch reden und Sie können schon verstehen, daß in den Reihen meiner Parteigenossen das starke Bedürfnis besteht und fortwährend im Wachsen begriffen ist, daß diese obersten Gerichtsorgane etwas durch das Laienelement verstärkt werden und nicht bei aller ihrer Unabhängigkeit denn doch eine Auslese alter deutschnationaler Protektion durch das System Hochenburger sind, denen jetzt eine christlichsoziale Protektion durch das System Namek aufgepropft wird. (Widerspruch. — Abgeordneter Schönsteiner: *Das ist aber doch eine sehr willkürliche Behauptung!*) Meine Herren, wir haben allen Grund dazu, gegenüber der Leitung, die das Justizamt nun hat, das schärfste Misstrauen und die schärfste Wachsamkeit zu haben. Wir haben nicht den Eindruck, daß das Justizamt in jenem Geiste geleitet wird, der den tatsächlichen Bedingungen einer Demokratie entsprechen würde. (Abgeordneter Dr. Seipel: *Und Dr. Eisler?*) Der Dr. Eisler ist ein Unterstaatssekretär, der ein nur sehr schwaches Korrektiv gegenüber jenem System bilden kann, welches die Herren Christlichsozialen dort eingerichtet haben.

Meine Herren, wir haben hier anzusprechen — und das ist immer wieder notwendig zu sagen —, daß wir Sozialdemokraten die Regierung, der wir heute das Budget bewilligen, weil wir sie für die einzige mögliche Regierung, vorläufig noch, unter den gegenwärtigen Umständen halten, daß wir diese Regierung, weil sie zum Teil aus Sozialdemokraten besteht, noch lange nicht für eine sozialistische Regierung halten (lebhafte Zustimmung), sondern wir haben uns — und das haben wir immer wiederum auch unseren Wählern erklärt — klar zu machen, daß es eine Koalitionsregierung ist, die gehemmt ist. Und wenn die Herren von der rechten Seite das Bedürfnis haben, alles, was im Staate den Menschen nicht gefällt, nun auf die sozialistische

Regierung zu schieben, empfinden wir diese Schiebung auf die sozialistische Regierung als eine Unterschiebung, die mit dem vollen Bewußtsein gemacht wird, Verwirrung in der Bevölkerung hervorzurufen. Wir wissen, daß unsere Vertreter in dieser Regierung, die leider diesen Posten versehen müssen — leider vom Standpunkt meiner Partei, leider von ihrem persönlichen Standpunkt — daß diese Vertreter das Opfer, in dieser Koalitionsregierung zu sein, in dem Bewußtsein bringen, daß der innere Kampf, der in der Koalition selbstverständlich bestehen muß, da zwei so verschiedene Richtungen hier vertreten sind, in diesem Kabinett natürlich immer wieder anzukämpfen ist, daß aber das, was als Regierungsmaßnahmen herauskommt, nicht Maßnahmen der Sozialdemokraten, sondern Maßnahmen der Koalition sind. Diese Tatsache, meine Herren, haben wir dem Volke zum Bewußtsein zu bringen und wir zweifeln nicht daran, daß, wenn die Neuwahlen kommen, die wir auch wünschen, um wieder einmal das Urteil des Volkes zu hören, es Ihnen nicht gelingen wird, die Sozialdemokratie als die für das Regime allein verantwortliche erscheinen zu lassen. Wir haben den Mut, den Teil der Verantwortung — und es ist die halbe Verantwortung — zu tragen; die Taktik, uns die ganze zuzuschreiben, überlassen wir Ihnen. (Rufe: Bravo!)

Deshalb glaube ich, daß ich zum Schlusse nur noch sagen kann: Wenn der Herr Professor Seipel uns hier geschildert hat, wie er im alten Österreich, als er eine Zeit lang an der Regierung teilnahm, am Krankenbett des alten Staates wie ein guter Arzt gesessen ist und die Erhaltung dieses Patienten bis zum letzten Moment mit allen seinen Kräften — wie er mit wahrer innerer Befriedigung konstatierte — zu erhalten gesucht hat, so sind wir Sozialdemokraten denn doch anderer Meinung.

Der Herr Professor Seipel hat, da er ein Konservativer ist, die Liebe für das, was ist. Wir haben nicht die Liebe für das, was ist, sondern die Liebe für das, was historisch notwendig ist, und unsere Aufgaben als Sozialdemokraten war es immer, zu vertreten, was kommen muß. Gerade meine engeren Freunde können sich darauf berufen, daß es in jener Zeit, wo der Herr Professor Seipel noch die alte österreichisch-ungarische Monarchie in den letzten Atemzügen betreut hat, seit Monaten unser Programm das der Linken gewesen ist, das gezeigt hat, wohin dieser verdammte Krieg führen muß, daß dieser Krieg nur mit der Liquidation des alten Habsburgerreiches enden kann, und daß wir uns gescheut haben, immer der Geschichte historisches Muß zu erkennen. Deshalb sagen wir auch heute und sagen es immer: Wir sind nicht eingenommen von dem, was ist.

Wir wünschen nicht, wie die Rechte dieses Hauses, ein System, das den Kapitalismus wieder auf den Thron setzen muß, den Kapitalismus, der wiederum Kriege zur Folge haben muß, sondern wir Sozialdemokraten wollen ein System, das derartige ungeheuerliche Katastrophen für das Volk auf die Dauer ausschließen muß und wir wünschen, daß es keinen derartigen Krieg geben soll.

Meine Herren! Wir Sozialdemokraten stehen diesem Staat nach allen Richtungen hin skeptisch gegenüber. (Abgeordneter Dr. Alfred Görtler: Er ist Ihre eigene Schöpfung!) Aber eine eigene Schöpfung, unter Ihrer Beihilfe, Herr Professor Görtler! Und gerade soviel Ihre Beihilfe ist, soviel ist uns an der Schöpfung unangenehm. (Heiterkeit und Zustimmung. — Abgeordneter Schönsteiner: Dann ist der Görtler für uns ein ganz ausgezeichneter Bursch!) Das ist eben die Differenz in der Einschätzung des Herrn Professors Görtler, die zwischen den Koalitionsparteien tatsächlich besteht. (Neuerliche Heiterkeit.)

Wir sind der Meinung, daß dieser Staat, in dem wir zu leben gezwungen sind und den wir jetzt über diese Epoche hinüber durchhalten müssen, damit wir das unmittelbare Leben fristen können, daß dieser Staat, in dem wir verdammt sind, vorläufig in Isolation zu leben, in dieser Form nicht lebensfähig ist. Wir sind aber, meine Herren, darüber hinaus der Meinung, daß auch das ganze System der kapitalistischen Staaten überhaupt auf die Dauer nicht lebensfähig sein kann, daß die Grundlage des Kapitalismus, auf denen diese Staaten beruhen, durch diesen Krieg auf das tiefste erschüttert sind. Wir können uns nicht zu der Ansicht bekehren, wie Sie es oft meinen, nach dieser Katastrophe ohne weiteres wiederum in die alte Ordnung zurückkommen zu können, sondern wir Sozialdemokraten halten fest an unserem alten Dichterwort:

„Wir hämmern jung das alte, morsche Ding den Staat,
Die wir von Gottes Zorn sind bis heute noch,
das Proletariat.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Ich breche die Verhandlung ab und schreite mit Zustimmung des Hauses zum 2. Punkte der heutigen Tagesordnung, das ist die Wahl der Kommission zur Überprüfung der Geburung mit den Sachabrüstungsgütern.

Ich erufe, die Stimmzettel abzugeben. (Nach Abgabe der Stimmzettel:) Die Stimmzettel sind abgegeben. Zur Vornahme des Skribiniums unterbreche ich die Sitzung.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung:)

Bei der soeben vorgenommenen Wahl der Untersuchungskommission für Sachdemobilisierung wurden 60 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 31. Gewählt erscheinen mit je 60 Stimmen die Abgeordneten Abram, Allina, Edlinger, Johann Gürtler, Rittinger, Partik und Wiedenhofer.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Mittwoch, den 21. April d. J.,

11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlages und des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Ist dagegen eine Einwendung? (Nach einer Pause): Es ist nicht der Fall.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 5 Uhr 25 Minuten nachmittags.
